



20. April 2016

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WPPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**"):

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 28. OKTOBER 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG
VOM 12. NOVEMBER 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND (DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 15. JUNI 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE VOM
23. JULI 2015, 18. AUGUST 2015, 5. OKTOBER 2015 UND 12. NOVEMBER 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A WERTPAPIERE**")

(FÜNFTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 10. JULI 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE VOM
23. JULI 2015, 18. AUGUST 2015, 5. OKTOBER 2015 UND 12. NOVEMBER 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT B**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP B WERTPAPIERE**")

(FÜNFTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT D VOM 10. JULI 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE VOM
23. JULI 2015, 18. AUGUST 2015, 5. OKTOBER 2015 UND 12. NOVEMBER 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT D**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP D WERTPAPIERE**")

(FÜNFTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT F VOM 6. OKTOBER 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG VOM
12. NOVEMBER 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT F**")

FÜR

FESTVERZINSLICHE, VARIABEL VERZINSLICHE WERTPAPIERE, WERTPAPIERE MIT
INFLATIONSBEZOGENER VERZINSUNG SOWIE NULLKUPONWERTPAPIERE

(DIE "**RSSP F WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT H VOM 28. AUGUST 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRÄGE VOM
5. OKTOBER 2015 UND 12. NOVEMBER 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT H**")

FÜR

AKTIEN-, INDEX- UND WARENBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP H WERTPAPIERE**")

(DRITTER NACHTRAG)

(DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE, DIE RSSP D WERTPAPIERE, DIE RSSP F WERTPAPIERE UND DIE RSSP H WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

Inhaltsverzeichnis

<u>Basisprospekt</u>	<u>Abschnitt im Basisprospekt</u>	<u>Nachtragspunkte</u>	<u>Seite</u>
Prosper Basisprospekt A	Zusammenfassung	1. und 2.	4 f.
		5. und 6.	21 f.
	Risikofaktoren	9. und 11.	36 f. und 82 f.
	Per Verweis einbezogene Dokumente	13.	85 f.
	Allgemeine Informationen	14.	87
	Informationen über die Emittentin	15.	88 f.
RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B und RSSP Basisprospekt D	Zusammenfassung	1. und 3.	4 f. und 11 f.
		5. und 7.	21. f und 27 f.
	Risikofaktoren	10. und 11.	59 f. und 82 f.
	Per Verweis einbezogene Dokumente	13.	85 f.
	Allgemeine Informationen	14.	87
	Informationen über die Emittentin	15.	88 f.
RSSP Basisprospekt F und RSSP Basisprospekt H	Zusammenfassung	1. und 4.	4 f. und 16 f.
		5. und 8.	21 f. und 32 f.

	Risikofaktoren	10. und 12.	59 f. und 83 f.
	Per Verweis einbezogene Dokumente	13.	85 f.
	Allgemeine Informationen	14.	87
	Informationen über die Emittentin	15.	88 f.

Der Nachtrag aktualisiert die Basisprospekte um die Informationen, die in dem Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 (2015 Joint Annual Report), den Geschäftsberichts 2015 der Emittentin (2015 Issuer Annual Report) und der Aktualisierung der Gruppenstrategie 2016 (2016 Group Strategy Update) (jeweils wie nachstehend unter Ziffer 13. definiert), die jeweils am 1. März 2016 bei der US Securities and Exchange Commission mittels Form. 20-F eingereicht worden sind. Die folgenden Abschnitte des Basisprospekts sind von der Änderung betroffen:

1. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG" die Elemente "B.12" und "B.13" wie folgt ersetzt:

"

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2015 und 31. Dezember 2014 endenden Jahre																											
	Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2015 bzw. zum 31. Dezember 2014 endende Jahr entnommen:																											
	Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Zum 31.12.2015 GBP Mio.</th> <th>Zum 31.12.2014 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Gesamte Aktiva:</td> <td>1.120.727</td> <td>1.358.693</td> </tr> <tr> <td>Nettogesamtbetrag der Forderungen⁷</td> <td>441.046</td> <td>470.424</td> </tr> <tr> <td>Gesamtbetrag der Einlagen⁸</td> <td>465.387</td> <td>486.258</td> </tr> <tr> <td>Gesamtes Eigenkapital</td> <td>66.019</td> <td>66.045</td> </tr> <tr> <td>Minderheitsbeteiligungen</td> <td>1.914</td> <td>2.251</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Zum 31.12.2015 endendes Jahr</td> <td>Zum 31.12.2014 endendes Jahr</td> </tr> <tr> <td>Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen</td> <td>2.841</td> <td>2.309</td> </tr> <tr> <td>Wertminderungsaufwand und andere</td> <td>(2.114)</td> <td>(2.168)</td> </tr> </tbody> </table>		Zum 31.12.2015 GBP Mio.	Zum 31.12.2014 GBP Mio.	Gesamte Aktiva:	1.120.727	1.358.693	Nettogesamtbetrag der Forderungen ⁷	441.046	470.424	Gesamtbetrag der Einlagen ⁸	465.387	486.258	Gesamtes Eigenkapital	66.019	66.045	Minderheitsbeteiligungen	1.914	2.251		Zum 31.12.2015 endendes Jahr	Zum 31.12.2014 endendes Jahr	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.841	2.309	Wertminderungsaufwand und andere	(2.114)	(2.168)
		Zum 31.12.2015 GBP Mio.	Zum 31.12.2014 GBP Mio.																										
	Gesamte Aktiva:	1.120.727	1.358.693																										
	Nettogesamtbetrag der Forderungen ⁷	441.046	470.424																										
	Gesamtbetrag der Einlagen ⁸	465.387	486.258																										
	Gesamtes Eigenkapital	66.019	66.045																										
	Minderheitsbeteiligungen	1.914	2.251																										
		Zum 31.12.2015 endendes Jahr	Zum 31.12.2014 endendes Jahr																										
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.841	2.309																											
Wertminderungsaufwand und andere	(2.114)	(2.168)																											

⁷ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden geprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die im Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht wurden.

⁸ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden geprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die im Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht wurden.

		<table border="1"> <tr> <td>Rückstellungen</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2015, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert.</p> <p>Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Gruppe seit dem 31. Dezember 2015.</p>	Rückstellungen		
Rückstellungen					
B.13	Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind	<p>Am 1. März 2016 kündigten Barclays PLC und die Bank eine Aktualisierung der Gruppenstrategie einschließlich der folgenden Initiativen an.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verschlankung der Gruppe mit Schwerpunkt auf zwei Kerngeschäftsbereiche – Barclays UK und Barclays Corporate & International; • über den kommenden Zwei- bis Dreijahreszeitraum geplanter Abbau der Beteiligung der Gruppe an Barclays Africa Group Limited auf ein Niveau, auf dem die bilanzielle und aufsichtsrechtliche Entkonsolidierung erfolgen kann; • einmalige Ausweitung von Barclays Non-Core durch Übertragung von rund GBP 8 Mrd. risikogewichtete Aktiva; • aktualisierte Orientierungshilfen für Dividenden; und • neue finanzielle Ziele der Gruppe mit Fokus auf die Rendite auf das Sachanlagevermögen, die Kernkapitalquote und das Kosten-Ertrags-Verhältnis. 			

2. In dem Basisprospekt Prosper A wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG" Element "D.2" wie folgt ersetzt:

"

<p>D.2</p>	<p>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind</p>	<p>Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin: Die wesentlichen Risiken in Bezug auf die Emittentin und die Auswirkungen dieser Risiken sind nachstehend in zwei Abschnitten dargestellt: (i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko und (ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können. Die fünf Hauptrisiken sind derzeit: (1) Kreditrisiko; (2) Marktrisiko; (3) Finanzierungsrisiko; (4) Betriebsrisiko; und (5) Verhaltensrisiko (im Sinne der Risikomanagementrichtlinie (<i>Enterprise Risk Management Framework</i>) der Emittentin, jeweils ein "Hauptrisiko").</p> <p>(i) <u>Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko</u></p> <p>Kreditrisiko: Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, kann sich nachteilig auf die Gruppe auswirken. Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner im Markt ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht nachkommen. Der Gruppe können zudem Verluste entstehen, wenn der Wert ihrer Anlage in Finanzinstrumente eines Unternehmens fällt, weil das Kredit-Rating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den beizulegenden Zeitwert (<i>fair value</i>) der Derivate der Gruppe, der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel und auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Darlehen auswirken.</p> <p>Marktrisiko: Veränderungen der Höhe als auch der Volatilität von Kursen können sich aufgrund daraus resultierender niedrigerer Erträge oder daraus resultierendem geringeren Kapital finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Umrechnungskursänderungen, da sich diese auf den Sterling-Gegenwert von auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerten im Bankenbuch (<i>banking book</i>) auswirken und ein Währungsumrechnungsrisiko für sie darstellen.</p> <p>Finanzierungsrisiko: Die Fähigkeit der Gruppe, ihr</p>
-------------------	--	--

Geschäftsmodell zu erfüllen, kann dadurch beeinträchtigt werden, dass sie Kapital (einschließlich Fremdkapital), Liquidität und andere regulatorische Anforderungen nicht effektiv steuert. Es ist möglich, dass die Gruppe aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen: i) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten einzuhalten; ii) Unfähigkeit, Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen; iii) Änderungen der Methodik von Ratingagenturen, die zu Herabstufungen von Ratings führen; und iv) ungünstige Änderungen der Umrechnungskurse auf Kapitalquoten.

Betriebsrisiko: Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme oder äußerer Ereignisse verändern. Die Gruppe unterliegt vielen Arten von Betriebsrisiken. Dies beinhaltet das Risiko von Betrug und anderen internen und externen kriminellen Handlungen; dem Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder dem Risiko, dass diese für die Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind); sowie von Systemausfällen oder Versuchen externer Parteien, eine Dienstleistung oder unterstützende Infrastruktur für beabsichtigte Nutzer unzugänglich zu machen, und dem Risiko geopolitischer Cyber-Bedrohungen, die die Informationstechnologie der Gruppe bzw. entscheidende Infrastruktur, von der die Gruppe abhängig ist, auf die sie jedoch keinen Einfluss hat, destabilisiert oder zerstört. Die Gruppe unterliegt auch dem Betriebsstörungsrisiko infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen, die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe unterliegt, kann rapiden Änderungen unterworfen sein und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen, um solchen veränderten Risiken zu begegnen, oder zeitnah an solche Änderungen angepasst werden können und hiermit das Verlustrisiko zu beseitigen.

Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren: Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im

Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Gruppe auswirken.

Risiken im Zusammenhang mit der Regulierung des Finanzdienstleistungssektors:

Der Finanzdienstleistungssektor unterliegt weiterhin erheblichen aufsichtsrechtlichen Änderungen und Überprüfungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, finanzielle Entwicklung sowie Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe haben können.

Verhaltensrisiko:

Organisatorische Veränderungen: Es besteht für die Gruppe das Risiko, dass sie die Erwartungen der Kunden und Aufsichtsbehörden nicht erfüllen kann, weil sie nicht in der Lage ist, die folgenden Bereiche in angemessener Weise handzuhaben: i) Komplexität der Geschäftspraktiken, Prozesse und Systeme; ii) Herausforderungen im Rahmen der Überwachung der Eignung von Produkten; ihrer Automatisierung und des Risikos auf Portfolioebene iii) Widerstandsfähigkeit ihrer Technologie und iv) Ausführungsstrategie, einschließlich Nichterreichen des hohen Niveaus der erforderlichen operationellen Präzision im Rahmen der wirkungsvollen Ausführung, um Kunden positive Ergebnisse liefern zu können.

Altlasten: Barclays trägt das Risiko aus möglichen Ergebnissen diverser Untersuchungen des Verhaltens in der Vergangenheit. Viele Anteilseigner bleiben skeptisch und daher besteht für die Reputation von Barclays ein Risiko. Barclays arbeitet fortgesetzt an der Wiedergewinnung des Kunden- und Marktvertrauens, das durch Altlasten beeinflusst worden ist.

Marktintegrität: Aus Interessenkonflikten ergeben sich mögliche Risiken. Wenngleich diese möglichen Risiken in erster Linie für die Investmentbank relevant sind, können sie ebenso Auswirkungen für die Unternehmens- und Privatkundenbasis haben.

Finanzkriminalität: Als globaler Finanzdienstleister trägt die Gruppe Risiken in Verbindung mit Geldwäsche, Terrorismus-Finanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionen.

Die vorstehend genannten Risiken können einzeln oder zusammen erhebliche Auswirkungen auf den Ruf der Gruppe haben. Sie haben nicht nur das Potenzial, hohe Kosten im Zusammenhang mit der Behebung dieses Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste nach sich zu ziehen, sondern

können auch aufsichtsrechtliche Sanktionen und Geldbußen begründen.

- (ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können:

Strukturelle Reform (entstehendes Risiko):

Der britische Financial Services (Banking Reform) Act von 2013 (der *UK Banking Reform Act*) und damit zusammenhängende Durchführungs- und Aufsichtsvorschriften schreiben die Abspaltung des Privatkunden- und KMU-Einlagegeschäfts der Gruppe im Vereinigten Königreich und dem EWR in einer rechtlich, operativ und wirtschaftlich eigenständigen und unabhängigen Einheit vor und schränken die Geschäftsfelder ein, in denen eine solche Einheit tätig sein kann (so genanntes "**Ring-Fencing**").

Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage:

Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatliche Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in anderen aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für den Erfolg der Gruppe haben kann.

Änderung/Ausführung des Geschäfts (entstehendes Risiko):

Im Zuge der Umwandlung hin zu einem Abwicklungsmodell mit einheitlichem Zugangspunkt (Holding-Gesellschaft) und der Durchführung des Strukturreformprogramms werden die erwarteten strukturellen und strategischen Änderungen, die mittelfristig umzusetzen sind, zu Störungen führen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Finanzierungsrisiken und operationellen Risiken der Gruppe erhöhen und die Ertrags- und Geschäftslage beeinflussen.

Treten die oben beschriebenen Risiken einzeln oder zusammen ein, könnte dies eine erheblich nachteilige Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Gruppe haben.

Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken: Die Banken Sanierungs- und

Abwicklungsrichtlinie (die "**BRRD**") sieht einen EU-weiten Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, ihrer Tochtergesellschaften und bestimmter Holdinggesellschaften vor. Die BRRD (einschließlich des Bail-In Instruments) wurde im Vereinigten Königreich im Januar 2015 umgesetzt und trat am 1 Januar 2016 in Kraft. Gemäß dem Banking Act werden einer Reihe von Behörden im Vereinigten Königreich erhebliche Befugnisse übertragen, die es ihnen ermöglichen sollen, eine Reihe von Maßnahmen in Bezug auf britische Banken und Wertpapierfirmen und bestimmte verbundene Unternehmen zu ergreifen, wenn für eine Bank oder eine Wertpapierfirma in derselben Gruppe angenommen wird, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Ergreifung einer dieser Maßnahmen in Bezug auf die Emittentin könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen.

Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auf die Emittentin aus: Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auch auf die Emittentin aus, da zwischen den Geschäftsaktivitäten der Emittentin und deren Tochtergesellschaften erhebliche Überschneidungen bestehen. Darüber hinaus können sich Risiken und sonstige Ereignisse, die ihre Tochtergesellschaften betreffen auch dann negativ auf die Emittentin auswirken, wenn die Emittentin gar nicht direkt betroffen ist.

3. In den Basisprospekten RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B und RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG" Element "D.2" wie folgt ersetzt:

"

<p>D.2</p>	<p>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind</p>	<p>Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin: Die wesentlichen Risiken in Bezug auf die Emittentin und die Auswirkungen dieser Risiken sind nachstehend in zwei Abschnitten dargestellt: (i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko und (ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können. Die fünf Hauptrisiken sind derzeit: (1) Kreditrisiko; (2) Marktrisiko; (3) Finanzierungsrisiko; (4) Betriebsrisiko; und (5) Verhaltensrisiko (im Sinne der Risikomanagementrichtlinie (<i>Enterprise Risk Management Framework</i>) der Emittentin, jeweils ein "Hauptrisiko").</p> <p>(i) <u>Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko:</u></p> <p>Kreditrisiko: Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, kann sich nachteilig auf die Gruppe auswirken. Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner im Markt ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht nachkommen. Der Gruppe können zudem Verluste entstehen, wenn der Wert ihrer Anlage in Finanzinstrumente eines Unternehmens fällt, weil das Kredit-Rating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den beizulegenden Zeitwert (<i>fair value</i>) der Derivate der Gruppe, der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel und auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Darlehen auswirken.</p> <p>Marktrisiko: Veränderungen der Höhe als auch der Volatilität von Kursen können sich aufgrund daraus resultierender niedrigerer Erträge oder daraus resultierendem geringeren Kapital finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Umrechnungskursänderungen, da sich diese auf den Sterling-Gegenwert von auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerten im Bankenbuch (<i>banking book</i>) auswirken und ein Währungsumrechnungsrisiko für sie darstellen.</p> <p>Finanzierungsrisiko: Die Fähigkeit der Gruppe, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen, kann dadurch</p>
-------------------	--	---

beeinträchtigt werden, dass sie Kapital (einschließlich Fremdkapital), Liquidität und andere regulatorische Anforderungen nicht effektiv steuert. Es ist möglich, dass die Gruppe aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen: i) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten einzuhalten; ii) Unfähigkeit, Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen; iii) Änderungen der Methodik von Ratingagenturen, die zu Herabstufungen von Ratings führen; und iv) ungünstige Änderungen der Umrechnungskurse auf Kapitalquoten.

Betriebsrisiko: Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme oder äußerer Ereignisse verändern. Die Gruppe unterliegt vielen Arten von Betriebsrisiken. Dies beinhaltet das Risiko von Betrug und anderen internen und externen kriminellen Handlungen; dem Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder dem Risiko, dass diese für die Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind); sowie von Systemausfällen oder Versuchen externer Parteien, eine Dienstleistung oder unterstützende Infrastruktur für beabsichtigte Nutzer unzugänglich zu machen, und dem Risiko geopolitischer Cyber-Bedrohungen, die die Informationstechnologie der Gruppe bzw. entscheidende Infrastruktur, von der die Gruppe abhängig ist, auf die sie jedoch keinen Einfluss hat, destabilisiert oder zerstört. Die Gruppe unterliegt auch dem Betriebsstörungsrisiko infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen, die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe unterliegt, kann rapiden Änderungen unterworfen sein und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen, um solchen veränderten Risiken zu begegnen, oder zeitnah an solche Änderungen angepasst werden können und hiermit das Verlustrisiko zu beseitigen.

Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren: Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und

Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Gruppe auswirken.

Risiken im Zusammenhang mit der Regulierung des Finanzdienstleistungssektors:

Der Finanzdienstleistungssektor unterliegt weiterhin erheblichen aufsichtsrechtlichen Änderungen und Überprüfungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, finanzielle Entwicklung sowie Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe haben können.

Verhaltensrisiko:

Organisatorische Veränderungen: Es besteht für die Gruppe das Risiko, dass sie die Erwartungen der Kunden und Aufsichtsbehörden nicht erfüllen kann, weil sie nicht in der Lage ist, die folgenden Bereiche in angemessener Weise handzuhaben: i) Komplexität der Geschäftspraktiken, Prozesse und Systeme; ii) Herausforderungen im Rahmen der Überwachung der Eignung von Produkten; ihrer Automatisierung und des Risikos auf Portfolioebene iii) Widerstandsfähigkeit ihrer Technologie und iv) Ausführungsstrategie, einschließlich Nichterreichen des hohen Niveaus der erforderlichen operationellen Präzision im Rahmen der wirkungsvollen Ausführung, um Kunden positive Ergebnisse liefern zu können.

Altlasten: Barclays trägt das Risiko aus möglichen Ergebnissen diverser Untersuchungen des Verhaltens in der Vergangenheit. Viele Anteilseigner bleiben skeptisch und daher besteht für die Reputation von Barclays ein Risiko. Barclays arbeitet fortgesetzt an der Wiedergewinnung des Kunden- und Marktvertrauens, das durch Altlasten beeinflusst worden ist.

Marktintegrität: Aus Interessenkonflikten ergeben sich mögliche Risiken. Wenngleich diese möglichen Risiken in erster Linie für die Investmentbank relevant sind, können sie ebenso Auswirkungen für die Unternehmens- und Privatkundenbasis haben.

Finanzkriminalität: Als globaler Finanzdienstleister trägt die Gruppe Risiken in Verbindung mit Geldwäsche, Terrorismus-Finanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionen.

Die vorstehend genannten Risiken können einzeln oder zusammen erhebliche Auswirkungen auf den Ruf der Gruppe haben. Sie haben nicht nur das Potenzial, hohe Kosten im Zusammenhang mit der Behebung dieses Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste nach sich zu ziehen, sondern können auch aufsichtsrechtliche Sanktionen und

Geldbußen begründen.

- (ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können:

Strukturelle Reform (entstehendes Risiko):

Der britische Financial Services (Banking Reform) Act von 2013 (der *UK Banking Reform Act*) und damit zusammenhängende Durchführungs- und Aufsichtsvorschriften schreiben die Abspaltung des Privatkunden- und KMU-Einlagegeschäfts der Gruppe im Vereinigten Königreich und dem EWR in einer rechtlich, operativ und wirtschaftlich eigenständigen und unabhängigen Einheit vor und schränken die Geschäftsfelder ein, in denen eine solche Einheit tätig sein kann (so genanntes "**Ring-Fencing**").

Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage:

Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatliche Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in anderen aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für den Erfolg der Gruppe haben kann.

Änderung/Ausführung des Geschäfts (entstehendes Risiko):

Im Zuge der Umwandlung hin zu einem Abwicklungsmodell mit einheitlichem Zugangspunkt (Holding-Gesellschaft) und der Durchführung des Strukturreformprogramms werden die erwarteten strukturellen und strategischen Änderungen, die mittelfristig umzusetzen sind, zu Störungen führen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Finanzierungsrisiken und operationellen Risiken der Gruppe erhöhen und die Ertrags- und Geschäftslage beeinflussen.

Treten die oben beschriebenen Risiken einzeln oder zusammen ein, könnte dies eine erheblich nachteilige Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Gruppe haben.

Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken: Die Banken Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (die "**BRRD**") sieht einen EU-

weiten Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, ihrer Tochtergesellschaften und bestimmter Holdinggesellschaften vor. Die BRRD (einschließlich des Bail-In Instruments) wurde im Vereinigten Königreich im Januar 2015 umgesetzt und trat am 1. Januar 2016 in Kraft. Gemäß dem Banking Act werden einer Reihe von Behörden im Vereinigten Königreich erhebliche Befugnisse übertragen, die es ihnen ermöglichen sollen, eine Reihe von Maßnahmen in Bezug auf britische Banken und Wertpapierfirmen und bestimmte verbundene Unternehmen zu ergreifen, wenn für eine Bank oder eine Wertpapierfirma in derselben Gruppe angenommen wird, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Ergreifung einer dieser Maßnahmen in Bezug auf die Emittentin könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Gemäß den Bedingungen der Wertpapiere haben Anleger sich damit einverstanden erklärt, dass die Ausübung einer britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde für Anleger bindend ist.

Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen.

Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auf die Emittentin aus: Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auch auf die Emittentin aus, da zwischen den Geschäftsaktivitäten der Emittentin und deren Tochtergesellschaften erhebliche Überschneidungen bestehen. Darüber hinaus können sich Risiken und sonstige Ereignisse, die ihre Tochtergesellschaften betreffen, auch dann negativ auf die Emittentin auswirken, wenn die Emittentin gar nicht direkt betroffen ist.

4. In den Basisprospekten RSSP Basisprospekt F und RSSP Basisprospekt H wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG" Element "D.2" wie folgt ersetzt:

"

<p>D.2</p>	<p>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind</p>	<p>Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin: Die wesentlichen Risiken in Bezug auf die Emittentin und die Auswirkungen dieser Risiken sind nachstehend in zwei Abschnitten dargestellt: (i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko und (ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können. Die fünf Hauptrisiken sind derzeit: (1) Kreditrisiko; (2) Marktrisiko; (3) Finanzierungsrisiko; (4) Betriebsrisiko; und (5) Verhaltensrisiko (im Sinne der Risikomanagementrichtlinie (<i>Enterprise Risk Management Framework</i>) der Emittentin, jeweils ein "Hauptrisiko").</p> <p>(i) <u>Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko</u></p> <p>Kreditrisiko: Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, kann sich nachteilig auf die Gruppe auswirken. Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner im Markt ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht nachkommen. Der Gruppe können zudem Verluste entstehen, wenn der Wert ihrer Anlage in Finanzinstrumente eines Unternehmens fällt, weil das Kredit-Rating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den beizulegenden Zeitwert (<i>fair value</i>) der Derivate der Gruppe, der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel und auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Darlehen auswirken.</p> <p>Marktrisiko: Veränderungen der Höhe als auch der Volatilität von Kursen können sich aufgrund daraus resultierender niedrigerer Erträge oder daraus resultierendem geringeren Kapital finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Umrechnungskursänderungen, da sich diese auf den Sterling-Gegenwert von auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerten im Bankenbuch (<i>banking book</i>) auswirken und ein Währungsumrechnungsrisiko für sie darstellen.</p> <p>Finanzierungsrisiko: Die Fähigkeit der Gruppe, ihr</p>
-------------------	--	--

Geschäftsmodell zu erfüllen, kann dadurch beeinträchtigt werden, dass sie Kapital (einschließlich Fremdkapital), Liquidität und andere regulatorische Anforderungen nicht effektiv steuert. Es ist möglich, dass die Gruppe aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihr Geschäftsmodell zu erfüllen: i) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten einzuhalten; ii) Unfähigkeit, Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen; iii) Änderungen der Methodik von Ratingagenturen, die zu Herabstufungen von Ratings führen; und iv) ungünstige Änderungen der Umrechnungskurse auf Kapitalquoten.

Betriebsrisiko: Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme oder äußerer Ereignisse verändern. Die Gruppe unterliegt vielen Arten von Betriebsrisiken. Dies beinhaltet das Risiko von Betrug und anderen internen und externen kriminellen Handlungen; dem Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder dem Risiko, dass diese für die Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind); sowie von Systemausfällen oder Versuchen externer Parteien, eine Dienstleistung oder unterstützende Infrastruktur für beabsichtigte Nutzer unzugänglich zu machen, und dem Risiko geopolitischer Cyber-Bedrohungen, die die Informationstechnologie der Gruppe bzw. entscheidende Infrastruktur, von der die Gruppe abhängig ist, auf die sie jedoch keinen Einfluss hat, destabilisiert oder zerstört. Die Gruppe unterliegt auch dem Betriebsstörungsrisiko infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen, die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe unterliegt, kann rapiden Änderungen unterworfen sein und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen, um solchen veränderten Risiken zu begegnen, oder zeitnah an solche Änderungen angepasst werden können und hiermit das Verlustrisiko zu beseitigen.

Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren: Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im

Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Gruppe auswirken.

Risiken im Zusammenhang mit der Regulierung des Finanzdienstleistungssektors:

Der Finanzdienstleistungssektor unterliegt weiterhin erheblichen aufsichtsrechtlichen Änderungen und Überprüfungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, finanzielle Entwicklung sowie Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe haben können.

Verhaltensrisiko:

Organisatorische Veränderungen: Es besteht für die Gruppe das Risiko, dass sie die Erwartungen der Kunden und Aufsichtsbehörden nicht erfüllen kann, weil sie nicht in der Lage ist, die folgenden Bereiche in angemessener Weise handzuhaben: i) Komplexität der Geschäftspraktiken, Prozesse und Systeme; ii) Herausforderungen im Rahmen der Überwachung der Eignung von Produkten; ihrer Automatisierung und des Risikos auf Portfolioebene iii) Widerstandsfähigkeit ihrer Technologie und iv) Ausführungsstrategie, einschließlich Nichterreichen des hohen Niveaus der erforderlichen operationellen Präzision im Rahmen der wirkungsvollen Ausführung, um Kunden positive Ergebnisse liefern zu können.

Altlasten: Barclays trägt das Risiko aus möglichen Ergebnissen diverser Untersuchungen des Verhaltens in der Vergangenheit. Viele Anteilseigner bleiben skeptisch und daher besteht für die Reputation von Barclays ein Risiko. Barclays arbeitet fortgesetzt an der Wiedergewinnung des Kunden- und Marktvertrauens, das durch Altlasten beeinflusst worden ist.

Marktintegrität: Aus Interessenkonflikten ergeben sich mögliche Risiken. Wenngleich diese möglichen Risiken in erster Linie für die Investmentbank relevant sind, können sie ebenso Auswirkungen für die Unternehmens- und Privatkundenbasis haben.

Finanzkriminalität: Als globaler Finanzdienstleister trägt die Gruppe Risiken in Verbindung mit Geldwäsche, Terrorismus-Finanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionen.

Die vorstehend genannten Risiken können einzeln oder zusammen erhebliche Auswirkungen auf den Ruf der Gruppe haben. Sie haben nicht nur das Potenzial, hohe Kosten im Zusammenhang mit der Behebung dieses Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste nach sich zu ziehen, sondern

können auch aufsichtsrechtliche Sanktionen und Geldbußen begründen.

- (ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können:

Strukturelle Reform (entstehendes Risiko):

Der britische Financial Services (Banking Reform) Act von 2013 (der *UK Banking Reform Act*) und damit zusammenhängende Durchführungs- und Aufsichtsvorschriften schreiben die Abspaltung des Privatkunden- und KMU-Einlagegeschäfts der Gruppe im Vereinigten Königreich und dem EWR in einer rechtlich, operativ und wirtschaftlich eigenständigen und unabhängigen Einheit vor und schränken die Geschäftsfelder ein, in denen eine solche Einheit tätig sein kann (so genanntes "**Ring-Fencing**").

Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage:

Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatliche Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in anderen aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für den Erfolg der Gruppe haben kann.

Änderung/Ausführung des Geschäfts (entstehendes Risiko):

Im Zuge der Umwandlung hin zu einem Abwicklungsmodell mit einheitlichem Zugangspunkt (Holding-Gesellschaft) und der Durchführung des Strukturreformprogramms werden die erwarteten strukturellen und strategischen Änderungen, die mittelfristig umzusetzen sind, zu Störungen führen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Finanzierungsrisiken und operationellen Risiken der Gruppe erhöhen und die Ertrags- und Geschäftslage beeinflussen.

Treten die oben beschriebenen Risiken einzeln oder zusammen ein, könnte dies eine erheblich nachteilige Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Gruppe haben.

Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken: Die Banken Sanierungs- und

Abwicklungsrichtlinie (die "**BRRD**") sieht einen EU-weiten Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, ihrer Tochtergesellschaften und bestimmter Holdinggesellschaften vor. Die BRRD (einschließlich des Bail-In Instruments) wurde im Vereinigten Königreich im Januar 2015 umgesetzt und trat am 1. Januar 2016 in Kraft. Gemäß dem Banking Act werden einer Reihe von Behörden im Vereinigten Königreich erhebliche Befugnisse übertragen, die es ihnen ermöglichen sollen, eine Reihe von Maßnahmen in Bezug auf britische Banken und Wertpapierfirmen und bestimmte verbundene Unternehmen zu ergreifen, wenn für eine Bank oder eine Wertpapierfirma in derselben Gruppe angenommen wird, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Ergreifung einer dieser Maßnahmen in Bezug auf die Emittentin könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Gemäß den Bedingungen der Wertpapiere haben Anleger sich damit einverstanden erklärt, dass die Ausübung einer britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde für Anleger bindend ist.

Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen.

Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auf die Emittentin aus: Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auch auf die Emittentin aus, da zwischen den Geschäftsaktivitäten der Emittentin und deren Tochtergesellschaften erhebliche Überschneidungen bestehen. Darüber hinaus können sich Risiken und sonstige Ereignisse, die ihre Tochtergesellschaften betreffen auch dann negativ auf die Emittentin auswirken, wenn die Emittentin gar nicht direkt betroffen ist.

5. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY" Element "B.12" wie folgt ersetzt:

"

<p>B.12</p>	<p>Selected historical key financial information;</p> <p>No material adverse change in the prospects of the Issuer</p> <p>No significant change in the financial or trading position of the Group</p>	<p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2015 and 31 December 2014</p> <p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2015 and 31 December 2014, respectively:</p> <table border="1" data-bbox="699 647 1375 1532"> <thead> <tr> <th></th> <th>As at 31.12.2015</th> <th>As at 31.12.2014</th> </tr> <tr> <th></th> <th>GBP Mio.</th> <th>GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td>1,120,727</td> <td>1,358,693</td> </tr> <tr> <td>Total net loans and advances⁹</td> <td>441,046</td> <td>470,424</td> </tr> <tr> <td>Total deposits¹⁰</td> <td>465,387</td> <td>486,258</td> </tr> <tr> <td>Total Shareholders' equity</td> <td>66,019</td> <td>66,045</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td>1,914</td> <td>2,251</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Year ended 31.12.2015</td> <td>Year ended 31.12.2014</td> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td>2,841</td> <td>2,309</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges and other provisions</td> <td>(2,114)</td> <td>(2,168)</td> </tr> </tbody> </table> <p>There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2015, the date of its last published audited financial statements.</p> <p>There has been no significant change in the financial or trading position of the Group since 31 December 2015.</p>		As at 31.12.2015	As at 31.12.2014		GBP Mio.	GBP Mio.	Total Assets	1,120,727	1,358,693	Total net loans and advances ⁹	441,046	470,424	Total deposits ¹⁰	465,387	486,258	Total Shareholders' equity	66,019	66,045	Non-controlling interests	1,914	2,251		Year ended 31.12.2015	Year ended 31.12.2014	Profit before tax from continuing operations	2,841	2,309	Credit impairment charges and other provisions	(2,114)	(2,168)
	As at 31.12.2015	As at 31.12.2014																														
	GBP Mio.	GBP Mio.																														
Total Assets	1,120,727	1,358,693																														
Total net loans and advances ⁹	441,046	470,424																														
Total deposits ¹⁰	465,387	486,258																														
Total Shareholders' equity	66,019	66,045																														
Non-controlling interests	1,914	2,251																														
	Year ended 31.12.2015	Year ended 31.12.2014																														
Profit before tax from continuing operations	2,841	2,309																														
Credit impairment charges and other provisions	(2,114)	(2,168)																														
<p>B.13</p>	<p>Recent events materially relevant to the evaluation</p>	<p>On 1 March 2016, Barclays PLC and the Bank announced an update to the Group's strategy including</p>																														

⁹ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following audited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2015 Joint Annual Report.

¹⁰ These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following audited balance sheet figures "deposits from banks" and "customer accounts", which are published in the 2015 Joint Annual Report.

	<p>of Issuer's solvency</p>	<p>the following initiatives:</p> <ul style="list-style-type: none"> • simplification of the Group to focus on two core divisions – Barclays UK and Barclays Corporate & International; • intention to sell down the Group's stake in Barclays Africa Group Limited to a level which permits accounting and regulatory deconsolidation over the subsequent two to three years; • one-time enlargement of Barclays Non-Core, with transfer of approximately £8bn risk weighted assets; • updated guidance on dividend; and • new Group financial targets focused on Return on Tangible Equity, Common Equity Tier 1 ratio and Cost: Income ratio.
--	------------------------------------	---

6. In dem Basisprospekt Prosper A wird in dem Abschnitt "SUMMARY" Element "D.2" wie folgt ersetzt:

"

<p>D.2</p>	<p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p>	<p>Principal Risks relating to the Issuer: Material risks and their impact are described below in two sections: (i) Material existing and emerging risks by Principal Risk and (ii) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk. The five principal risks are currently categorised as: (1) Credit Risk; (2) Market Risk; (3) Funding Risk; (4) Operational Risk; and (5) Conduct Risk (within the meaning of the Issuer's Enterprise Risk Management Framework, each a "Principal Risk").</p> <p>(i) <u>Material existing and emerging risks by Principal Risk</u></p> <p>Credit risk: The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group. The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. Furthermore, the Group may also suffer loss when the value of the Group's investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, and loans held at fair value.</p> <p>Market risk: The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices leading to lower revenues, or reduced capital. The Group is also at risk from movements in foreign currency exchange rates as these impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated assets in the banking book, exposing it to currency translation risk.</p> <p>Funding risk: The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital (including leverage), liquidity and other regulatory requirements. The Group may not be able to achieve its business plans due to: i) being unable to maintain appropriate capital ratios; ii) being unable to meet its obligations as they fall due; iii) rating agency methodology changes resulting in ratings downgrades; and iv) adverse changes in foreign</p>
-------------------	--	---

exchange rates on capital ratios.

Operational risk: The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, or external events. The Group is exposed to many types of operational risk. This includes: fraudulent and other internal and external criminal activities; the risk of breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business); systems failures or an attempt, by an external party, to make a service or supporting infrastructure unavailable to its intended users, and the risk of geopolitical cyber threat activity which destabilises or destroys the Group's information technology, or critical infrastructure the Group depends upon but does not control. The Group is also subject to the risk of business disruption arising from events wholly or partially beyond its control for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures, which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks to avoid the risk of loss.

Legal, competition and regulatory matters: Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

Risks arising from regulation of the financial services industry: The financial services industry continues to be the focus of significant regulatory change and scrutiny which may adversely affect the Group's business, financial performance, capital and risk management strategies.

Conduct risk:

Organisational Change: The Group is at risk of not being able to meet customer and regulatory expectations due to a failure to appropriately manage the: i) complexity in business practice, processes and systems; ii) challenges faced in product suitability, automation and portfolio-level risk monitoring; iii) resilience of its technology; and, iv) execution strategy, including the failure to fulfil the high level of operational precision required for effective execution

in order to deliver positive customer outcomes.

Legacy Issues: Barclays remains at risk from the potential outcomes of a number of investigations relating to its past conduct. Many stakeholders will remain sceptical and so the risk to Barclays' reputation will remain. Barclays continues to work to rebuild customer trust and market confidence impacted by legacy issues.

Market Integrity: There are potential risks arising from conflicts of interest. While primarily relevant to the Investment Bank, these potential risks may also impact the corporate and retail customer base.

Financial Crime: The Group, as a global financial services firm, is exposed to the risks associated with money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions.

Any one, or combination, of the above risks could have significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify this issue and reimburse losses incurred by customers and regulatory censure and penalties.

(ii) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk:

Structural Reform (emerging risk):

The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (the UK Banking Reform Act) and associated secondary legislation and regulatory rules, require the separation of the Group's UK and EEA retail and SME deposit-taking activities into a legally, operationally and economically separate and independent entity and restrict the types of activity such an entity may conduct (so-called 'ring fencing').

Business conditions, general economy and geopolitical issues:

The Group's performance could be adversely affected in relation to more than one Principal Risk by a weak or deteriorating global economy or political instability. These factors may also occur in one or more of the Group's main countries of operation. The Group offers a broad range of services to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where it is active, or any other systemically important economy, could adversely affect the Group's performance.

Business Change/Execution (emerging risk):

As Barclays moves towards a single point of entry (Holding Company) resolution model and implementation of the Structural Reform Programme Execution, the expected level of structural and strategic change to be implemented over the medium term will be disruptive and is likely to increase funding and operational risks for the Group and could impact its revenues and businesses.

If any of the risks were to occur, singly or in aggregate, they could have a material adverse effect on the Group's business, results of operations and financial condition.

Regulatory action in the event a bank in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities: The Bank Recovery and Resolution Directive (the "BRRD") provides an EU-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms, their subsidiaries and certain holding companies. The BRRD (including the Bail-In tool) was implemented in the Banking Act in January 2015 and came into force on 1 January 2016. The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrade could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to credit ratings downgrades.

The Issuer is affected by risks affecting the Banking-Group: The Issuer is also affected by risks affecting the Banking-Group as there is substantial overlap in the businesses of the Issuer and its subsidiaries. Further, the Issuer can be negatively affected by risks and other events affecting its subsidiaries even where the Issuer is not directly affected.

7. In den Basisprospekten RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B und RSSP Basisprospekt D, wird in dem Abschnitt "SUMMARY" Element "D.2" wie folgt ersetzt:

"

<p>D.2</p>	<p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p>	<p>Principal Risks relating to the Issuer: Material risks and their impact are described below in two sections: (i) Material existing and emerging risks by Principal Risk and (ii) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk. The five principal risks are currently categorised as: (1) Credit Risk; (2) Market Risk; (3) Funding Risk; (4) Operational Risk; and (5) Conduct Risk (within the meaning of the Issuer's Enterprise Risk Management Framework, each a "Principal Risk").</p> <p>(i) <u>Material existing and emerging risks by Principal Risk:</u></p> <p>Credit risk: The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group. The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. Furthermore, the Group may also suffer loss when the value of the Group's investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, and loans held at fair value.</p> <p>Market risk: The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices leading to lower revenues, or reduced capital. The Group is also at risk from movements in foreign currency exchange rates as these impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated assets in the banking book, exposing it to currency translation risk.</p> <p>Funding risk: The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital (including leverage), liquidity and other regulatory requirements. The Group may not be able to achieve its business plans due to: i) being unable to maintain appropriate capital ratios; ii) being unable to meet its obligations as they fall due; iii) rating agency methodology changes resulting in ratings downgrades; and iv) adverse changes in foreign</p>
-------------------	--	--

exchange rates on capital ratios.

Operational risk: The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, or external events. The Group is exposed to many types of operational risk. This includes: fraudulent and other internal and external criminal activities; the risk of breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business); systems failures or an attempt, by an external party, to make a service or supporting infrastructure unavailable to its intended users, and the risk of geopolitical cyber threat activity which destabilises or destroys the Group's information technology, or critical infrastructure the Group depends upon but does not control. The Group is also subject to the risk of business disruption arising from events wholly or partially beyond its control for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures, which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks to avoid the risk of loss.

Legal, competition and regulatory matters: Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

Risks arising from regulation of the financial services industry: The financial services industry continues to be the focus of significant regulatory change and scrutiny which may adversely affect the Group's business, financial performance, capital and risk management strategies.

Conduct risk:

Organisational Change: The Group is at risk of not being able to meet customer and regulatory expectations due to a failure to appropriately manage the: i) complexity in business practice, processes and systems; ii) challenges faced in product suitability, automation and portfolio-level risk monitoring; iii) resilience of its technology; and, iv) execution strategy, including the failure to fulfil the high level of operational precision required for effective execution

in order to deliver positive customer outcomes.

Legacy Issues: Barclays remains at risk from the potential outcomes of a number of investigations relating to its past conduct. Many stakeholders will remain sceptical and so the risk to Barclays' reputation will remain. Barclays continues to work to rebuild customer trust and market confidence impacted by legacy issues.

Market Integrity: There are potential risks arising from conflicts of interest. While primarily relevant to the Investment Bank, these potential risks may also impact the corporate and retail customer base.

Financial Crime: The Group, as a global financial services firm, is exposed to the risks associated with money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions.

Any one, or combination, of the above risks could have significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify this issue and reimburse losses incurred by customers and regulatory censure and penalties.

(ii) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk:

Structural Reform (emerging risk):

The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (the UK Banking Reform Act) and associated secondary legislation and regulatory rules, require the separation of the Group's UK and EEA retail and SME deposit-taking activities into a legally, operationally and economically separate and independent entity and restrict the types of activity such an entity may conduct (so-called 'ring fencing').

Business conditions, general economy and geopolitical issues:

The Group's performance could be adversely affected in relation to more than one Principal Risk by a weak or deteriorating global economy or political instability. These factors may also occur in one or more of the Group's main countries of operation. The Group offers a broad range of services to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where it is active, or any other systemically important economy, could adversely affect the Group's performance.

Business Change/Execution (emerging risk):

As Barclays moves towards a single point of entry (Holding Company) resolution model and implementation of the Structural Reform Programme Execution, the expected level of structural and strategic change to be implemented over the medium term will be disruptive and is likely to increase funding and operational risks for the Group and could impact its revenues and businesses.

If any of the risks were to occur, singly or in aggregate, they could have a material adverse effect on the Group's business, results of operations and financial condition.

Regulatory action in the event a bank in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities: The Bank Recovery and Resolution Directive (the "BRRD") provides an EU-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms, their subsidiaries and certain holding companies. The BRRD (including the Bail-In tool) was implemented in the Banking Act in January 2015 and came into force on 1 January 2016. The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the terms of the Securities, investors have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-in Power by the relevant UK resolution authority.

A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrade could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to credit ratings downgrades.

The Issuer is affected by risks affecting the Banking-Group: The Issuer is also affected by risks affecting the Banking-Group as there is substantial overlap in the businesses of the Issuer and its subsidiaries. Further, the Issuer can be negatively affected by risks and other events affecting its

	subsidiaries even where the Issuer is not directly affected.
--	--

8. In den Basisprospekten RSSP Basisprospekt F und RSSP Basisprospekt H wird in dem Abschnitt "SUMMARY" Element "D.2" wie folgt ersetzt:

"

<p>D.2</p>	<p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p>	<p>Principal Risks relating to the Issuer: Material risks and their impact are described below in two sections: (i) Material existing and emerging risks by Principal Risk and (ii) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk. The five principal risks are currently categorised as: (1) Credit Risk; (2) Market Risk; (3) Funding Risk; (4) Operational Risk; and (5) Conduct Risk (within the meaning of the Issuer's Enterprise Risk Management Framework, each a "Principal Risk").</p> <p>(i) <u>Material existing and emerging risks by Principal Risk:</u></p> <p>Credit risk: The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group. The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. Furthermore, the Group may also suffer loss when the value of the Group's investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, and loans held at fair value.</p> <p>Market risk: The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices leading to lower revenues, or reduced capital. The Group is also at risk from movements in foreign currency exchange rates as these impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated assets in the banking book, exposing it to currency translation risk.</p> <p>Funding risk: The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital (including leverage), liquidity and other regulatory requirements. The Group may not be able to achieve its business plans due to: i) being unable to maintain appropriate capital ratios; ii) being unable to meet its obligations as they fall due; iii) rating agency methodology changes resulting in ratings downgrades; and iv) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios.</p>
-------------------	--	--

Operational risk: The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, or external events. The Group is exposed to many types of operational risk. This includes: fraudulent and other internal and external criminal activities; the risk of breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business); systems failures or an attempt, by an external party, to make a service or supporting infrastructure unavailable to its intended users, and the risk of geopolitical cyber threat activity which destabilises or destroys the Group's information technology, or critical infrastructure the Group depends upon but does not control. The Group is also subject to the risk of business disruption arising from events wholly or partially beyond its control for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures, which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks to avoid the risk of loss.

Legal, competition and regulatory matters: Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

Risks arising from regulation of the financial services industry: The financial services industry continues to be the focus of significant regulatory change and scrutiny which may adversely affect the Group's business, financial performance, capital and risk management strategies.

Conduct risk:

Organisational Change: The Group is at risk of not being able to meet customer and regulatory expectations due to a failure to appropriately manage the: i) complexity in business practice, processes and systems; ii) challenges faced in product suitability, automation and portfolio-level risk monitoring; iii) resilience of its technology; and, iv) execution strategy, including the failure to fulfil the high level of operational precision required for effective execution in order to deliver positive customer outcomes.

Legacy Issues: Barclays remains at risk from the

potential outcomes of a number of investigations relating to its past conduct. Many stakeholders will remain sceptical and so the risk to Barclays' reputation will remain. Barclays continues to work to rebuild customer trust and market confidence impacted by legacy issues.

Market Integrity: There are potential risks arising from conflicts of interest. While primarily relevant to the Investment Bank, these potential risks may also impact the corporate and retail customer base.

Financial Crime: The Group, as a global financial services firm, is exposed to the risks associated with money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions.

Any one, or combination, of the above risks could have significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify this issue and reimburse losses incurred by customers and regulatory censure and penalties.

(ii) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk:

Structural Reform (emerging risk):

The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (the UK Banking Reform Act) and associated secondary legislation and regulatory rules, require the separation of the Group's UK and EEA retail and SME deposit-taking activities into a legally, operationally and economically separate and independent entity and restrict the types of activity such an entity may conduct (so-called 'ring fencing').

Business conditions, general economy and geopolitical issues:

The Group's performance could be adversely affected in relation to more than one Principal Risk by a weak or deteriorating global economy or political instability. These factors may also occur in one or more of the Group's main countries of operation. The Group offers a broad range of services to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where it is active, or any other systemically important economy, could adversely affect the Group's performance.

Business Change/Execution (emerging risk):

As Barclays moves towards a single point of entry (Holding Company) resolution model and implementation of the Structural Reform Programme

Execution, the expected level of structural and strategic change to be implemented over the medium term will be disruptive and is likely to increase funding and operational risks for the Group and could impact its revenues and businesses.

If any of the risks were to occur, singly or in aggregate, they could have a material adverse effect on the Group's business, results of operations and financial condition.

Regulatory action in the event a bank in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities:

The Bank Recovery and Resolution Directive (the "BRRD") provides an EU-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms, their subsidiaries and certain holding companies. The BRRD (including the Bail-In tool) was implemented in the Banking Act in January 2015 and came into force on 1 January 2016. The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the terms of the Securities, investors have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-in Power by the relevant UK resolution authority.

A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer or the Securities could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrade could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to credit ratings downgrades.

The Issuer is affected by risks affecting the Banking-Group: The Issuer is also affected by risks affecting the Banking-Group as there is substantial overlap in the businesses of the Issuer and its subsidiaries. Further, the Issuer can be negatively affected by risks and other events affecting its subsidiaries even where the Issuer is not directly affected.

9. In dem Basisprospekt Prosper A werden in dem Abschnitt "**Risikofaktoren**" die Unterabschnitte "1.3 *Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin*" bis Unterabschnitt "2. *Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin)* können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" (jeweils einschließlich) insgesamt gestrichen und wie folgt ersetzt:

"1.3 Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin

Die wesentlichen Risiken und die Auswirkungen dieser Risiken sind nachstehend in zwei Abschnitten dargestellt: (1.3.1) *Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko* und (1.3.2) *Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können*. Bestimmte nachstehend genannte Risiken wurden als "**entstehendes Risiko**" eingestuft. Hierbei handelt es sich um ein Risiko, das sich möglicherweise erheblich nachteilig auf die Erfolg der Gruppe auswirken kann, dessen Auswirkungen sowie der Zeitpunkt für eine Realisierung dieses Risikos jedoch unsicherer und schwerer vorhersehbar sind, als dies bei anderen Risikofaktoren, die nicht als entstehende Risiken klassifiziert wurden, der Fall ist. Die fünf Hauptrisiken sind derzeit: (1) *Kreditrisiko*, (2) *Marktrisiko*, (3) *Finanzierungsrisiko*, (4) *operatives Risiko* und (5) *Verhaltensrisiko*.

1.3.1 Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko

(1) Kreditrisiko

Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, kann sich nachteilig auf die Gruppe auswirken.

Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner im Markt ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht nachkommen. Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Anlagen in Finanzinstrumente eines Unternehmens im Wert zurückgehen, weil das Kreditrating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den Zeitwert (*fair value*) der Derivate der Gruppe und der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel sowie auf den Zeitwert von gehaltenen Darlehen auswirken.

Verschlechterung des politischen und konjunkturellen Umfelds

Der Erfolg der Gruppe unterliegt dem Risiko der Verschlechterung des konjunkturellen und politischen Umfelds infolge einer Reihe von Unsicherheiten, wie beispielsweise:

(a) Bestimmte Regionen

Politische Instabilität, wirtschaftliche Unsicherheit oder Deflation in Regionen, in denen die Gruppe tätig ist, können die Wachstumsaussichten schwächen und sich nachteilig auf die Schuldentilgungsfähigkeit der Kunden auswirken und damit einen höheren Abschreibungsbedarf der Gruppe zur Folge haben. Hierzu gehören:

China (entstehendes Risiko)

Die wirtschaftliche Unsicherheit in China wirkt sich weiterhin auf zahlreiche Schwellenländer aus. Hierzu gehören insbesondere diejenigen mit hohen Haushaltsdefiziten und diejenigen, die von kurzfristiger externer Finanzierung abhängen und/oder bei denen eine starke Abhängigkeit von Warenexporten besteht. Daneben verschärfen der Rückgang und die anhaltende Volatilität der Ölpreise wie auch der starke US-Dollar und die Rückführung der

quantitativen Lockerungsmaßnahmen einiger Zentralbanken die Anfälligkeit dieser Volkswirtschaften. Die Auswirkungen auf die Gruppe können je nach Anfälligkeit der einzelnen Länder variieren. Sie können jedoch erhöhte Wertberichtigungen nach sich ziehen, die aus Staatsausfällen oder der Unfähigkeit oder der mangelnden Bereitschaft zur Erfüllung von Finanzverbindlichkeiten seitens der Kunden und Vertragspartner in diesen Ländern resultieren.

Südafrika

Angesichts der Herausforderungen im Inland wie im internationalen Umfeld bleibt der wirtschaftliche Ausblick für Südafrika getrübt. Aktuelle politische Ereignisse, wie der Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums, haben die nationalen Herausforderungen noch verschärft. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bleibt auf niedrigem Niveau. Dies ist vor allem zurückzuführen auf die rückläufige globale Nachfrage – vor allem in China –, die Preise für die wichtigsten Rohstoffexporte, einen rückläufigen Tourismus, ständige Energieengpässe und ein verlangsamtes Wachstum der Immobilienpreise. Im Einzelhandel herrschen weiterhin Bedenken hinsichtlich der Höhe der Verbraucherverschuldung und Erschwinglichkeit von Gütern, da sich die Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft durch den Rückgang von Arbeitsplätzen im Bergbau bemerkbar macht. Turbulenzen in den Schwellenmärkten haben den Druck auf den Rand weiter verstärkt. Er hat gegenüber den wichtigsten Währungen weiter an Wert verloren. Der schlechtere wirtschaftliche Ausblick kann sich im Unternehmensportfolio auf ein breites Branchenspektrum auswirken, wobei Kunden mit höherem Fremdkapitalanteil die Auswirkungen am deutlichsten spüren dürften.

(b) Steigende Zinssätze, auch infolge einer Abnahme der geldpolitischen Impulse, können sich auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken

Soweit Zentralbanken Zinssätze in bestimmten entwickelten Ländern anheben, vor allem in den Hauptmärkten im Vereinigten Königreich und den USA, wird allgemein davon ausgegangen, dass diese Anstiege im Laufe des Jahres 2016 nur gering ausfallen und in kleinen Schritten vorgenommen werden, wenn sie auch unterschiedlichen Zeitplänen folgen. Die erste solche Zinsanhebung nahmen die USA im Dezember 2015 mit einer Erhöhung um einen viertel Prozentpunkt vor. Wenngleich sich ein Anstieg positiv auf die Erträge der Gruppe auswirken kann, können Zinsänderungen in unerwartet großen Schritten zu einer Belastung der Kreditportfolios und der Underwriting-Aktivitäten der Gruppe – vor allem in Verbindung mit Krediten ohne "Investment Grade"-Rating – führen und infolgedessen höhere Abschreibungen der Gruppe nach sich ziehen. Aufgrund einer geringeren Werthaltigkeit und eines verminderten Wertes der Vermögenswerte der Gruppe bei gleichzeitig sinkenden Besicherungswerten dürften höhere Kreditausfälle und die Notwendigkeit, höhere Abschreibungen auf Gruppenebene vorzunehmen, insbesondere die unbesicherten und besicherten Privatkundenportfolios der Gruppe treffen.

Zinsanhebungen in entwickelten Märkten können sich ebenfalls negativ auf die Schwellenmärkte auswirken, da sie zur Folge haben, dass Kapital in ausgereifter Märkte fließt, um von höheren Renditen und der Stärkung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen profitieren zu können.

Bestimmte Sektoren

Die Gruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Gegenparteien eines bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändert. Jede Verschlechterung der Bonität könnte eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertberichtigungen in Bezug auf einen bestimmten Sektor zur Folge haben. Nachstehend sind Beispiele für Bereiche aufgeführt, in denen Unsicherheiten für das Portfolio der Gruppe bestehen, die sich in wesentlichem Maße auf den Erfolg auswirken können.

(a) Immobilien im Vereinigten Königreich

Da Immobilien im Vereinigten Königreich den größten Anteil am gesamten Immobilien-Kreditrisiko haben, ergibt sich für die Gruppe ein Risiko aus einem Rückgang der Immobilienpreise im Vereinigten Königreich sowohl im Wohnbau- als auch im Gewerbebereich. Eine durch ausländische Investments angetriebene deutliche Zunahme der Hauspreise in London und im Südosten des Vereinigten Königreichs, eine starke Nachfrage nach Mietimmobilien (*buy to let*, (BTL)) und ein schwaches Immobilienangebot haben dazu geführt, dass das Erschwinglichkeitsniveau auf Rekordstände angestiegen ist; die durchschnittlichen Hauspreise lagen Ende 2015 bei mehr als dem Siebenfachen des Durchschnittseinkommens. Ein Rückgang der Hauspreise, insbesondere in London und im Südosten des Vereinigten Königreichs, würde zu höheren Abschreibungen und negativen Kapitalauswirkungen führen, da hierdurch die Verlustausfallquoten (*loss given default* (LGD)) steigen würden. Das Verlustpotenzial dürfte im Bereich höherer Beleihungsquoten am ausgeprägtesten sein.

Der vom britischen Finanzminister 2015 angekündigte Vorschlag zu Mietimmobilien (BTL), der ab April 2016 Änderungen der Steuererleichterungen für Mieteinnahmen und höhere Grunderwerbsteuern vorsieht, kann im Mietimmobilienmarkt zu gewissen Verlagerungen führen. Mögliche Folgen sind unter anderem eine Abschwächung der Nachfrage nach Mietimmobilien (BTL) und eine Zunahme der zum Verkauf stehenden Immobilien. Dies hätte einen sinkenden Preisdruck sowie geringere Erschwinglichkeit zur Folge, da höhere Steuerverbindlichkeiten die Reinerträge der Privatkunden belasten. Dies könnte eine Zunahme von Ausfällen im Mietimmobilien-Markt nach sich ziehen, zu einer Zeit zu der die Marktwerte der Immobilien sinken. Somit könnte es trotz eines sorgfältigen Managements der Gruppe dieser Risiken zu steigenden Kreditausfällen und Abschreibungen von Krediten mit hohen Beleihungsquoten (*loan to value ratios*) kommen.

(b) Bodenschätze (entstehendes Risiko)

Das Risiko von Verlusten und zusätzlichen Abschreibungen ist ausgeprägter, wenn der Fremdkapitalanteil höher ist oder in Sektoren, die vorbelastet sind – vor allem Öl und Gas, Bergbau und Metalle sowie Rohstoffe. Der anhaltende Ölpreisverfall setzt sich fort und ist auf das andauernde weltweite Überangebot zurückzuführen. Wenngleich die Positionierung dieser Portfolios relativ defensiv ausgestaltet ist und den Fokus auf Investment-Grade-Kunden oder besicherte Positionen legt, kann sehr starker Druck in diesem Markt dazu führen, dass Kreditausfälle und Abschreibungen erheblich zunehmen.

(c) Hohe Einzeladressenausfälle

Die Gruppe ist hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Falls diese Vertragspartner ausfallen, kann sich dies erheblich auf die Buchwerte dieser Vermögenswerte auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Reduzierung des Adressenausfallrisikos durch gewährte Sicherheiten das Kreditrisiko weiterhin hoch sein kann, falls die gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag des Kredit- oder Derivate-Engagements wiederzuerlangen. Solche Ausfälle von Schuldnern können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Gruppe haben, beispielsweise aufgrund gestiegener Forderungsverluste und eines höheren Wertberichtigungsaufwands.

(d) Übernahme von Fremdkapitalfinanzierungen (Leverage Finance)

Die Gruppe übernimmt insbesondere in den USA und in Europa – und in geringerem Umfang auch in Südafrika und anderen Regionen – erhebliche Positionen mit einem Rating unterhalb von "Investment-Grade", die Einzeladressenrisiken umfassen. Während des Übernahmeprozesses trägt die Gruppe das mit Kreditereignissen und Marktvolatilität verbundene Risiko.

Negative Ereignisse innerhalb dieses Zeitraums können Verluste für die Gruppe oder erhöhten Kapitalbedarf nach sich ziehen, falls die Notwendigkeit entstehen sollte, die Position für einen längeren Zeitraum zu halten.

(2) Marktrisiko

Veränderungen der Höhe und auch der Volatilität von Kursen können sich aufgrund daraus resultierender niedrigerer Erträge oder geringeren Kapitals finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken:

Bedenken hinsichtlich größerer unerwarteter Veränderungen der Geldpolitik und quantitativer Lockerungsprogramme, Wechselkursschwankungen oder einer konjunkturellen Verlangsamung in Schwellenmärkten, die auf die globalen Märkte übergreift (entstehendes Risiko).

Das Handelsgeschäftsmodell konzentriert sich schwerpunktmäßig auf Kundendienstleistungen (*Client Facilitation*) in institutionellen (*wholesale*) Märkten; dazu zählen Market-Making-Aktivitäten, Risikomanagement-Lösungen und Handelsausführungen.

Das Handelsgeschäft der Gruppe ist dem Risiko einer schnellen Einstellung der quantitativen Lockerungsprogramme und einer durch Sorgen um das globale Wachstum ausgelösten Verschlechterung des Makroumfelds ausgesetzt. Eine extrem starke Volatilität bei Preisen von Vermögenswerten kann sich auf die Marktliquidität auswirken und eine übermäßige Marktvolatilität hervorrufen, wodurch die Gruppe in ihrer Fähigkeit zur Ausführung von Kundengeschäften beeinträchtigt werden kann und geringere Erträge oder Portfolioverluste entstehen können.

Eine plötzliche und ungünstige Volatilität des Zinsniveaus oder der Wechselkurse kann sich nachteilig auf die Einnahmen der Gruppe aus Nichthandelsaktivitäten auswirken.

Grund hierfür ist, dass die Gruppe einem nichthandelsbezogenen Zinsrisiko ausgesetzt ist, da sie nicht gehandelte Bankprodukte und -dienstleistungen im Privat- und Geschäftskundenbereich anbietet. Hierzu gehören auch Produkte ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum und mit Zinssätzen, die sich nicht entsprechend der Entwicklung der Basiszinsen verändern – z.B. Girokonten. Die Höhe und Volatilität von Zinssätzen kann die Nettoszinsspanne der Gruppe, d. h. die erzielte Zinsdifferenz zwischen den Kosten der Kreditvergabe und den Kosten der Kreditaufnahme, beeinflussen. Die Gefahr künftiger Volatilität und Margenveränderungen dauert in wichtigen Bereichen wie etwa beim Benchmarkzinssatz des Vereinigten Königreichs an, soweit diese Volatilität und Margenveränderungen nicht vollständig durch Absicherungsmaßnahmen aufgefangen werden.

Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Wechselkursänderungen, da sich diese auf den Sterling-Gegenwert von auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerten im Bankbuch (*banking book*) auswirken und dieses dem Währungsumrechnungsrisiko aussetzen.

Ungünstige Entwicklung des Pensionsfonds

Ungünstige Bewegungen zwischen den Vermögenswerten und den Verbindlichkeiten im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen können zu einem Pensionsdefizit beitragen. Der Abzinsungssatz für Verbindlichkeiten ist eine treibende Kraft und wird in Einklang mit dem *International Financial Reporting Standard 19* ("**IAS 19**") aus den Renditen auf hochqualitative Unternehmensanleihen (d. h. solche mit AA-Rating) abgeleitet, d. h. er beinhaltet Positionen mit risikofreien Renditen ebenso wie solche mit Bonitätsaufschlägen. Somit würde sich ein längerer Rückgang des Abzinsungssatzes oder ein anhaltend niedriger Satz und/oder Bonitätsaufschlag nachteilig auf die Bewertung des leistungsorientierten Pensionsplans der Gruppe auswirken. Ein weiterer bedeutender Risikofaktor für den Pensionsfonds ist die Inflation, da sich ein Anstieg der langfristigen Inflationserwartungen

nachteilig auf die Verbindlichkeiten auswirkt. Langfristig besteht jedoch die Tendenz einer negativen Korrelation zwischen Inflation und Zinssätzen, die sich daher teilweise gegenseitig aufheben.

(3) Finanzierungsrisiko

Die Fähigkeit der Gruppe, ihre Geschäftspläne zu erfüllen, kann dadurch beeinträchtigt werden, dass sie ihr Kapital (einschließlich Fremdkapital), ihre Liquidität und andere aufsichtsrechtliche Anforderungen nicht effektiv steuert.

Es ist möglich, dass die Gruppe aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihre Geschäftspläne einzuhalten: i) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten zu erfüllen; ii) Unfähigkeit, Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen; iii) Änderungen der Methodik von Ratingagenturen, die zu Herabstufungen führen; und iv) ungünstige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten.

Unfähigkeit, geeignete aufsichtsrechtliche Quoten einzuhalten

Sollte die Gruppe nicht in der Lage sein, angemessene Kapitalquoten aufrecht- oder einzuhalten, könnte dies dazu führen, dass die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Kapitalanforderungen – einschließlich der Anforderungen aufsichtsbehördlicher Stresstests – nicht erfüllt werden können, Finanzierungskosten aufgrund einer Verschlechterung der Kreditratings steigen, Ausschüttungen beschränkt werden (einschließlich der Fähigkeit, Dividendenziele zu erreichen) und/oder die Vornahme zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Kapital- oder Leverage-Position der Gruppe erforderlich wird. Wenngleich die Anforderungen der Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen ("**CRD IV**") inzwischen im Vereinigten Königreich in Kraft getreten sind, könnten sich infolge von (i) weiteren Änderungen der EU-Gesetzgebung durch die EU-Gesetzgeber (bspw. die Umsetzung der Empfehlungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ("**BIZ**") hinsichtlich regulatorischer Aktualisierungen), (ii) maßgeblichen, von der Europäischen Bankaufsichtsbehörde ("**EBA**") entwickelten, verbindlichen Aktualisierungen regulatorischer technischer Standards, (iii) Änderungen der Gesetze im Vereinigten Königreich durch dessen Regierung, (iv) Änderungen der Aufsichtsvorschriften durch die britische Finanzaufsichtsbehörde (*Prudential Regulation Authority* – "**PRA**") oder (v) Empfehlungen des Ausschusses für Finanzpolitik (Financial Policy Committee "**FPC**") im Hinblick auf zusätzliche Kapitalanforderungen noch weitere Änderungen der Kapitalanforderungen ergeben. Diese Änderungen können – einzeln und / oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – weitere unerwartete zusätzliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Gruppe zur Folge haben.

Zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen können sich zudem aus anderen regulatorischen Reformen ergeben, darunter auch Vorschläge des Vereinigten Königreichs, der EU und der USA zu Bankenstrukturreformen und aktuelle Vorschläge zu "Mindestanforderungen an Eigenmittel und anrechnungsfähige Verbindlichkeiten" (*Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities* ("**MREL**")) im Rahmen der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (*Bank Recovery and Resolution Directive* ("**BRRD**")). Diese Reformen umfassen die Vorschläge der Bank of England hinsichtlich MREL-Anforderungen für britische Banken, die im Dezember 2015 veröffentlicht wurden. Die Bank of England hat ihre Absicht erklärt, im Laufe des Jahres 2016 die MREL-Anforderungen gegenüber britischen Banken bekanntzugeben. Diese Vorschläge sind vielfach noch abschließend auszuarbeiten und umzusetzen und können in endgültiger Fassung andere Folgen haben. Die Folgen dieser Vorschläge werden derzeit noch bewertet. Insgesamt dürften diese Änderungen von Gesetzen und Verordnungen jedoch Konsequenzen für die Gruppe nach sich ziehen, da die Umsetzung dieser Änderungen aller Wahrscheinlichkeit nach auch Änderungen der rechtlichen Struktur der Gruppe und der Art und Weise, wie

Geschäftsbereiche mit Kapital ausgestattet und finanziert werden, zur Folge haben wird. Solche erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen können die Gruppe außerdem in ihren beabsichtigten Tätigkeiten beschränken und zu Zwangsverkäufen von Vermögenswerten sowie zu Bilanzverkürzungen führen. Darüber hinaus können sie höhere Kosten für die Gruppe nach sich ziehen, sich auf die Gewinne der Gruppe auswirken und die Fähigkeit der Gruppe, Dividenden auszuschütten, beschränken. Ferner kann es sich in Marktstörungsphasen (wie sie derzeit zu beobachten sind) oder Zeiten erheblichen Wettbewerbs um die von der Gruppe benötigte Finanzierungsform als schwieriger und/oder kostspieliger erweisen, die Kapitalausstattung der Gruppe zu erhöhen, um die Zielvorgaben zu erreichen oder einzuhalten.

Unfähigkeit, Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern

Gelingt es der Gruppe nicht, ihre Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern, kann dies dazu führen, dass die Gruppe entweder nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, um ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder zwar solvent ist, diese Verpflichtungen jedoch nur zu übermäßig hohen Kosten erfüllen kann. Dies kann dazu führen, dass die Gruppe regulatorische Liquiditätsstandards nicht erfüllt oder das tägliche Bankgeschäft nicht aufrechterhalten kann oder dass die Gruppe nicht fortgeführt werden kann.

Veränderungen des Kreditratings und Folgen für die Finanzierungskosten

Mit einem Kreditrating wird die Kreditwürdigkeit der Gruppe, ihrer Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen bewertet. Es basiert auf der Prüfung eines breiten Spektrums von geschäftlichen oder finanziellen Aspekten, wie Risikomanagementprozessen und -verfahren, Kapitalstärke, Erträgen, Finanzierung, Liquidität, Bilanzierung und Unternehmenssteuerung. Ein für eins oder mehrere dieser Aspekte nachteiliges Ereignis kann zu einer Herabstufung führen, die wiederum in vertraglichen Abflüssen resultieren kann, die erforderlich sind, um vertragliche Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen zu erfüllen. Ferner berücksichtigen die Liquiditätsrisiko (*Liquidity Risk Appetite*)-LRA-Stressszenarien Abflüsse infolge von Kreditrating-Herabstufungen um mehrere Stufen. Ein Teil des Liquiditätspools wird für dieses Risiko vorgehalten. Es besteht das Risiko, dass mögliche Herabstufungen Auswirkungen auf den Erfolg der Gruppe haben, wenn Kreditkosten und Liquidität sich erheblich entgegen den Erwartungen verändern.

Weitere Informationen enthält der untenstehende Abschnitt "3. Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating Herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben, Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen."

Ungünstige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten

Die Gruppe verfügt über Kapital und risikogewichtete Aktiva in Fremdwährungen. Änderungen der Wechselkurse können sich daher nachteilig auf den entsprechenden Gegenwert in Pfund Sterling der auf Fremdwährungen lautenden Kapitalausstattung und risikogewichteten Aktiva auswirken. Infolgedessen sind die regulatorischen Eigenkapitalquoten von Wechselkursänderungen abhängig und das Ausbleiben einer angemessenen Steuerung der Bilanz der Gruppe, um Wechselkursänderungen Rechnung zu tragen, kann sich nachteilig auf regulatorische Eigenkapitalquoten auswirken. Die Auswirkungen können nur schwer genau vorausgesagt werden, aber ein Absinken der Eigen- und Fremdkapitalquoten unter die geforderten Grenzwerte kann sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Gruppe auswirken.

(4) Betriebsrisiko

Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme oder äußerer Ereignisse verändern.

Die Gruppe ist vielen Arten von operativen Risiken ausgesetzt. Darunter fällt auch das Risiko von Betrug und anderen kriminellen Handlungen der eigenen Mitarbeiter oder Dritter; das Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder das Risiko, dass diese für die Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind) sowie Systemausfälle oder Versuche Dritter, einen Dienst oder eine unterstützende Infrastruktur für die planmäßigen Nutzer unzugänglich zu machen, und das Risiko geopolitischer Cyber-Bedrohungen, die destabilisierende oder zerstörerische Wirkungen für die IT der Gruppe haben, oder entscheidende Infrastrukturkomponenten, von denen die Gruppe abhängig ist, auf die sie jedoch keinen Einfluss hat. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Betriebsstörungen infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen – zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen –, die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe ausgesetzt ist, kann sich schnell ändern und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen oder rechtzeitig angepasst werden können, um solchen geänderten Risiken zu begegnen und hiermit das Verlustrisiko zu beseitigen.

Cyber-Angriffe (entstehendes Risiko)

Die Bedrohung durch Cyber-Angriffe wächst weiter. Die Ausbreitung von Online-Marktplätzen, auf denen kriminelle Dienstleistungen und gestohlene Daten angeboten werden, hat für Kriminelle die Eintrittsschwellen zur Verübung von Cyber-Angriffen gesenkt und gleichzeitig die Motivation erhöht.

Die Angreifer entwickeln immer weitere Fähigkeiten, wie ein deutlicher Anstieg von Blockade (*Denial-of-Service*)-Angriffen und die immer bessere Vorbereitung gezielter Betrugsdelikte durch organisierte kriminelle Netzwerke zeigt. Die Gruppe sieht sich einer wachsenden Bedrohung ihrer Informationen (gleich, ob sie bei der Gruppe oder bei ihren Vertragspartnern abgelegt sind), der Integrität ihrer Finanztransaktionen und der Verfügbarkeit ihrer Dienstleistungen gegenüber. All dies erfordert ein hohes Maß an Aufklärungs- und Reaktionsfähigkeit.

Angesichts der zunehmenden globalen Ausgereiftheit und des Ausmaßes möglicher Cyber-Angriffe können künftige Angriffe erhebliche Sicherheitsverletzungen zur Folge haben, die eine Gefahr für vertrauliche Informationen und Finanztransaktionen der Gruppe, ihrer Kunden, der Gegenparteien oder der Vertragspartner darstellen können. Desgleichen können sie zu Störungen der Systeme mit kritischen Funktionen führen. Wird mit Cyber-Bedrohungen nicht angemessen verfahren und werden bestehende Prozesse nicht fortlaufend überprüft und an neue Bedrohungen angepasst, drohen zunehmende Verluste durch Betrug, Schädigung der Kunden, aufsichtsrechtliche Sanktionen und Strafen, gesetzliche Haftung und Reputationsschäden.

Ausfallsicherheit technologischer Infrastruktur

Im Zuge der zunehmenden Abhängigkeit von digitalen Kanälen und anderen Technologien können Technologie-Probleme immer schwerere und unmittelbarere Folgen haben.

Wenngleich dies auch für viele andere Branchen und Organisationen gilt, so ist es im Bankensektor doch besonders bedeutsam.

Die Technologie-, Immobilien- und Zulieferer-Infrastruktur der Gruppe ist für den Betrieb ihres Geschäfts und die Lieferung von Produkten und Leistungen an Kunden wie auch für die Erfüllung von Verpflichtungen im Hinblick auf Marktintegrität von wesentlicher Bedeutung. Eine anhaltende Störung der entweder direkt oder über Dritte von der Gruppe angebotenen Dienstleistungen könnte erhebliche Auswirkungen für Kunden und die Reputation der Gruppe haben und darüber hinaus möglicherweise hohe Kosten im Zusammenhang mit der Beseitigung des Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste verursachen und auch regulatorische Sanktionen und Bußgelder nach sich ziehen.

Einstellung und Bindung von qualifiziertem Personal

Die Gruppe benötigt eine vielfältige Mischung gut ausgebildeter und qualifizierter Mitarbeiter, die ihre Strategie umsetzen. Daher ist sie abhängig davon, dass qualifizierte Mitarbeiter gewonnen und an die Gruppe gebunden werden können. Die Fähigkeit der Gruppe, solche Kräfte zu gewinnen und zu binden, hängt von diversen externen und internen Faktoren ab.

Externe aufsichtsrechtliche Änderungen, wie die Einführung der Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit (*Individual Accountability Regime*) und die verlangten Zahlungsaufschub- und Rückholklauseln in den Vergütungsvereinbarungen der Gruppe können dazu führen, dass die Gruppe im Vergleich zu internationalen Mitbewerbern und anderen Branchen ein weniger attraktives Unternehmen ist. Ebenso kann die Erfüllung der Anforderungen der strukturellen Reform die Wettbewerbsfähigkeit im Kampf um hochqualifizierte Mitarbeiter stärken. Intern können sich die Restrukturierung der Geschäfte und Funktionen sowie ein stärkerer Fokus auf die Kosten auf die Einstellung der Mitarbeiter und ihre Bindung ans Unternehmen auswirken.

Gelingt es nicht, angemessen qualifizierte Mitarbeiter, die sich für die Überwachung und Steuerung aktueller und künftiger regulatorischer Standards und Erwartungen einsetzen oder die die erforderlichen Fähigkeiten zur Umsetzung der Gruppenstrategie besitzen, zu gewinnen bzw. deren Abgang zu verhindern, so könnte sich dies negativ auf die finanzielle Leistungsfähigkeit, die Kontrollumgebung und das Maß der Mitarbeitermotivation auswirken.

Verluste aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen

Die Gruppe unterliegt in allen Ländern, in denen sie tätig ist, den dortigen Steuergesetzen, darunter auch den Steuergesetzen, die auf EU-Ebene verabschiedet wurden. Ferner kommen diverse Doppelbesteuerungsabkommen zwischen einzelnen Ländern zur Anwendung. Es besteht das Risiko, dass der Gruppe aufgrund von zusätzlichen steuerlichen Belastungen, anderen Finanzierungskosten oder Reputationsschäden, denen jeweils diverse mögliche Faktoren zugrunde liegen können, Verluste entstehen können. Hierzu gehört die Nichteinhaltung oder falsche Bewertung der Anwendung von einschlägigen Steuergesetzen, das Unvermögen, rechtzeitig und wirksam mit Finanzbehörden zu kommunizieren oder die falsche Berechnung von Steuerschätzungen für ausgewiesene und prognostizierte Steuerwerte. Solche Belastungen oder Streitigkeiten mit einer maßgeblichen Finanzbehörde könnten nachteilige Publizität, Reputationsschäden und möglicherweise Kosten nach sich ziehen, die die bestehenden Rückstellungen weit übersteigen. Dies wiederum könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

Ermessen bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach den *International Financial Reporting Standards* ("IFRS") ist es erforderlich, Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der

Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die Konzern- und Einzelabschlüsse sind, sind u.a. Rückstellungen für Verhaltensfragen und Rechts-, Wettbewerbs- und Aufsichtsangelegenheiten, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Wertminderung und Wertbemessung von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen, Berechnung von tatsächlichen und latenten Steuern, Verbuchung von Pensionsverpflichtungen und Ruhestandsleistungen. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich die Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Gruppe führen kann, der den angenommenen Verlust oder die gebildeten Rückstellungen übersteigen kann.

Als Teil der Vermögenswerte des Nicht-Kerngeschäfts hält die Gruppe ein Portfolio an allgemein längerfristigen Darlehen, die im Vereinigten Königreich an Kunden aus dem Bildungs-, Sozialwohnungs- und Kommunalsektor (*Education, Social Housing and Local Authority* ("ESHLA")) ausgegeben wurden und zum Zeitwert bewertet werden. Die Bewertung dieses Portfolios unterliegt erheblichen Unsicherheiten, da diese Portfolios eine lange Laufzeit aufweisen und für diese Darlehen kein Sekundärmarkt existiert und keine Kredit-Spreads zu beobachten sind. Aufgrund dieser Faktoren kann sich die Gruppe gezwungen sehen, die beizulegenden Zeitwerte dieser Portfolios zu korrigieren, um u. a. Änderungen der Bewertungsmethoden infolge geänderter Bewertungspraktiken der Branche sowie weiteren Markterkenntnissen im Zusammenhang mit dem Verkaufs- und Ausstiegsprozess (*run-down and exit process*) bei den nicht betriebsnotwendigen Vermögenswerten Rechnung zu tragen.

Die weitere Entwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich auch erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. Die Einführung der Abschreibungsanforderungen des Rechnungslegungsstandards des IFRS 9 "Finanzinstrumente" führt dazu, dass Abschreibungen früher ausgewiesen werden, als nach IAS 39, da erwartete Verluste auszuweisen sind, bevor das Verlustereignis eintritt. Die Bewertung wird mit zunehmender Komplexität und Ermessensspielräumen verbunden sein, einschließlich Schätzungen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustausfallquoten, eine Reihe eindeutiger künftiger wirtschaftlicher Szenarien, die Schätzung der erwarteten Lebensdauer, Schätzungen der ausstehenden Forderungen zum Zeitpunkt des Kreditausfalls und die Beurteilungen von Zunahmen im Kreditrisiko. Bis das Umsetzungsprogramm weiter fortgeschritten ist, dürfte es nicht möglich sein, zuverlässige Schätzungen über die finanziellen Auswirkungen anzugeben – wenngleich erwartet werden kann, dass das Programm wesentliche finanzielle Auswirkungen hat.

Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren

Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Führung der Geschäfte der Gruppe auswirken.

Die Gruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt. In der Vergangenheit untersuchten die Behörden vermehrt bisherige Praktiken, gingen mutmaßlichen Verstößen konsequent nach und verhängten hohe Geldstrafen gegen Finanzdienstleister. Dieser Trend dürfte auch künftig andauern. Was Finanzkriminalität angeht, so kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Gruppe oder ihre Mitarbeiter in den Rechtsordnungen, in denen die Gruppe tätig ist – insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA – strafrechtlich verfolgt werden oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen belegt werden. Auch

Fälle, in denen Kunden, Auftraggeber oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Gruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen. Zudem kann es zwischen der Gruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten wie etwa Verstöße oder die Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem *Common Law* bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Gruppe gegenüber Dritten schadenersatzpflichtig ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Abgesehen von diesen wesentlichen laufenden Angelegenheiten ist die Gruppe in verschiedene andere Gerichtsverfahren in dem Vereinigten Königreich und verschiedenen ausländischen Rechtsordnungen involviert, die sich aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben. Zudem ist die Gruppe Gegenstand von Auskunftsverlangen, Ermittlungen und anderen Untersuchungen durch Aufsichts-, Regierungs- und andere öffentlicher Stellen im Zusammenhang mit Geschäftsaktivitäten, denen die Gruppe nachgeht oder nachgegangen ist. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit oder den Cashflow der Gruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus dem Verfahren bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des andernfalls für den jeweiligen Zeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Der Ausgang wesentlicher Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlicher Verfahren – sowohl jener, denen die Gruppe derzeit ausgesetzt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Gruppe in Zusammenhang mit solchen Verfahren – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und dass jedes dieser Verfahren folgende Risiken für die Gruppe verbunden sind: erhebliche(r) monetärer Schadenersatz und/oder Geldstrafen; Entschädigungen betroffener Kunden und Auftraggeber; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; unter bestimmten Umständen strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für den Geschäftsbetrieb der Gruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Verweise; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe ; Verlust von Anlegervertrauen; und/oder Entlassung oder Kündigung von Schlüsselpersonen.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, in die die Gruppe involviert ist, im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Gruppe oder gegen ein anderes Finanzinstitut, das mit vergleichbaren Klagen konfrontiert ist, könnte zu weiteren Klagen gegen die Gruppe führen.

Risiken im Zusammenhang mit der Regulierung des Finanzdienstleistungssektors

Der Finanzdienstleistungssektor unterliegt weiterhin erheblichen aufsichtsrechtlichen Änderungen und Überprüfungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die finanzielle Entwicklung sowie die Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe haben können.

(a) Aufsichtsrechtliche Änderungen

Die Gruppe unterliegt, wie die meisten anderen Finanzdienstleister, in vielen Ländern, in denen die Gruppe tätig ist (insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA), in einem erheblichen Ausmaß aufsichtsrechtlichen Änderungen und verschärften Kontrollen.

Dies hat zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit Überwachung und Beaufsichtigung, gestiegenen Erwartungen und erhöhten Anforderungen geführt. Infolgedessen bilden die regulatorischen Risiken weiterhin einen Schwerpunkt der Führungsspitze und werden einen erheblichen Anteil der Unternehmensressourcen binden. Außerdem können sich der vorstehend beschriebene strengere Ansatz und die verschärften Anforderungen, Unsicherheit sowie der Umfang internationaler regulatorischer Koordination im Zuge der Entwicklung und Umsetzung verbesserter aufsichtsrechtlicher Standards nachteilig auf die Geschäfts-, Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe auswirken und/oder dazu führen, dass die Gruppe sich dazu entschließt, Änderungen an ihrer rechtlichen Struktur, ihren Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie ihrer geschäftlichen Ausrichtung vorzunehmen oder bestimmte Geschäftstätigkeiten ganz einzustellen oder in bestimmten Bereichen trotz des ansonsten attraktiven Potenzials nicht zu expandieren.

(b) Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, einschließlich Änderungen der CRD IV

Die Ergebnisse und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Gruppe können durch Änderung oder Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben beeinträchtigt werden.

Im Juli 2015 hat das *Financial Policy Committee* ("FPC") der Bank of England eine Leitlinie veröffentlicht, nach der die britische Finanzaufsichtsbehörde (*Prudential Regulation Authority* "PRA") angewiesen ist, von allen wichtigen britischen Banken und Bausparkassen zu verlangen, dass diese ausreichend Kernkapital vorhalten, um eine Verschuldungsquote von mindestens 3 % und einen antizyklischen Verschuldungsquoten-Puffer von 35 % des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers zu erfüllen. Das FPC hat ferner festgelegt, dass global systemrelevante Banken (sog. G-SIBs) aus dem Vereinigten Königreich und national systemrelevante Banken einen zusätzlichen Verschuldungsquoten-Puffer von 35 % der entsprechenden risikogewichteten Kapitalpufferquoten erfüllen sollen. Die PRA hat im Dezember 2015 eine Grundsatzerklärung, endgültige Vorschriften und eine aufsichtsbehördliche Stellungnahme veröffentlicht, durch die die Anweisungen des FPC umgesetzt werden. Das neue Regelwerk, durch das die Verschuldungsquoten geregelt werden, trat am 1. Januar 2016 in Kraft.

Im Januar 2016 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht ("BCBS") ein neues Marktrisiko-Regelwerk verabschiedet, das 2019 in Kraft tritt und unter anderem Vorschriften enthält, die infolge seiner grundlegenden Prüfung des Handelsbuchs erlassen wurden. Die Gruppe beobachtet weiterhin die möglichen Auswirkungen auf ihre Kapitalposition durch diese Vorschriften und durch (i) Änderungen der einheitlichen Regeln des BCBS für das Kreditrisiko, das Gegenpartei-Kreditrisiko, das Volatilitätsrisiko und das Betriebsrisiko sowie (ii) die Tatsache, dass der BCBS seine Position in Bezug auf die Einschränkung der Verwendung interner Modelle in bestimmten Bereichen (beispielsweise die Abschaffung des fortgeschrittenen Messansatzes (*Advanced Measurement Approach*; "AMA") für das Betriebsrisiko) und die Verwendung von Untergrenzen für risikogewichtete Aktiva (*Risk Weighted Assets*; "RWA") auf der Basis der standardisierten Ansätze überdenkt.

Änderungen oder verschärfte aufsichtsbehördliche Anforderungen in Bezug auf Kapital- und / oder Verschuldungsquoten können – einzeln oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – unerwartet zu verschärften Anforderungen hinsichtlich der Kapital-, Verschuldungs-, Liquiditäts- und Finanzierungsquote der Gruppe führen oder die Methode zur Berechnung dieser Quoten ändern. Dadurch können weitere Maßnahmen der Geschäftsführung zur Anpassung an die geänderten Anforderungen erforderlich werden, z. B.: Erhöhung der Kapital- und Liquiditätsausstattung; Senkung des Verschuldungsgrades und Abbau risikogewichteter Aktiva; Änderung der gesellschaftsrechtlichen Struktur (einschließlich hinsichtlich der Aufnahme und des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen für die Gruppe); Änderung der geschäftlichen Ausrichtung der Gruppe oder Aufgabe von sonstigen Geschäftsfeldern; und/oder sonstige Maßnahmen zur Stärkung der Position der Gruppe.

(c) Reformen der Marktinfrastruktur

Die Derivatemärkte unterliegen in vielen Märkten der Gruppe einer umfangreichen und zunehmenden Regulierung, darunter vor allem in Europa gemäß der EU-Verordnung über die europäische Marktinfrastruktur ("**EMIR**") und in den USA gemäß dem Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act von 2010 ("**DFRA**"). Einige dieser verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen sind bereits in Kraft getreten und weitere Vorschriften dürften stufenweise Wirksamkeit erlangen – in Europa unter anderem durch eine neu gefasste Fassung der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente und eine neue Verordnung (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente).

Es ist möglich, dass weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen und die damit verbundenen Aufwendungen und Anforderungen zu einer Erhöhung der Kosten der Teilnahme bzw. zur Beschränkung dieser Teilnahme an den Derivatemärkten führen, wodurch sich die Kosten für den Abschluss von Hedging-Geschäften oder sonstigen Geschäften erhöhen würden und es zu einer Reduzierung der Liquidität sowie einer Einschränkung der Nutzung der Derivatemärkte kommen würde.

Änderungen der für die Derivatemärkte geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen können sich nachteilig auf das Geschäft der Gruppe und ihrer verbundenen Unternehmen in den betreffenden Märkten auswirken und die Durchführung von Hedging- und Handelsaktivitäten erschweren und verteuern, was wiederum zu einer geringeren Nachfrage nach Swap-Handelsdienstleistungen und ähnlichen Dienstleistungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften führen kann. Darüber hinaus ist es möglich, dass die durch neue aufsichtsrechtlichen Bestimmungen erhöhten Kosten die Gruppe dazu veranlassen, eine Verringerung ihrer Aktivitäten an diesen Märkten zu beschließen.

(d) Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Der Schwerpunkt der Aufsichtsbehörden liegt auch weiterhin klar auf der Frage der Abwicklungsfähigkeit. Dies gilt vor allem im Vereinigten Königreich, den USA und Südafrika. Die Gruppe hat erstmals Mitte 2012 ihren Sanierungs- und Abwicklungsplan bei britischen und US-amerikanischen Aufsichtsbehörden förmlich eingereicht. Bei den südafrikanischen Aufsichtsbehörden wurde der Sanierungsplan erstmals im Jahr 2013 eingereicht. Die Gruppe arbeitet seither weiterhin mit den zuständigen Behörden zusammen, um Hindernisse für die Abwicklungsfähigkeit der Gruppe zu ermitteln und auszuräumen.

Im Vereinigten Königreich wird die Sanierungs- und Abwicklungsplanung als Teil der laufenden Aufsicht angesehen. Für die einzelnen Kreditinstituten/Wertpapierfirmen wird im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Vorgehens der Bank of England und der PRA jeweils geprüft, wie mögliche Hindernisse für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Gruppe oder einer oder mehrere ihrer Tochtergesellschaften beseitigt werden können; dabei kann die PRA von den Kreditinstituten/Wertpapierfirmen wesentliche Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit verlangen. Die Gruppe legt der PRA jährlich einen Sanierungsplan und im Zweijahresturnus ein Abwicklungsplan vor.

In den USA ist die Gruppe eine von mehreren systemrelevanten Banken, die gemäß den Vorschriften des Dodd-Frank Act von 2010 Abwicklungspläne beim *Board of Governors* der US-amerikanischen Notenbank ("**Federal Reserve**") und dem Einlagensicherungssystem *Federal Deposit Insurance Corporation* ("**FDIC**") (zusammen die "**Behörden**") einreichen müssen. Gemäß der US-amerikanischen Abwicklungsplanverordnung kann eine gemeinsame Feststellung der Behörden, dass ein Abwicklungsplan nicht glaubwürdig ist oder keine ordnungsgemäße Abwicklung nach dem US-amerikanischen Bankruptcy Code ermöglicht, in den USA dazu führen, dass einer Bank strengere Auflagen in Bezug auf Kapital, Verschuldung oder Liquiditätsanforderungen gemacht werden oder Beschränkungen für das Wachstum, die Aktivitäten oder die Geschäftstätigkeit in den USA eingeführt werden.

Ferner wurden in den USA zusätzliche Vorschläge mit Bezug auf die Abwicklung vorgelegt, wie der von der Federal Reserve vorgeschlagene Standard für die Gesamt-Verlustabsorptionskapazität ("**TLAC**") für Barclays US-amerikanische Zwischen-Holdinggesellschaft (*Intermediate Holding Company* – "**IHC**"), die 2016 errichtet wird, und verschärfte Bilanzierungs- und Berichtspflichten für Verpflichtungen aus qualifizierten Finanzkontrakten ("**QFC-Vorschlag**"), die die operativen Kosten und die Finanzierungskosten der Geschäftstätigkeit von Barclays in den USA je nach endgültiger Ausgestaltung erheblich erhöhen können.

In Südafrika erwägen das Finanzministerium (*South African Treasury*) und die Zentralbank (*South African Reserve Bank*) wesentliche neue Gesetze und Vorschriften zur Einführung eines Abwicklungs- und Einlagensicherungssystems in Einklang mit den Grundsätzen des FSB. Barclays Africa Group Limited ("**BAGL**") und die bedeutendste Tochtergesellschaft Absa Bank Limited werden von den letztlich eingeführten Regelungen betroffen sein. Zwar ist noch unklar, wie diese Regelungen genau aussehen bzw. wann die Regelungen verabschiedet werden, jedoch könnten die derzeitigen Vorschläge bezüglich einer finanzierten Einlagensicherung und der Geschäftsfortführung einen erheblichen Anstieg der Betriebs- und Finanzierungskosten der BAGL- Gruppe zur Folge haben.

Die Gruppe ist der Ansicht, dass sie bei der Beseitigung von möglichen Hindernissen für die Abwicklung gute Fortschritte erzielt; sollten die zuständigen Behörden jedoch letztlich feststellen, dass die Gruppe oder eine wesentliche Tochtergesellschaft nicht in geordneten Bahnen abgewickelt werden kann, so können die Auswirkungen möglicher struktureller Änderungen, die erforderlich sind, um einer solche Feststellung Rechnung zu tragen (gleichgültig, ob im Zusammenhang mit Sanierungs- und Abwicklungsplänen oder sonstigen Initiativen zu Strukturreformen), die Kapital-, die Liquiditäts- und die Verschuldungsquoten sowie die Gesamttrentabilität der Gruppe beeinträchtigen, z. B. aufgrund einer Verdopplung der Infrastrukturkosten, entgangener Umsätze im Zusammenhang mit Wechselkursgeschäften (*lost cross-rate revenues*) und zusätzlicher Finanzierungskosten.

Aufsichtsverfahren im Falle eines Bankenausfalls

Die BRRD enthält auf europäischer Ebene Vorschriften, die vergleichbar sind mit denen des UK Banking Act von 2009 in aktueller Fassung (der "**Banking Act**"). Viele dieser Vorschriften erweitern und stärken die Befugnisse, über die nationale Aufsichtsbehörden im Falle eines Bankenausfalls verfügen müssen.

Der Banking Act enthält ein Regelwerk, nach dem es der Bank of England ("**BoE**") (oder unter bestimmten Umständen HM Treasury) möglich ist, zahlungsunfähige Banken im Vereinigten Königreich abzuwickeln. Nach dem Banking Act erhalten diese Behörden die Befugnisse, die Übertragung von Aktien, Geschäftsanteilen und Eigentum anzuordnen. Durch Änderungen, die mit dem Banking Reform Act eingeführt wurden, wurde die Bail-In Befugnis der BoE zum 1. Januar 2015 gesetzlich verankert. Diese Befugnis versetzt die BoE in die Lage, ein zahlungsunfähiges Institut zu rekapitalisieren, indem die Verluste auf die Anteilseignern und unbesicherten Gläubigern des Instituts verteilt werden. Sie ermöglicht der BoE ferner die Aufhebung von Verbindlichkeiten bzw. die Modifizierung von Vertragsbedingungen mit dem Ziel, die Verbindlichkeiten der in Abwicklung befindlichen Bank zu reduzieren oder aufzuschieben und verleiht ihr die Befugnis, Verbindlichkeiten umzuwandeln (z.B. in Eigenkapital). Neben der Bail-In Befugnis erhalten die maßgeblichen britischen Abwicklungsbehörden durch den Banking Act zusätzliche Befugnisse. Hierzu gehört auch die Befugnis, unter bestimmten Umständen den Verkauf oder die Übertragung eines relevanten Finanzinstituts oder seiner Geschäftsfelder einzeln oder insgesamt anzuweisen. Ferner können zeitgleiche Entwicklungen, wie die Umsetzung der Anforderungen des britischen Rates für Finanzstabilität (FSB) an die Gesamt-Verlustabsorptionskapazität (TLAC), für eine Bank das Risiko erhöhen, durch

Aufsichtsbehörden die Einhaltung internationaler Standards in diesem Bereich beabsichtigen, den Anforderungen einer Abwicklungsbehörde zu unterfallen. Siehe "(3) Finanzierungsrisiken - Unfähigkeit, geeignete aufsichtsrechtliche Quoten einzuhalten".

Werden diese Befugnisse in Bezug auf die Gruppe oder ein Unternehmen innerhalb der Gruppe ausgeübt oder steigt das Risiko einer derartigen Ausübung, so kann dies nachteilige Folgen für die Rechte oder Interessen der Anteilseigner und Gläubiger – darunter auch die Inhaber von Schuldverschreibungen oder die Kreditgeber – haben und/oder sich erheblich nachteilig auf den Marktpreis der Aktien oder sonstigen von der Gruppe ausgegebenen Wertpapiere auswirken. Zu solchen Auswirkungen gehören der Verlust von Anteilen/verbundenen Rechten, darunter auch die Verwässerung der prozentualen Beteiligung am Grundkapital der Gruppe. Sie können dazu führen, dass Gläubiger, darunter auch Inhaber von Schuldverschreibungen oder Kreditgeber, ihre Anlage in die Wertpapiere der Gruppe vollständig oder teilweise verlieren. Siehe "2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" für weitere Angaben zu den Risiken von Bankenabwicklungsmaßnahmen für Gläubiger im Falle eines Ausfalls der Emittentin.

(5) Verhaltensrisiko

Barclays hat sich zu gruppenweiten Änderungen der Geschäftspraktiken, der Unternehmenssteuerung, der Denkweise und des Verhaltens verpflichtet, sodass gute Ergebnisse für Kunden und der Schutz der Marktintegrität eine wichtige Rolle dabei spielen, wie Barclays tätig ist. Wenn die Gruppe ihre Reputation im Markt verbessert, zeigt sie Kunden damit, dass sie mit Barclays einen Partner haben, dem sie vertrauen können. Das Verhaltensrisiko ist das Risiko, dass den Kunden, Gegenparteien, Vertragspartnern oder der Gruppe selbst aufgrund unzutreffenden Beurteilungen im Rahmen der Ausführung der Geschäftsaktivitäten Schäden entstehen.

2015 wurden die Risiken, die mit unterschiedlichen entstehenden Risiken verbunden sind und sich möglicherweise auf Kunden und die Reputation auswirken können auf Gruppenebene gesteuert und der Führungsspitze zur Besprechung vorgelegt. Diese Risiken bestehen 2016 und darüber hinaus fort. Die bedeutendsten derartigen Risiken umfassen:

(a) Organisatorische Veränderungen

Es besteht für die Gruppe das Risiko, dass sie die Erwartungen der Kunden und Aufsichtsbehörden nicht erfüllen kann, weil sie nicht in der Lage ist, die folgenden Bereiche in angemessener Weise handzuhaben: i) Komplexität der Geschäftspraktiken, Prozesse und Systeme; ii) Herausforderungen im Rahmen der Überwachung der Eignung von Produkten; ihrer Automatisierung und des Risikos auf Portfolioebene iii) Widerstandsfähigkeit ihrer Technologie und iv) Ausführungsstrategie, einschließlich Nichterreichen des hohen Niveaus der erforderlichen operationellen Präzision im Rahmen der wirkungsvollen Ausführung, um Kunden positive Ergebnisse liefern zu können.

(b) Altlasten

Barclays trägt das Risiko aus möglichen Ergebnissen diverser Untersuchungen des Verhaltens in der Vergangenheit. Wenngleich die Übernahme kultureller Veränderungen und verbesserter Unternehmensleitungsgrundsätze weiter verfolgt wird, bleiben viele Anteilseigner skeptisch. Daher besteht für die Reputation von Barclays so lange ein Risiko, bis klare und nachhaltige Beweise für dauerhafte Änderungen in der Unternehmenskultur und dem Verhalten vorliegen. Barclays arbeitet fortgesetzt an der Wiedergewinnung des Kunden- und Marktvertrauens, das durch Altlasten beeinflusst worden ist.

(c) Marktintegrität

Aus Interessenkonflikten ergeben sich mögliche Risiken, darunter auch Risiken in Verbindung mit dem Benchmark-Einreichungsverfahren. Wenngleich diese möglichen Risiken in erster Linie für die Investmentbank relevant sind, können sie ebenso Auswirkungen für die Unternehmens- und Privatkundenbasis haben. Kann die Gruppe das Risiko, dass Einzelne unzutreffende Beurteilungen treffen, nicht durch verbesserte operative Modelle, wirksame Kontrollen bei der Identifizierung und Steuerung von Interessenkonflikten und Beaufsichtigung mindern, so kann sich dies negativ auf die Gruppe auswirken.

(d) Finanzkriminalität

Als globaler Finanzdienstleister trägt die Gruppe Risiken in Verbindung mit Geldwäsche, Terrorismus-Finanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionen. Daher können sich nachteilige Folgen für die Gruppe ergeben, falls sie nicht in der Lage ist, das Risiko, dass ihre Mitarbeiter oder Dritte Finanzkriminalität unterstützen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Unterstützung von Finanzkriminalität verwendet werden, wirksam zu begrenzen.

Die vorstehend genannten Risiken können einzeln oder zusammen erhebliche Auswirkungen auf den Ruf der Gruppe haben. Sie haben nicht nur das Potenzial, hohe Kosten im Zusammenhang mit der Behebung dieses Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste nach sich zu ziehen, sondern können auch aufsichtsrechtliche Sanktionen und Geldbußen begründen.

1.3.2 Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können

Strukturelle Reform (entstehendes Risiko)

Der britische *Financial Services (Banking Reform) Act* von 2013 (der "**UK Banking Reform Act**") und damit zusammenhängende Durchführungs- und Aufsichtsvorschriften schreiben die Abspaltung des Privatkunden- und Einlagegeschäfts mit kleinen und mittelständischen Unternehmen der Gruppe im Vereinigten Königreich und dem EWR in einer rechtlich, operativ und wirtschaftlich eigenständigen und unabhängigen Einheit vor und schränken die Geschäftsfelder ein, in denen eine solche Einheit tätig sein kann (so genanntes "**Ring-Fencing**").

Die britische Prudential Regulatory Authority ("**PRA**") hat im Mai 2015 eine Grundsatzerklärung (PS10/15) herausgegeben, die rechtliche Strukturen und staatliche Anforderungen zusammenstellt, die von der britischen Aufsichtsbehörde als "nahezu final" angesehen werden. Im Oktober 2015 wurde ein PRA-Konsultationspapier herausgegeben, das unter anderem Aufsichtsanforderungen nach der Ergreifung von Maßnahmen zur rechtlichen Trennung von Kundengeldern und Eigenmitteln (*Post-Ring-Fencing*) und konzerninterne Vereinbarungen zum Inhalt hat. Die finalen PRA-Vorschriften werden für 2016 erwartet. Britische Ring-Fencing-Vorschriften werden ab Januar 2019 verbindlich gelten, und Barclays verfügt über ein internes Strukturreformprogramm, das der Umsetzung der durch diese neuen Vorschriften erforderlichen Änderungen (zusammen mit anderen Strukturvorgaben für die Gruppe, die sowohl im Vereinigten Königreich als auch in anderen Rechtsordnungen, in denen die Gruppe tätig ist, für die Gruppe Anwendung finden oder in der Entwicklung sind – wie die geplante Umstellung auf das im Rahmen der bevorzugten Abwicklungsstrategie der Bank of England verwendete Abwicklungsmodell einer Holding-Gesellschaft, die den einzigen Zugangspunkt bildet (*single point of entry Holding Company*) und die gemäß Section 165 des Dodd-Frank Act bestehende Anforderung der Schaffung einer US-Zwischen-Holdinggesellschaft (IHC), unter deren Dach die US-amerikanischen Banken- und Nichtbanken-Tochtergesellschaften der Gruppe zusammengefasst sind) ebenso dient wie der

Bewertung der strategischen Optionen der Gruppe angesichts aller aktuellen und geplanten globalen Strukturreforminitiativen. Änderungen, die sich aus diesen Maßnahmen ergeben, werden erhebliche Auswirkungen darauf haben, wie die Gruppe künftig tätig ist. Grund hierfür sind die höheren Kosten und eine größere Komplexität in Verbindung mit Änderungen, die durch Ring-Fencing-Gesetze und -Verordnungen erforderlich werden. Insbesondere, um die Einhaltung des britischen Banking Reform Act und des Dodd-Franklin Act zu gewährleisten, ist geplant, dass:

- Barclays ein neues britisches Kreditinstitut gründet, das die Funktion einer *Ring-Fenced Bank* ("**RFB**") übernimmt. Hierdurch sollen Privatkunden, kleine gewerbliche Kunden sowie die Bereiche UK Wealth und Kreditkartenkunden bedient werden.
- Es wird erwartet, dass die Emittentin Unternehmenskunden, institutionelle Kunden und Investmentbanken ebenso bedient wie die Bereiche International Wealth und Kreditkartenkunden; ferner wird erwartet, dass dort sowohl Zahlungen im Firmenkundenbereich als auch das Merchant-Acquiring-Geschäft angesiedelt werden.
- Zahlreiche US-Aktivitäten der Gruppe (einschließlich Barclays Bank Delaware und Barclays Capital Inc., die US-Broker-Dealer-Tochtergesellschaft) werden unter dem Dach einer Zwischenholding (IHC) organisiert werden.
- Um die geänderte Struktur der operativ tätigen Einheiten zu unterstützen, wird die Gruppe eine Reihe von Service-Gesellschaften errichten.

Mit der Umsetzung dieser Änderungen sind diverse Risiken verbunden, die sowohl die geänderte Unternehmensstruktur der Gruppe betreffen als auch den Übergang hin zu dieser geänderten Gruppenstruktur. Zu diesen Risiken zählen:

- Im Rahmen der Errichtung und fortlaufenden Steuerung der Ring-Fenced Bank und der Bank als eigenständige Unternehmen muss die Gruppe ihre gruppeninternen und externen Kapital-, Finanzierungs- und Liquiditätsvereinbarungen bewerten und neu strukturieren, um sicherzustellen, dass diese weiterhin die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen und die betrieblichen Bedürfnisse erfüllen. Die durch das Ring-Fencing erforderlichen Änderungen werden sich vor allem auf die den unterschiedlichen Unternehmen zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen auswirken, und unter anderem den Zugang der Bank zu bestimmten Kategorien der Einlagenfinanzierung einschränken;
- Wenngleich die Gruppe bestrebt ist, die Änderungen des Geschäftsmodells und der Kapital-, Finanzierungs- und Liquiditätsressourcen so zu steuern, dass jedes operative Schlüsselunternehmen solide Kreditratings aufweisen kann, ist durch das Ring-Fencing eine komplexe und noch nicht geprüfte Umstrukturierung erforderlich. Es besteht das Risiko, dass die Änderungen die durch Ratingagenturen, Gläubiger oder andere Beteiligte vorgenommenen Bewertungen der Bonität der unterschiedlichen Unternehmen auf Einzelinstitutsebene negativ beeinflussen können. Nachteilige Änderungen der Kreditbeurteilung, darunter auch die Möglichkeit von Rating-Herabstufungen, könnten wiederum für die Unternehmen der Gruppe bedeuten, dass bestimmte Finanzierungsquellen schwerer oder zu höheren Kosten zugänglich sind;
- Die *Financial Services and Markets Act 2000 (Banking Reform) (Pensions)* Regulations von 2015 sehen vor, dass Ring-Fence-Banken nach dem 1. Januar 2026 nicht für Pensionspläne außerhalb des Ring-Fence haftbar sind oder gemacht werden können. Um die Vorschriften einhalten zu können, muss die Gruppe entscheiden, welche Gruppengesellschaften ab 2026 am UK-Pensionsfonds der Barclays Bank (*UK Retirement Fund* ("**UKRF**")) teilnehmen werden und mit dem UKRF-Treuhänder eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung im Hinblick auf Verpflichtungen aus vorherigen

Diensten herbeiführen. Derzeit bespricht die Gruppe verschiedene Möglichkeiten mit dem UKRF-Treuhänder und führt Gespräche mit der Finanzaufsicht (PRA) und der zuständigen Regulierungsbehörde (*Pensions Regulator*).

- Mit der Übertragung einer erheblichen Zahl von Kundenkonten und -verträgen von einem Rechtsträger auf einen anderen sind Ausführungsrisiken verbunden. Hierzu zählt vor allem das Risiko einer rechtlichen Anfechtung des Übertragungsverfahrens, das im Rahmen der rechtlichen Trennung verwendet wird (*ring-fenced transfer scheme*), um bestimmte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von der Bank auf die Ring-Fenced Bank zu übertragen.
- Auswirkungen für Kunden, die aus operationellen Änderungen – beispielsweise im Rahmen der Reorganisation von Bankleitzahlen – resultieren. Zudem können unsichere und möglicherweise schwankende Kundenpräferenzen in Bezug darauf, dass sie vorzugsweise Leistungen von der Ring-Fenced Bank oder der Bank erhalten möchten, das mit dem Ring-Fencing verbundene Ausführungsrisiko erhöhen; Kunden sind möglicherweise auch davon betroffen, dass eine geringere Flexibilität hinsichtlich der Lieferung von Produkten durch ein einziges Unternehmen besteht; und
- Auf europäischer Ebene enthält der Entwurf der Bankenstrukturreform-Verordnung Befugnisse zur Beschränkung des Eigenhandels und bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen zur obligatorischen Abtrennung des zentralen Privatkundengeschäfts von bestimmten Handelstätigkeiten, falls nicht für eine Bank bereits nationale Rechtsvorschriften gelten, die die Abtrennung solcher Geschäfte in einer Art und Weise vorsehen, die mit der Verordnung im Einklang steht. Die Verordnung liegt derzeit als Entwurf vor, und bisher haben sich der Ministerrat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament noch nicht auf eine einheitliche Fassung (einschließlich des Umfangs etwaiger nationaler Abweichungen) geeinigt. Das Umsetzungsdatum für diese Vorlagen hängt vom Tag ab, an dem die endgültigen Rechtsvorschriften vereinbart werden. Demzufolge bleiben die möglichen Folgen für die Gruppe ungewiss.

Diese und weitere aufsichtsrechtliche Änderungen und die daraus resultierenden Maßnahmen können sich nachteilig auf die Rentabilität, die betriebliche Flexibilität, die Flexibilität des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen, die Eigenkapitalrendite, die Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden, die Kredit-Bewertungen und/oder die Finanzlage der Gruppe auswirken.

Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage

Der Erfolg der Gruppe kann in Bezug auf mehr als ein Hauptrisiko durch eine schwache oder rückläufige globale Konjunktur oder politische Instabilität nachteilig beeinflusst werden. Diese Faktoren können zudem in einem oder mehreren der wichtigsten Länder, in denen die Gruppe tätig ist, auftreten.

Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatliche Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in anderen aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für den Erfolg der Gruppe haben kann.

Es ist mit moderatem globalem Wachstum zu rechnen, wobei fortgeschrittene Volkswirtschaften ein Wachstum im niedrigen einstelligen Bereich verzeichnen dürften, während in den Schwellenmärkten mit einer Verlangsamung des Wachstums gerechnet wird. Die moderate Wirtschaftsentwicklung, niedrigere Rohstoffpreise und zunehmende geopolitische Spannungen haben zur Folge, dass für die Verteilung der Risiken im Rahmen

der globalen Konjunkturentwicklung weiterhin ein Abwärtsrisiko besteht.

Im Zuge der restriktiveren geldpolitischen Maßnahmen, die die US Federal Reserve einleitet, besteht das Risiko, dass die stärkere Unterschiedlichkeit der Maßnahmen in den bedeutenden fortgeschrittenen Volkswirtschaften weitere Volatilität in den Finanzmärkten nach sich zieht. Dies spiegelt die deutliche Wertänderung des US-Dollar im Jahr 2015 wider. Sie war eine starke Antriebskraft der Preisvolatilität bei Vermögenswerten und der im Rahmen von Anpassungen der Märkte vorgenommenen Kapitalallokationen. Veränderte Zinserwartungen bergen das Risiko, dass sie die Volatilität weiter verstärken und den US-Dollar weiter aufwerten. Dies gilt vor allem, wenn die US Federal Reserve die Zinsen schneller anhebt, als es die Märkte gegenwärtig erwarten.

In den Schwellenmärkten ist bereits nach zunehmenden Kapitalabflüssen eine Verlangsamung des Wachstums zu beobachten, wobei sich das Wachstum noch stärker abschwächen dürfte, wenn eine restriktivere US-Zinspolitik zu einer weiteren Neuallokation von Kapital führt. Darüber hinaus hängt die Stimmung gegenüber Schwellenmärkten insgesamt größtenteils von den Entwicklungen in China ab. Dort bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit der Behörden, den Wachstumskurs auf den Dienstleistungssektor auszudehnen. Dies könnte eine stärker als erwartete Abschwächung zur Folge haben, falls die Behörden nicht in der Lage sind, das Ende des kreditfinanzierten Investmentbooms in angemessener Weise zu steuern, wobei sich die Folgen einer stärkeren Abschwächung über Finanz- und Handelskanäle auf andere Volkswirtschaften übertragen und auch die Rohstoffmärkte beeinträchtigen könnten.

Rohstoffpreise, vor allem Ölpreise, sind bereits deutlich gesunken. Weitere Rückgänge sind jedoch möglich, wenn die Nachfrage schwach bleibt oder die Anpassungen auf der Angebotsseite länger als erwartet dauern. Gleichzeitig spüren Länder mit einer starken Abhängigkeit von Erträgen aus Rohstoffprodukten bereits eine Verschlechterung der Finanzlage. Eine andauernde Niedrigpreisphase wird weitere finanzielle Schwierigkeiten, Ausfälle und Spannungen auslösen.

In vielen Ländern haben die Umkehrung von Kapitalzuflüssen und fiskalische Sparmaßnahmen bereits zu einer Verschlechterung der politischen Stabilität geführt. Dies könnte durch eine erneute Zunahme der Preisvolatilität von Vermögenswerten oder nachhaltigem Druck auf die Staatsfinanzen noch verschärft werden. Desgleichen sind die geopolitischen Spannungen in einigen Regionen der Welt, darunter auch der Nahe Osten und Osteuropa, bereits spürbar und es droht eine weitere Verschärfung.

Wenngleich in Europa die Risiken einer Stagnation, einer festgefahrenen Deflation und der Auflösung des Euroraums abgenommen haben, sind sie immer noch präsent.

Im Vereinigten Königreich geht das Referendum zur EU-Mitgliedschaft mit einer gewissen politischen Unsicherheit einher. Es besteht die Möglichkeit eines Austritts aus der EU, der mit Störungen und Unsicherheiten verbunden ist und Folgen für Investments und das Vertrauen hat. Sollte bei dem Referendum im Juni 2016 für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt werden, dürfte im Anschluss daran eine Verhandlungsphase beginnen, die den allgemeinen Erwartungen zufolge zwei Jahre dauern und unvorhersehbare Auswirkungen auf das Marktumfeld haben wird.

Ein Rückgang des Geschäfts- oder Verbrauchervertrauens in Verbindung mit den vorstehend genannten Risiken kann sich erheblich auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in einem oder mehreren Märkten – und damit auf die Entwicklung der Gruppe – auswirken. Gleichzeitig wäre es ebenfalls wahrscheinlich, dass die Wirtschaftsleistung – selbst wenn die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften Zuwächse verzeichnen – langsamer wächst als in der Zeit vor der Krise. Das Wachstumspotenzial könnte weiter untergraben werden durch das niedrige Niveau von Investitionen in Sachanlagen und Produktivitätszuwächsen.

Eine Verschlechterung der Bedingungen in ihren Schlüsselmärkten könnte die Entwicklung der Gruppe in vielerlei Hinsicht beeinträchtigen, so zum Beispiel durch: (i) abnehmendes Geschäfts-, Verbraucher- oder Anlegervertrauen, was zu einer Abschwächung der Kundenaktivitäten führen könnte; (ii) höhere Ausfallraten und Wertberichtigungen; und (iii) Verluste aus der Bewertung von Handelsportfolios zu Marktpreisen (*mark to market*), die durch Veränderungen bei Kreditratings, Aktienpreisen und der Zahlungsfähigkeit der Gegenparteien entstehen.

Änderung/Ausführung des Geschäfts (entstehendes Risiko)

Im Zuge der Umwandlung hin zu einem Abwicklungsmodell mit einheitlichem Zugangspunkt (Holding-Gesellschaft) und der Durchführung des Strukturreformprogramms werden die erwarteten strukturellen und strategischen Änderungen, die mittelfristig umzusetzen sind, zu Störungen führen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Finanzierungsrisiken und operationellen Risiken der Gruppe erhöhen und die Ertrags- und Geschäftslage beeinflussen. Zu diesen Veränderungen gehören: Die Einrichtung und der Abbau von Nicht-Kernbereichen, die Umsetzung eines umfassenden Programms, das operationelle und technologische Kontrollen und Verbesserungen der Infrastruktur umfasst, sowie geplante Kostensenkungen. Die Ausführung kann negativ beeinflusst werden durch externe Faktoren (wie eine beträchtliche Abschwächung der Weltwirtschaft oder weitere erhebliche und unerwartete Veränderungen im Aufsichtsumfeld der Länder, in denen die Gruppe tätig ist) und/oder interne Faktoren (wie die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Mitarbeiter oder der Abbau von Altlasten). Desgleichen dürften Fortschritte in Verbindung mit den strategischen Plänen von Barclays höchstwahrscheinlich nicht gleichmäßig oder linear verlaufen und bestimmte Ziele werden möglicherweise langsamer erreicht als andere.

Treten die oben beschriebenen Risiken einzeln oder zusammen ein, könnte dies eine erheblich nachteilige Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Gruppe haben

1.4 Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auf die Emittentin aus

Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auch auf die Emittentin aus, da zwischen den Geschäftsaktivitäten der Emittentin und deren Tochtergesellschaften erhebliche Überschneidungen bestehen. Darüber hinaus können sich Risiken und sonstige Ereignisse, die ihre Tochtergesellschaften betreffen auch dann negativ auf die Emittentin auswirken, wenn die Emittentin gar nicht direkt betroffen ist. Beispielsweise würde die Reputation der Emittentin im Falle eines Reputationsschadens für eine ihrer Tochtergesellschaft wahrscheinlich ebenfalls beschädigt, was sich negativ auf die Emittentin auswirken könnte.

2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

Die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (*Bank Recovery and Resolution Directive* – die "**BRRD**") stellt EU-weite Rahmenbedingungen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, deren Tochtergesellschaften und bestimmte Holdinggesellschaften auf. Die BRRD (einschließlich des Bail-In Instruments) wurde im Vereinigten Königreich zusammen mit der Mehrheit der damit zusammenhängenden Vorschriften der FCA bzw. der PRA im Januar 2015 umgesetzt. Die endgültigen PRA-Vorschriften zur vertraglichen Anerkennung der Umwandlung von Verbindlichkeiten (bail-in) traten am 1. Januar 2016 in Kraft. Die Mehrzahl der Anforderungen der BRRD (darunter auch das Bail-In Instrument) wurde durch Änderungen des Bankengesetzes umgesetzt. Weitere Informationen zum Bail-In Instrument enthalten die nachstehenden Kapitel 2.3 "*Die relevante britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann,*

dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust auf ihre Anlage erleiden".

2.1 Das Bankengesetz verleiht einer Reihe von britischen Behörden weitreichende Befugnisse, um diese in die Lage zu versetzen, verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf die britischen Banken oder Wertpapierfirmen und bestimmte ihrer verbundenen Unternehmen zu ergreifen, wenn von einer Bank oder Wertpapierfirma derselben Gruppe zu erwarten ist, dass diese in eine Krise gerät oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird. Die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Emittentin kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf die Wertpapiere haben.

Nach dem Bankengesetz werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (*Her Majesty's Treasury* ("HM Treasury"))) als Teil eines Speziellen Abwicklungsmechanismus (*Special Resolution Regime* ("SRR")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der *Prudential Regulation Authority* ("PRA"), der *Financial Conduct Authority* ("FCA") oder der *HM Treasury* soweit angemessen übertragen. Diese Befugnisse versetzen die relevanten britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf eine Bank des Vereinigten Königreichs (wie etwa die Emittentin) oder einer Wertpapierfirma und bestimmter mit dieser Bank verbundener Unternehmen, die unter die Definition einer "Bank-Konzerngesellschaft" (*banking group company*) fallen (die derzeit auch die Emittentin einschließt) (jeweils ein relevantes Unternehmen (*relevant entity*)), in Fällen zu ergreifen, in denen die relevante britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass eine britische Bank oder Wertpapierfirma die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß dem *Financial Services and Markets Act 2000* ("FSMA"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Section 55B FSMA) gelten, nicht oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhält oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine Drittlands-Wertpapierfirma handelt – dass der maßgeblichen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der besondere Abwicklungsrahmen (SRR) enthält fünf Stabilisierungsoptionen:

- (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf von Aktien oder eines Teils oder des gesamten Geschäfts der betroffenen Unternehmenseinheit;
- (b) Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts der betroffenen Unternehmenseinheit auf ein durch die Bank of England errichtetes "Brückeninstitut";
- (c) Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die vollständig oder teilweise HM Treasury oder der Bank of England gehört;
- (d) Nutzung des Bail-In Instrument (wie nachstehend beschrieben); und
- (e) Vorübergehendes Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung)

Das Bankengesetz regelt darüber hinaus zwei neue Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für relevante Unternehmen. Zu den weiteren Befugnissen, die darin geregelt sind, gehört die Befugnis, vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (wie beispielsweise eine Veränderung der Wertpapierbedingungen), Rechte im Hinblick auf die Durchsetzung oder Beendigung auszusetzen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der relevanten britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Wertpapierinhaber sollten davon ausgehen, dass einem relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die maßgeblichen britischen Abwicklungsbehörden die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet haben.

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert der Wertpapiere haben und kann dazu führen, dass Anleger ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Der Spezielle Abwicklungsmechanismus (*Special Resolution Regime* ("SRR")) ist für eine Anwendung im Vorfeld einer Insolvenz der Emittentin gedacht und Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (darunter auch die Bail-In- Befugnis im Vereinigten Königreich) der relevanten britischen Abwicklungsbehörde vorherzusehen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem Insolvenzverfahren im Hinblick auf die betroffene Unternehmenseinheit eingeleitet werden können. Der Verwendungszweck der Stabilisierungsmaßnahmen liegt in einer Situation, in welcher das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts einer betroffenen Unternehmenseinheit in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, oder wahrscheinlich geraten werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Bankengesetz bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der EBA den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die relevante britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde. Die relevante britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung, eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte zur Anfechtung einer Ausübung der Abwicklungsbefugnisse durch die relevante britische Abwicklungsbehörde.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der jeweiligen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.3 Die relevante britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust auf ihre Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die relevante britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber ausübt. Wird das Bail-In Instrument in Verbindung mit der Emittentin und den Wertpapieren ausgeübt, so kann dies jeweils (insgesamt oder teilweise)

zum Ausfall des Kapitalbetrages der Wertpapiere, zur Streichung der Zinsen auf die Wertpapiere oder anderer im Hinblick auf die Wertpapiere zu zahlender Beträge und/oder zu einer Umwandlung der Wertpapiere in Anteile oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder zu anderen Modifizierungen oder Änderungen der Wertpapierbedingungen führen. In Bezug auf besicherte Verbindlichkeiten unterliegen diese Verbindlichkeiten dem Anwendungsbereich des Bail-In Instruments lediglich insoweit, als sie unterbesichert sind, d.h. in Bezug auf den unbesicherten Anteil.

Das Bankengesetz regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Hierarchie der Kapitalinstrumente nach CRD IV widerspiegelt reflektiert und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Ferner enthält das Bail-In Instrument einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern – "*no creditor worse off*"), der zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren des relevanten Unternehmens.

Die Ausübung des Bail-In Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere, oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber von Wertpapieren den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren. Darüber hinaus ist es selbst in Fällen, in denen ein Entschädigungsanspruch im Rahmen der Wahrung des Grundsatzes "keine Schlechterstellung von Gläubigern" entsprechend einer nach Ergreifung der Abwicklungsmaßnahme durchgeführten Bewertung entsteht, unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten entsprechen würde, die den Inhabern der Wertpapiere bei der Abwicklung entstanden sind, und es kann nicht zugesichert werden, dass diese Entschädigung umgehend an die betreffenden Inhaber von Wertpapieren geleistet wird.

2.4 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom bail-in erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des britischen *Insolvency Act 1986*) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen *Financial Services Compensation Scheme* gesichert sind (gesicherte Einlagen), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen und Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden (sonstige bevorrechtigte Einlagen), so dass diese als lediglich „sekundäre“ bevorrechtigte Einlagen gegenüber den „ordentlichen“ bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wird im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, die bis Juli 2015 in nationales Recht umzusetzen ist, die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Emittentin, einschließlich der Inhaber der Wertpapiere, vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung der Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die

Wertpapiere eher vom bail-in erfasst werden (in jedem Fall in dem Umfang, in dem die Wertpapiere in den Anwendungsbereich des Bail-In Instruments fallen) als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen."

10. In den Basisprospekten RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B, RSSP Basisprospekt D, RSSP Basisprospekt F und RSSP Basisprospekt H werden die Unterabschnitte "1.2 Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin" bis Unterabschnitt "2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" (jeweils einschließlich) insgesamt gestrichen und wie folgt ersetzt:

"1.2 Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin

Die wesentlichen Risiken und die Auswirkungen dieser Risiken sind nachstehend in zwei Abschnitten dargestellt: (1.2.1) *Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko* und (1.2.2) *Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können*. Bestimmte nachstehend genannte Risiken wurden als "**entstehendes Risiko**" eingestuft. Hierbei handelt es sich um ein Risiko, das sich möglicherweise erheblich nachteilig auf die Erfolg der Gruppe auswirken kann, dessen Auswirkungen sowie der Zeitpunkt für eine Realisierung dieses Risikos jedoch unsicherer und schwerer vorhersehbar sind, als dies bei anderen Risikofaktoren, die nicht als entstehende Risiken klassifiziert wurden, der Fall ist. Die fünf Hauptrisiken sind derzeit: (1) *Kreditrisiko*, (2) *Marktrisiko*, (3) *Finanzierungsrisiko*, (4) *operatives Risiko* und (5) *Verhaltensrisiko*.

1.2.1 Wesentliche bestehende und entstehende Risiken nach Hauptrisiko

(1) Kreditrisiko

Die Finanzlage der Kunden, Auftraggeber und Vertragspartner der Gruppe, darunter Regierungen und andere Finanzinstitute, kann sich nachteilig auf die Gruppe auswirken.

Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Kunden, Auftraggeber oder Vertragspartner im Markt ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Gruppe nicht nachkommen. Der Gruppe können Verluste entstehen, wenn ihre Anlagen in Finanzinstrumente eines Unternehmens im Wert zurückgehen, weil das Kreditrating dieses Unternehmens herabgestuft wurde. Darüber hinaus können der Gruppe infolge von Veränderungen der eigenen Bonitätsaufschläge oder jener von Dritten erhebliche nicht realisierte Gewinne oder Verluste entstehen, da sich diese Veränderungen auf den Zeitwert (*fair value*) der Derivate der Gruppe und der von der Gruppe gehaltenen oder begebenen Schuldtitel sowie auf den Zeitwert von gehaltenen Darlehen auswirken.

Verschlechterung des politischen und konjunkturellen Umfelds

Der Erfolg der Gruppe unterliegt dem Risiko der Verschlechterung des konjunkturellen und politischen Umfelds infolge einer Reihe von Unsicherheiten, wie beispielsweise:

(a) Bestimmte Regionen

Politische Instabilität, wirtschaftliche Unsicherheit oder Deflation in Regionen, in denen die Gruppe tätig ist, können die Wachstumsaussichten schwächen und sich nachteilig auf die Schuldentilgungsfähigkeit der Kunden auswirken und damit einen höheren Abschreibungsbedarf der Gruppe zur Folge haben. Hierzu gehören:

China (entstehendes Risiko)

Die wirtschaftliche Unsicherheit in China wirkt sich weiterhin auf zahlreiche Schwellenländer aus. Hierzu gehören insbesondere diejenigen mit hohen Haushaltsdefiziten und diejenigen, die von kurzfristiger externer Finanzierung abhängen und/oder bei denen eine starke Abhängigkeit von Warenexporten besteht. Daneben verschärfen der Rückgang und die

anhaltende Volatilität der Ölpreise wie auch der starke US-Dollar und die Rückführung der quantitativen Lockerungsmaßnahmen einiger Zentralbanken die Anfälligkeit dieser Volkswirtschaften. Die Auswirkungen auf die Gruppe können je nach Anfälligkeit der einzelnen Länder variieren. Sie können jedoch erhöhte Wertberichtigungen nach sich ziehen, die aus Staatsausfällen oder der Unfähigkeit oder der mangelnden Bereitschaft zur Erfüllung von Finanzverbindlichkeiten seitens der Kunden und Vertragspartner in diesen Ländern resultieren.

Südafrika

Angesichts der Herausforderungen im Inland wie im internationalen Umfeld bleibt der wirtschaftliche Ausblick für Südafrika getrübt. Aktuelle politische Ereignisse, wie der Wechsel an der Spitze des Finanzministeriums, haben die nationalen Herausforderungen noch verschärft. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bleibt auf niedrigem Niveau. Dies ist vor allem zurückzuführen auf die rückläufige globale Nachfrage – vor allem in China –, die Preise für die wichtigsten Rohstoffexporte, einen rückläufigen Tourismus, ständige Energieengpässe und ein verlangsamtes Wachstum der Immobilienpreise. Im Einzelhandel herrschen weiterhin Bedenken hinsichtlich der Höhe der Verbraucherverschuldung und Erschwinglichkeit von Gütern, da sich die Verlangsamung der chinesischen Wirtschaft durch den Rückgang von Arbeitsplätzen im Bergbau bemerkbar macht. Turbulenzen in den Schwellenmärkten haben den Druck auf den Rand weiter verstärkt. Er hat gegenüber den wichtigsten Währungen weiter an Wert verloren. Der schlechtere wirtschaftliche Ausblick kann sich im Unternehmensportfolio auf ein breites Branchenspektrum auswirken, wobei Kunden mit höherem Fremdkapitalanteil die Auswirkungen am deutlichsten spüren dürften.

(b) Steigende Zinssätze, auch infolge einer Abnahme der geldpolitischen Impulse, können sich auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken

Soweit Zentralbanken Zinssätze in bestimmten entwickelten Ländern anheben, vor allem in den Hauptmärkten im Vereinigten Königreich und den USA, wird allgemein davon ausgegangen, dass diese Anstiege im Laufe des Jahres 2016 nur gering ausfallen und in kleinen Schritten vorgenommen werden, wenn sie auch unterschiedlichen Zeitplänen folgen. Die erste solche Zinsanhebung nahmen die USA im Dezember 2015 mit einer Erhöhung um einen viertel Prozentpunkt vor. Wenngleich sich ein Anstieg positiv auf die Erträge der Gruppe auswirken kann, können Zinsänderungen in unerwartet großen Schritten zu einer Belastung der Kreditportfolios und der Underwriting-Aktivitäten der Gruppe – vor allem in Verbindung mit Krediten ohne "Investment Grade"-Rating – führen und infolgedessen höhere Abschreibungen der Gruppe nach sich ziehen. Aufgrund einer geringeren Werthaltigkeit und eines verminderten Wertes der Vermögenswerte der Gruppe bei gleichzeitig sinkenden Besicherungswerten dürften höhere Kreditausfälle und die Notwendigkeit, höhere Abschreibungen auf Gruppenebene vorzunehmen, insbesondere die unbesicherten und besicherten Privatkundenportfolios der Gruppe treffen.

Zinsanhebungen in entwickelten Märkten können sich ebenfalls negativ auf die Schwellenmärkte auswirken, da sie zur Folge haben, dass Kapital in ausgereifere Märkte fließt, um von höheren Renditen und der Stärkung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen profitieren zu können.

Bestimmte Sektoren

Die Gruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Gegenparteien eines bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändert. Jede Verschlechterung der Bonität könnte eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertberichtigungen in Bezug auf einen bestimmten Sektor zur Folge haben. Nachstehend sind Beispiele für Bereiche aufgeführt, in denen Unsicherheiten für das Portfolio der Gruppe

bestehen, die sich in wesentlichem Maße auf den Erfolg auswirken können.

(a) Immobilien im Vereinigten Königreich

Da Immobilien im Vereinigten Königreich den größten Anteil am gesamten Immobilien-Kreditrisiko haben, ergibt sich für die Gruppe ein Risiko aus einem Rückgang der Immobilienpreise im Vereinigten Königreich sowohl im Wohnbau- als auch im Gewerbebereich. Eine durch ausländische Investments angetriebene deutliche Zunahme der Hauspreise in London und im Südosten des Vereinigten Königreichs, eine starke Nachfrage nach Mietimmobilien (*buy to let*, (BTL)) und ein schwaches Immobilienangebot haben dazu geführt, dass das Erschwinglichkeitsniveau auf Rekordstände angestiegen ist; die durchschnittlichen Hauspreise lagen Ende 2015 bei mehr als dem Siebenfachen des Durchschnittseinkommens. Ein Rückgang der Hauspreise, insbesondere in London und im Südosten des Vereinigten Königreichs, würde zu höheren Abschreibungen und negativen Kapitalauswirkungen führen, da hierdurch die Verlustausfallquoten (*loss given default* (LGD)) steigen würden. Das Verlustpotenzial dürfte im Bereich höherer Beleihungsquoten am ausgeprägtesten sein.

Der vom britischen Finanzminister 2015 angekündigte Vorschlag zu Mietimmobilien (BTL), der ab April 2016 Änderungen der Steuererleichterungen für Mieteinnahmen und höhere Grunderwerbsteuern vorsieht, kann im Mietimmobilienmarkt zu gewissen Verlagerungen führen. Mögliche Folgen sind unter anderem eine Abschwächung der Nachfrage nach Mietimmobilien (BTL) und eine Zunahme der zum Verkauf stehenden Immobilien. Dies hätte einen sinkenden Preisdruck sowie geringere Erschwinglichkeit zur Folge, da höhere Steuerverbindlichkeiten die Reinerträge der Privatkunden belasten. Dies könnte eine Zunahme von Ausfällen im Mietimmobilien-Markt nach sich ziehen, zu einer Zeit zu der die Marktwerte der Immobilien sinken. Somit könnte es trotz eines sorgfältigen Managements der Gruppe dieser Risiken zu steigenden Kreditausfällen und Abschreibungen von Krediten mit hohen Beleihungsquoten (*loan to value ratios*) kommen.

(b) Bodenschätze (entstehendes Risiko)

Das Risiko von Verlusten und zusätzlichen Abschreibungen ist ausgeprägter, wenn der Fremdkapitalanteil höher ist oder in Sektoren, die vorbelastet sind – vor allem Öl und Gas, Bergbau und Metalle sowie Rohstoffe. Der anhaltende Ölpreisverfall setzt sich fort und ist auf das andauernde weltweite Überangebot zurückzuführen. Wenngleich die Positionierung dieser Portfolios relativ defensiv ausgestaltet ist und den Fokus auf Investment-Grade-Kunden oder besicherte Positionen legt, kann sehr starker Druck in diesem Markt dazu führen, dass Kreditausfälle und Abschreibungen erheblich zunehmen.

(c) Hohe Einzeladressenausfälle

Die Gruppe ist hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Falls diese Vertragspartner ausfallen, kann sich dies erheblich auf die Buchwerte dieser Vermögenswerte auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Reduzierung des Adressenausfallrisikos durch gewährte Sicherheiten das Kreditrisiko weiterhin hoch sein kann, falls die gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag des Kredit- oder Derivate-Engagements wiederzuerlangen. Solche Ausfälle von Schuldnern können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Gruppe haben, beispielsweise aufgrund gestiegener Forderungsverluste und eines höheren Wertberichtigungsaufwands.

(d) Übernahme von Fremdkapitalfinanzierungen (Leverage Finance)

Die Gruppe übernimmt insbesondere in den USA und in Europa – und in geringerem Umfang auch in Südafrika und anderen Regionen – erhebliche Positionen mit einem Rating unterhalb von "Investment-Grade", die Einzeladressenrisiken umfassen. Während des Übernahme-

Zeitraums trägt die Gruppe das mit Kreditereignissen und Marktvolatilität verbundene Risiko. Negative Ereignisse innerhalb dieses Zeitraums können Verluste für die Gruppe oder erhöhten Kapitalbedarf nach sich ziehen, falls die Notwendigkeit entstehen sollte, die Position für einen längeren Zeitraum zu halten.

(2) Marktrisiko

Veränderungen der Höhe und auch der Volatilität von Kursen können sich aufgrund daraus resultierender niedrigerer Erträge oder geringeren Kapitals finanziell nachteilig auf die Gruppe auswirken:

Bedenken hinsichtlich größerer unerwarteter Veränderungen der Geldpolitik und quantitativer Lockerungsprogramme, Wechselkursschwankungen oder einer konjunkturellen Verlangsamung in Schwellenmärkten, die auf die globalen Märkte übergreift (entstehendes Risiko).

Das Handelsgeschäftsmodell konzentriert sich schwerpunktmäßig auf Kundendienstleistungen (*Client Facilitation*) in den institutionellen (*wholesale*) Märkten; dazu zählen Market-Making-Aktivitäten, Risikomanagement-Lösungen und Handelsausführungen.

Das Handelsgeschäft der Gruppe ist dem Risiko einer schnellen Einstellung der quantitativen Lockerungsprogramme und einer durch Sorgen um das globale Wachstum ausgelösten Verschlechterung des Makroumfelds ausgesetzt. Eine extrem starke Volatilität bei Preisen von Vermögenswerten kann sich auf die Marktliquidität auswirken und eine übermäßige Marktvolatilität hervorrufen, wodurch die Gruppe in ihrer Fähigkeit zur Ausführung von Kundengeschäften beeinträchtigt werden kann und geringere Erträge oder Portfolioverluste entstehen können.

Eine plötzliche und ungünstige Volatilität des Zinsniveaus oder der Wechselkurse kann sich nachteilig auf die Einnahmen der Gruppe aus Nichthandelsaktivitäten auswirken.

Grund hierfür ist, dass die Gruppe einem nichthandelsbezogenen Zinsrisiko ausgesetzt ist, da sie nicht gehandelte Bankprodukte und -dienstleistungen im Privat- und Geschäftskundenbereich anbietet. Hierzu gehören auch Produkte ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum und mit Zinssätzen, die sich nicht entsprechend der Entwicklung der Basiszinsen verändern – z.B. Girokonten. Die Höhe und Volatilität von Zinssätzen kann die Nettoszinspanne der Gruppe, d. h. die erzielte Zinsdifferenz zwischen den Kosten der Kreditvergabe und den Kosten der Kreditaufnahme, beeinflussen. Die Gefahr künftiger Volatilität und Margenveränderungen dauert in wichtigen Bereichen wie etwa beim Benchmarkzinssatz des Vereinigten Königreichs an, soweit diese Volatilität und Margenveränderungen nicht vollständig durch Absicherungsmaßnahmen aufgefangen werden.

Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Wechselkursänderungen, da sich diese auf den Sterling-Gegenwert von auf Fremdwährungen lautenden Vermögenswerten im Bankbuch (*banking book*) auswirken und dieses dem Währungsumrechnungsrisiko aussetzen.

Ungünstige Entwicklung des Pensionsfonds

Ungünstige Bewegungen zwischen den Vermögenswerten und den Verbindlichkeiten im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen können zu einem Pensionsdefizit beitragen. Der Abzinsungssatz für Verbindlichkeiten ist eine treibende Kraft und wird in Einklang mit dem *International Financial Reporting Standard 19* ("**IAS 19**") aus den Renditen auf hochqualitative Unternehmensanleihen (d. h. solche mit AA-Rating) abgeleitet, d. h. er beinhaltet Positionen mit risikofreien Renditen ebenso wie solche mit Bonitätsaufschlägen. Somit würde sich ein längerer Rückgang des Abzinsungssatzes oder ein anhaltend niedriger Satz und/oder Bonitätsaufschlag nachteilig auf die Bewertung des leistungsorientierten

Pensionsplans der Gruppe auswirken. Ein weiterer bedeutender Risikofaktor für den Pensionsfonds ist die Inflation, da sich ein Anstieg der langfristigen Inflationserwartungen nachteilig auf die Verbindlichkeiten auswirkt. Langfristig besteht jedoch die Tendenz einer negativen Korrelation zwischen Inflation und Zinssätzen, die sich daher teilweise gegenseitig aufheben.

(3) Finanzierungsrisiko

Die Fähigkeit der Gruppe, ihre Geschäftspläne zu erfüllen, kann dadurch beeinträchtigt werden, dass sie ihr Kapital (einschließlich Fremdkapital), ihre Liquidität und andere aufsichtsrechtliche Anforderungen nicht effektiv steuert.

Es ist möglich, dass die Gruppe aus den folgenden Gründen nicht in der Lage ist, ihre Geschäftspläne einzuhalten: i) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten zu erfüllen; ii) Unfähigkeit, Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bedienen; iii) Änderungen der Methodik von Ratingagenturen, die zu Herabstufungen führen; und iv) ungünstige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten.

Unfähigkeit, geeignete aufsichtsrechtliche Quoten einzuhalten

Sollte die Gruppe nicht in der Lage sein, angemessene Kapitalquoten aufrecht- oder einzuhalten, könnte dies dazu führen, dass die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Kapitalanforderungen – einschließlich der Anforderungen aufsichtsbehördlicher Stresstests – nicht erfüllt werden können, Finanzierungskosten aufgrund einer Verschlechterung der Kreditratings steigen, Ausschüttungen beschränkt werden (einschließlich der Fähigkeit, Dividendenziele zu erreichen) und/oder die Vornahme zusätzlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Kapital- oder Leverage-Position der Gruppe erforderlich wird. Wenngleich die Anforderungen der Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen ("**CRD IV**") inzwischen im Vereinigten Königreich in Kraft getreten sind, könnten sich infolge von (i) weiteren Änderungen der EU-Gesetzgebung durch die EU-Gesetzgeber (bspw. die Umsetzung der Empfehlungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ("**BIZ**") hinsichtlich regulatorischer Aktualisierungen), (ii) maßgeblichen, von der Europäischen Bankaufsichtsbehörde ("**EBA**") entwickelten, verbindlichen Aktualisierungen regulatorischer technischer Standards, (iii) Änderungen der Gesetze im Vereinigten Königreich durch dessen Regierung, (iv) Änderungen der Aufsichtsvorschriften durch die britische Finanzaufsichtsbehörde (*Prudential Regulation Authority* – "**PRA**") oder (vi) Empfehlungen des Ausschusses für Finanzpolitik (*Financial Policy Committee*) ("**FPC**") im Hinblick auf zusätzliche Kapitalanforderungen noch weitere Änderungen der Kapitalanforderungen ergeben. Diese Änderungen können – einzeln und / oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – weitere unerwartete zusätzliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Gruppe zur Folge haben.

Zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen können sich zudem aus anderen regulatorischen Reformen ergeben, darunter auch Vorschläge des Vereinigten Königreichs, der EU und der USA zu Bankenstrukturreformen und aktuelle Vorschläge zu "**Mindestanforderungen an Eigenmittel und anrechnungsfähige Verbindlichkeiten**" (*Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities* ("**MREL**")) im Rahmen der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (*Bank Recovery and Resolution Directive* ("**BRRD**")). Diese Reformen umfassen die Vorschläge der Bank of England hinsichtlich MREL-Anforderungen für britische Banken, die im Dezember 2015 veröffentlicht wurden. Die Bank of England hat ihre Absicht erklärt, im Laufe des Jahres 2016 die MREL-Anforderungen gegenüber britischen Banken bekanntzugeben. Diese Vorschläge sind vielfach noch abschließend auszuarbeiten und umzusetzen und können in endgültiger Fassung andere Folgen haben. Die Folgen dieser Vorschläge werden derzeit noch bewertet. Insgesamt dürften diese Änderungen von Gesetzen und Verordnungen jedoch Konsequenzen

für die Gruppe nach sich ziehen, da die Umsetzung dieser Änderungen aller Wahrscheinlichkeit nach auch Änderungen der rechtlichen Struktur der Gruppe und der Art und Weise, wie Geschäftsbereiche mit Kapital ausgestattet und finanziert werden, zur Folge haben wird. Solche erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen können die Gruppe außerdem in ihren beabsichtigten Tätigkeiten beschränken und zu Zwangsverkäufen von Vermögenswerten sowie zu Bilanzverkürzungen führen. Darüber hinaus können sie höhere Kosten für die Gruppe nach sich ziehen, sich auf die Gewinne der Gruppe auswirken und die Fähigkeit der Gruppe, Dividenden auszuschütten, beschränken. Ferner kann es sich in Marktstörungsphasen (wie sie derzeit zu beobachten sind) oder Zeiten erheblichen Wettbewerbs um die von der Gruppe benötigte Finanzierungsform als schwieriger und/oder kostspieliger erweisen, die Kapitalausstattung der Gruppe zu erhöhen, um die Zielvorgaben zu erreichen oder einzuhalten.

Unfähigkeit, Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern

Gelingt es der Gruppe nicht, ihre Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern, kann dies dazu führen, dass die Gruppe entweder nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, um ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder zwar solvent ist, diese Verpflichtungen jedoch nur zu übermäßig hohen Kosten erfüllen kann. Dies kann dazu führen, dass die Gruppe regulatorische Liquiditätsstandards nicht erfüllt oder das tägliche Bankgeschäft nicht aufrechterhalten kann oder dass die Gruppe nicht fortgeführt werden kann.

Veränderungen des Kreditratings und Folgen für die Finanzierungskosten

Mit einem Kreditrating wird die Kreditwürdigkeit der Gruppe, ihrer Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen bewertet. Es basiert auf der Prüfung eines breiten Spektrums von geschäftlichen oder finanziellen Aspekten, wie Risikomanagementprozessen und -verfahren, Kapitalstärke, Erträgen, Finanzierung, Liquidität, Bilanzierung und Unternehmenssteuerung. Ein für eins oder mehrere dieser Aspekte nachteiliges Ereignis kann zu einer Herabstufung führen, die wiederum in vertraglichen Abflüssen resultieren kann, die erforderlich sind, um vertragliche Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen zu erfüllen. Ferner berücksichtigen die Liquiditätsrisiko (*Liquidity Risk Appetite*)-Stressszenarien Abflüsse infolge von Kreditrating-Herabstufungen um mehrere Stufen. Ein Teil des Liquiditätspools wird für dieses Risiko vorgehalten. Es besteht das Risiko, dass mögliche Herabstufungen Auswirkungen auf den Erfolg der Gruppe haben, wenn Kreditkosten und Liquidität sich erheblich entgegen den Erwartungen verändern."

- i) Für die Basisprospekte RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B und RSSP Basisprospekt D wird an dieser Stelle folgender Verweis eingefügt und anschließend, wie oben beschrieben weiter ersetzt:

"Weitere Informationen enthält der untenstehende Abschnitt "3. Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating Herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben, Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen." "

- ii) Für die Basisprospekte RSSP Basisprospekt F und RSSP Basisprospekt H wird an dieser Stelle folgende Verweis eingefügt und anschließend, wie oben beschrieben weiter ersetzt:

"Weitere Informationen enthält der untenstehende Abschnitt "3. Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken.

Kredit-Rating Herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben, Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen."

"Ungünstige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten

Die Gruppe verfügt über Kapital und risikogewichtete Aktiva in Fremdwährungen. Änderungen der Wechselkurse können sich daher nachteilig auf den entsprechenden Gegenwert in Pfund Sterling der auf Fremdwährungen lautenden Kapitalausstattung und risikogewichteten Aktiva auswirken. Infolgedessen sind die regulatorischen Eigenkapitalquoten von Wechselkursänderungen abhängig und das Ausbleiben einer angemessenen Steuerung der Bilanz der Gruppe, um Wechselkursänderungen Rechnung zu tragen, kann sich nachteilig auf regulatorische Eigenkapitalquoten auswirken. Die Auswirkungen können nur schwer genau vorausgesagt werden, aber ein Absinken der Eigen- und Fremdkapitalquoten unter die geforderten Grenzwerte kann sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Gruppe auswirken.

(4) Betriebsrisiko

Das Betriebsrisikoprofil der Gruppe kann sich infolge menschlichen Fehlverhaltens, unzureichender oder fehlgeschlagener interner Prozesse und Systeme oder äußerer Ereignisse verändern.

Die Gruppe ist vielen Arten von operativen Risiken ausgesetzt. Darunter fällt auch das Risiko von Betrug und anderen kriminellen Handlungen der eigenen Mitarbeiter oder Dritter; das Risiko von Störungen von Prozessen, Kontrollmechanismen und Verfahren (oder das Risiko, dass diese für die Größe und den Umfang der Geschäfte der Gruppe unangemessen sind) sowie Systemausfälle oder Versuche Dritter, einen Dienst oder eine unterstützende Infrastruktur für die planmäßigen Nutzer unzugänglich zu machen, und das Risiko geopolitischer Cyber-Bedrohungen, die destabilisierende oder zerstörerische Wirkungen für die IT der Gruppe haben, oder entscheidende Infrastrukturkomponenten, von denen die Gruppe abhängig ist, auf die sie jedoch keinen Einfluss hat. Die Gruppe unterliegt auch dem Risiko von Betriebsstörungen infolge von Ereignissen, die ganz oder teilweise außerhalb ihres Einflussbereiches liegen – zum Beispiel Naturkatastrophen, Terroranschläge, Epidemien und Ausfälle von Transportmitteln und öffentlichen Versorgungsdienstleistungen –, die zum Ausfall oder zum Rückgang von gegenüber Kunden erbrachten Dienstleistungen und/oder zu wirtschaftlichen Verlusten für die Gruppe führen können. Alle vorgenannten Risiken bestehen auch dort, wo die Gruppe auf externe Dienstleister und Anbieter zurückgreift, um Dienstleistungen für sich selbst oder ihre Kunden zu beziehen. Das Betriebsrisiko, dem die Gruppe ausgesetzt ist, kann sich schnell ändern und es kann nicht garantiert werden, dass die Prozesse, Kontrollmechanismen, Verfahren und Systeme der Gruppe ausreichen oder rechtzeitig angepasst werden können, um solchen geänderten Risiken zu begegnen und hiermit das Verlustrisiko zu beseitigen.

Cyber-Angriffe (entstehendes Risiko)

Die Bedrohung durch Cyber-Angriffe wächst weiter. Die Ausbreitung von Online-Marktplätzen, auf denen kriminelle Dienstleistungen und gestohlene Daten angeboten werden, hat für Kriminelle die Eintrittsschwellen zur Verübung von Cyber-Angriffen gesenkt und gleichzeitig die Motivation erhöht.

Die Angreifer entwickeln immer weitere Fähigkeiten, wie ein deutlicher Anstieg von Blockade (*Denial-of-Service*)-Angriffen und die immer bessere Vorbereitung gezielter Betrugsdelikte durch organisierte kriminelle Netzwerke zeigt. Die Gruppe sieht sich einer

wachsenden Bedrohung ihrer Informationen (gleich, ob sie bei der Gruppe oder bei ihren Vertragspartnern abgelegt sind), der Integrität ihrer Finanztransaktionen und der Verfügbarkeit ihrer Dienstleistungen gegenüber. All dies erfordert ein hohes Maß an Aufklärungs- und Reaktionsfähigkeit.

Angesichts der zunehmenden globalen Ausgereiftheit und des Ausmaßes möglicher Cyber-Angriffe können künftige Angriffe erhebliche Sicherheitsverletzungen zur Folge haben, die eine Gefahr für vertrauliche Informationen und Finanztransaktionen der Gruppe, ihrer Kunden, der Gegenparteien oder der Vertragspartner darstellen können. Desgleichen können sie zu Störungen der Systeme mit kritischen Funktionen führen. Wird mit Cyber-Bedrohungen nicht angemessen verfahren und werden bestehende Prozesse nicht fortlaufend überprüft und an neue Bedrohungen angepasst, drohen zunehmende Verluste durch Betrug, Schädigung der Kunden, aufsichtsrechtliche Sanktionen und Strafen, gesetzliche Haftung und Reputationsschäden.

Ausfallsicherheit technologischer Infrastruktur

Im Zuge der zunehmenden Abhängigkeit von digitalen Kanälen und anderen Technologien können Technologie-Probleme immer schwerere und unmittelbarere Folgen haben. Wenngleich dies auch für viele andere Branchen und Organisationen gilt, so ist es im Bankensektor doch besonders bedeutsam.

Die Technologie-, Immobilien- und Zulieferer-Infrastruktur der Gruppe ist für den Betrieb ihres Geschäfts und die Lieferung von Produkten und Leistungen an Kunden wie auch für die Erfüllung von Verpflichtungen im Hinblick auf Marktintegrität von wesentlicher Bedeutung. Eine anhaltende Störung der entweder direkt oder über Dritte von der Gruppe angebotenen Dienstleistungen könnte erhebliche Auswirkungen für Kunden und die Reputation der Gruppe haben und darüber hinaus möglicherweise hohe Kosten im Zusammenhang mit der Beseitigung des Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste verursachen und auch regulatorische Sanktionen und Bußgelder nach sich ziehen.

Einstellung und Bindung von qualifiziertem Personal

Die Gruppe benötigt eine vielfältige Mischung gut ausgebildeter und qualifizierter Mitarbeiter, die ihre Strategie umsetzen. Daher ist sie abhängig davon, dass qualifizierte Mitarbeiter gewonnen und an die Gruppe gebunden werden können. Die Fähigkeit der Gruppe, solche Kräfte zu gewinnen und zu binden, hängt von diversen externen und internen Faktoren ab.

Externe aufsichtsrechtliche Änderungen, wie die Einführung der Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit (*Individual Accountability Regime*) und die verlangten Zahlungsaufschub- und Rückholklauseln in den Vergütungsvereinbarungen der Gruppe können dazu führen, dass die Gruppe im Vergleich zu internationalen Mitbewerbern und anderen Branchen ein weniger attraktives Unternehmen ist. Ebenso kann die Erfüllung der Anforderungen der strukturellen Reform die Wettbewerbsfähigkeit im Kampf um hochqualifizierte Mitarbeiter stärken. Intern können sich die Restrukturierung der Geschäfte und Funktionen sowie ein stärkerer Fokus auf die Kosten auf die Einstellung der Mitarbeiter und ihre Bindung ans Unternehmen auswirken.

Gelingt es nicht, angemessen qualifizierte Mitarbeiter, die sich für die Überwachung und Steuerung aktueller und künftiger regulatorischer Standards und Erwartungen einsetzen oder die die erforderlichen Fähigkeiten zur Umsetzung der Gruppenstrategie besitzen, zu gewinnen bzw. deren Abgang zu verhindern, so könnte sich dies negativ auf die finanzielle Leistungsfähigkeit, der Kontrollumgebung und das Maß der Mitarbeitermotivation auswirken.

Verluste aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen

Die Gruppe unterliegt in allen Ländern, in denen sie tätig ist, den dortigen Steuergesetzen, darunter auch den Steuergesetzen, die auf EU-Ebene verabschiedet wurden. Ferner kommen diverse Doppelbesteuerungsabkommen zwischen einzelnen Ländern zur Anwendung. Es besteht das Risiko, dass der Gruppe aufgrund von zusätzlichen steuerlichen Belastungen, anderen Finanzierungskosten oder Reputationsschäden, denen jeweils diverse mögliche Faktoren zugrunde liegen können, Verluste entstehen können. Hierzu gehört die Nichteinhaltung oder falsche Bewertung der Anwendung von einschlägigen Steuergesetzen, das Unvermögen, rechtzeitig und wirksam mit Finanzbehörden zu kommunizieren oder die falsche Berechnung von Steuerschätzungen für ausgewiesene und prognostizierte Steuerwerte. Solche Belastungen oder Streitigkeiten mit einer maßgeblichen Finanzbehörde könnten nachteilige Publizität, Reputationsschäden und möglicherweise Kosten nach sich ziehen, die die bestehenden Rückstellungen weit übersteigen. Dies wiederum könnte sich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken.

Ermessen bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach den *International Financial Reporting Standards* ("IFRS") ist es erforderlich, Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die Konzern- und Einzelabschlüsse sind, sind u.a. Rückstellungen für Verhaltensfragen und Rechts-, Wettbewerbs- und Aufsichtsangelegenheiten, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Wertminderung und Wertbemessung von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen, Berechnung von tatsächlichen und latenten Steuern, Verbuchung von Pensionsverpflichtungen und Ruhestandsleistungen. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich die Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Gruppe führen kann, der den angenommenen Verlust oder die gebildeten Rückstellungen übersteigen kann.

Als Teil der Vermögenswerte des Nicht-Kerngeschäfts hält die Gruppe ein Portfolio an allgemein längerfristigen Darlehen, die im Vereinigten Königreich an Kunden aus dem Bildungs-, Sozialwohnungs- und Kommunalsektor (*Education, Social Housing and Local Authority* ("ESHLA")) ausgegeben wurden und zum Zeitwert bewertet werden. Die Bewertung dieses Portfolios unterliegt erheblichen Unsicherheiten, da diese Portfolios eine lange Laufzeit aufweisen und für diese Darlehen kein Sekundärmarkt existiert und keine Kredit-Spreads zu beobachten sind. Aufgrund dieser Faktoren kann sich die Gruppe gezwungen sehen, die beizulegenden Zeitwerte dieser Portfolios zu korrigieren, um u. a. Änderungen der Bewertungsmethoden infolge geänderter Bewertungspraktiken der Branche sowie weiteren Markterkenntnissen im Zusammenhang mit dem Verkaufs- und Ausstiegsprozess (*run-down and exit process*) bei den nicht betriebsnotwendigen Vermögenswerten Rechnung zu tragen.

Die weitere Entwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich auch erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Gruppe auswirken. Die Einführung der Abschreibungsanforderungen des Rechnungslegungsstandards des IFRS 9 "Finanzinstrumente" führt dazu, dass Abschreibungen früher ausgewiesen werden, als nach IAS 39, da erwartete Verluste auszuweisen sind, bevor das Verlustereignis eintritt. Die Bewertung wird mit zunehmender Komplexität und Ermessensspielräumen verbunden sein, einschließlich Schätzungen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustausfallquoten, eine Reihe eindeutiger künftiger wirtschaftlicher Szenarien, die Schätzung der erwarteten Lebensdauer, Schätzungen der ausstehenden Forderungen zum Zeitpunkt des Kreditausfalls und die Beurteilungen von Zunahmen im Kreditrisiko. Bis das Umsetzungsprogramm weiter fortgeschritten ist, dürfte es

nicht möglich sein, zuverlässige Schätzungen über die finanziellen Auswirkungen anzugeben – wenngleich erwartet werden kann, dass das Programm wesentliche finanzielle Auswirkungen hat.

Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren

Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Führung der Geschäfte der Gruppe auswirken.

Die Gruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt. In der Vergangenheit untersuchten die Behörden vermehrt bisherige Praktiken, gingen mutmaßlichen Verstößen konsequent nach und verhängten hohe Geldstrafen gegen Finanzdienstleister. Dieser Trend dürfte auch künftig andauern. Was Finanzkriminalität angeht, so kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Gruppe oder ihre Mitarbeiter in den Rechtsordnungen, in denen die Gruppe tätig ist – insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA – strafrechtlich verfolgt werden oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Auftraggeber oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Gruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen. Zudem kann es zwischen der Gruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten wie etwa Verstöße oder die Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem *Common Law* bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Gruppe gegenüber Dritten schadenersatzpflichtig ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Abgesehen von diesen wesentlichen laufenden Angelegenheiten ist die Gruppe in verschiedene andere Gerichtsverfahren in dem Vereinigten Königreich und verschiedenen ausländischen Rechtsordnungen involviert, die sich aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben. Zudem ist die Gruppe Gegenstand von Auskunftsverlangen, Ermittlungen und anderen Untersuchungen durch Aufsichts-, Regierungs- und andere öffentlicher Stellen im Zusammenhang mit Geschäftsaktivitäten, denen die Gruppe nachgeht oder nachgegangen ist. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit oder den Cashflow der Gruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus dem Verfahren bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des andernfalls für den jeweiligen Zeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Der Ausgang wesentlicher Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlicher Verfahren – sowohl jener, denen die Gruppe derzeit ausgesetzt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Gruppe in Zusammenhang mit solchen Verfahren – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und dass jedes dieser Verfahren folgende Risiken für die Gruppe verbunden sind: erhebliche(r) monetärer Schadenersatz und/oder Geldstrafen; Entschädigungen betroffener Kunden und Auftraggeber; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; unter bestimmten Umständen strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für den Geschäftsbetrieb der Gruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Verweise; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe; Verlust von Anlegervertrauen; und/oder Entlassung oder Kündigung von Schlüsselpersonen.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von Gerichts-, wettbewerbs- und

aufsichtsrechtlichen Verfahren, in die die Gruppe involviert ist, im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Gruppe oder gegen ein anderes Finanzinstitut, das mit vergleichbaren Klagen konfrontiert ist, könnte zu weiteren Klagen gegen die Gruppe führen.

Risiken im Zusammenhang mit der Regulierung des Finanzdienstleistungssektors

Der Finanzdienstleistungssektor unterliegt weiterhin erheblichen aufsichtsrechtlichen Änderungen und Überprüfungen, die nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die finanzielle Entwicklung sowie die Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe haben können.

(a) Aufsichtsrechtliche Änderungen

Die Gruppe unterliegt, wie die meisten anderen Finanzdienstleister, in vielen Ländern, in denen die Gruppe tätig ist (insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA), in einem erheblichen Ausmaß aufsichtsrechtlichen Änderungen und verschärften Kontrollen. Dies hat zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit Überwachung und Beaufsichtigung, gestiegenen Erwartungen und erhöhten Anforderungen geführt. Infolgedessen bilden die regulatorischen Risiken weiterhin einen Schwerpunkt der Führungsspitze und werden einen erheblichen Anteil der Unternehmensressourcen binden. Außerdem können sich der vorstehend beschriebene strengere Ansatz und die verschärften Anforderungen, Unsicherheit sowie der Umfang internationaler regulatorischer Koordination im Zuge der Entwicklung und Umsetzung verbesserter aufsichtsrechtlicher Standards nachteilig auf die Geschäfts-, Kapital- und Risikomanagementstrategien der Gruppe auswirken und/oder dazu führen, dass die Gruppe sich dazu entschließt, Änderungen an ihrer rechtlichen Struktur, ihren Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie ihrer geschäftlichen Ausrichtung vorzunehmen oder bestimmte Geschäftstätigkeiten ganz einzustellen oder in bestimmten Bereichen trotz des ansonsten attraktiven Potenzials nicht zu expandieren.

(b) Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, einschließlich Änderungen der CRD IV

Die Ergebnisse und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Gruppe können durch Änderung oder Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben beeinträchtigt werden.

Im Juli 2015 hat das *Financial Policy Committee* ("FPC") der Bank of England eine Leitlinie veröffentlicht, nach der die britische Finanzaufsichtsbehörde (*Prudential Regulation Authority* ("PRA")) angewiesen ist, von allen wichtigen britischen Banken und Bausparkassen zu verlangen, dass diese ausreichend Kernkapital vorhalten, um eine Verschuldungsquote von mindestens 3 % und einen antizyklischen Verschuldungsquoten-Puffer von 35 % des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers zu erfüllen. Das FPC hat ferner festgelegt, dass global systemrelevante Banken (sog. G-SIBs) aus dem Vereinigten Königreich und national systemrelevante Banken einen zusätzlichen Verschuldungsquoten-Puffer von 35 % der entsprechenden risikogewichteten Kapitalpufferquoten erfüllen sollen. Die PRA hat im Dezember 2015 eine Grundsatzerklärung, endgültige Vorschriften und eine aufsichtsbehördliche Stellungnahme veröffentlicht, durch die die Anweisungen des FPC umgesetzt werden. Das neue Regelwerk, durch das die Verschuldungsquoten geregelt werden, trat am 1. Januar 2016 in Kraft.

Im Januar 2016 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht ("BCBS") ein neues Marktrisiko-Regelwerk verabschiedet, das 2019 in Kraft tritt und unter anderem Vorschriften enthält, die infolge seiner grundlegenden Prüfung des Handelsbuchs erlassen wurden. Die Gruppe beobachtet weiterhin die möglichen Auswirkungen auf ihre Kapitalposition durch

diese Vorschriften und durch (i) Änderungen der einheitlichen Regeln des BCBS für das Kreditrisiko, das Gegenpartei-Kreditrisiko, das Volatilitätsrisiko und das Betriebsrisiko sowie (ii) die Tatsache, dass der BCBS seine Position in Bezug auf die Einschränkung der Verwendung interner Modelle in bestimmten Bereichen (beispielsweise die Abschaffung des fortgeschrittenen Messansatzes (*Advanced Measurement Approach*; "**AMA**") für das Betriebsrisiko) und die Verwendung von Untergrenzen für risikogewichtete Aktiva (*Risk Weighted Assets*; "**RWA**") auf der Basis der standardisierten Ansätze überdenkt.

Änderungen oder verschärfte aufsichtsbehördliche Anforderungen in Bezug auf Kapital- und / oder Verschuldensquoten können – einzeln oder in ihrer Gesamtheit betrachtet – unerwartet zu verschärften Anforderungen hinsichtlich der Kapital-, Verschuldungs-, Liquiditäts- und Finanzierungsquote der Gruppe führen oder die Methode zur Berechnung dieser Quoten ändern. Dadurch können weitere Maßnahmen der Geschäftsführung zur Anpassung an die geänderten Anforderungen erforderlich werden, z. B.: Erhöhung der Kapital- und Liquiditätsausstattung; Senkung des Verschuldungsgrades und Abbau risikogewichteter Aktiva; Änderung der gesellschaftsrechtlichen Struktur (einschließlich hinsichtlich der Aufnahme und des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen für die Gruppe); Änderung der geschäftlichen Ausrichtung der Gruppe oder Aufgabe von sonstigen Geschäftsfeldern; und/oder sonstige Maßnahmen zur Stärkung der Position der Gruppe.

(c) Reformen der Marktinfrastruktur

Die Derivatemärkte unterliegen in vielen Märkten der Gruppe einer umfangreichen und zunehmenden Regulierung, darunter vor allem in Europa gemäß der EU-Verordnung über die europäische Marktinfrastruktur ("**EMIR**") und in den USA gemäß dem Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act von 2010 ("**DFR**"). Einige dieser verschärften aufsichtsrechtlichen Anforderungen sind bereits in Kraft getreten und weitere Vorschriften dürften stufenweise Wirksamkeit erlangen – in Europa unter anderem durch eine neu gefasste Fassung der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente und eine neue Verordnung (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente).

Es ist möglich, dass weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen und die damit verbundenen Aufwendungen und Anforderungen zu einer Erhöhung der Kosten der Teilnahme bzw. zur Beschränkung dieser Teilnahme an den Derivatemärkten führen, wodurch sich die Kosten für den Abschluss von Hedging-Geschäften oder sonstigen Geschäften erhöhen würden und es zu einer Reduzierung der Liquidität sowie einer Einschränkung der Nutzung der Derivatemärkte kommen würde.

Änderungen der für die Derivatemärkte geltenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen können sich nachteilig auf das Geschäft der Gruppe und ihrer verbundenen Unternehmen in den betreffenden Märkten auswirken und die Durchführung von Hedging- und Handelsaktivitäten erschweren und verteuern, was wiederum zu einer geringeren Nachfrage nach Swap-Handelsdienstleistungen und ähnlichen Dienstleistungen der Gruppe und ihrer Tochtergesellschaften führen kann. Darüber hinaus ist es möglich, dass die durch neue aufsichtsrechtlichen Bestimmungen erhöhten Kosten die Gruppe dazu veranlassen, eine Verringerung ihrer Aktivitäten an diesen Märkten zu beschließen.

(d) Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Der Schwerpunkt der Aufsichtsbehörden liegt auch weiterhin klar auf der Frage der Abwicklungsfähigkeit. Dies gilt vor allem im Vereinigten Königreich, den USA und Südafrika. Die Gruppe hat erstmals Mitte 2012 ihren Sanierungs- und Abwicklungsplan bei britischen und US-amerikanischen Aufsichtsbehörden förmlich eingereicht. Bei den südafrikanischen Aufsichtsbehörden wurde der Sanierungsplan erstmals im Jahr 2013 eingereicht. Die Gruppe arbeitet seither weiterhin mit den zuständigen Behörden zusammen, um Hindernisse für die Abwicklungsfähigkeit der Gruppe zu ermitteln und auszuräumen.

Im Vereinigten Königreich wird die Sanierungs- und Abwicklungsplanung als Teil der laufenden Aufsicht angesehen. Für die einzelnen Kreditinstituten/Wertpapierfirmen wird im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Vorgehens der Bank of England und der PRA jeweils geprüft, wie mögliche Hindernisse für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Gruppe oder einer oder mehrere ihrer Tochtergesellschaften beseitigt werden können; dabei kann die PRA von den Kreditinstituten/Wertpapierfirmen wesentliche Änderungen im Hinblick auf eine verbesserte Abwicklungsfähigkeit verlangen. Die Gruppe legt der PRA jährlich einen Sanierungsplan und im Zweijahresturnus ein Abwicklungsplan vor.

In den USA ist die Gruppe eine von mehreren systemrelevanten Banken, die gemäß den Vorschriften des Dodd-Frank Act von 2010 Abwicklungspläne beim *Board of Governors* der US-amerikanischen Notenbank ("**Federal Reserve**") und dem Einlagensicherungssystem *Federal Deposit Insurance Corporation* ("**FDIC**") (zusammen die "**Behörden**") einreichen müssen. Gemäß der US-amerikanischen Abwicklungsplanverordnung kann eine gemeinsame Feststellung der Behörden, dass ein Abwicklungsplan nicht glaubwürdig ist oder keine ordnungsgemäße Abwicklung nach dem US-amerikanischen Bankruptcy Code ermöglicht, in den USA dazu führen, dass einer Bank strengere Auflagen in Bezug auf Kapital, Verschuldung oder Liquiditätsanforderungen gemacht werden oder Beschränkungen für das Wachstum, die Aktivitäten oder die Geschäftstätigkeit in den USA eingeführt werden.

Ferner wurden in den USA zusätzliche Vorschläge mit Bezug auf die Abwicklung vorgelegt, wie der von der Federal Reserve vorgeschlagene Standard für die Gesamt-Verlustabsorptionskapazität ("**TLAC**") für Barclays US-amerikanische Zwischen-Holdinggesellschaft (*Intermediate Holding Company* – "**IHC**"), die 2016 errichtet wird, und verschärfte Bilanzierungs- und Berichtspflichten für Verpflichtungen aus qualifizierten Finanzkontrakten ("**QFC-Vorschlag**"), die die operativen Kosten und die Finanzierungskosten der Geschäftstätigkeit von Barclays in den USA je nach endgültiger Ausgestaltung erheblich erhöhen können.

In Südafrika erwägen das Finanzministerium (*South African Treasury*) und die Zentralbank (*South African Reserve Bank*) wesentliche neue Gesetze und Vorschriften zur Einführung eines Abwicklungs- und Einlagensicherungssystems in Einklang mit den Grundsätzen des FSB. Barclays Africa Group Limited ("**BAGL**") und die bedeutendste Tochtergesellschaft Absa Bank Limited werden von den letztlich eingeführten Regelungen betroffen sein. Zwar ist noch unklar, wie diese Regelungen genau aussehen bzw. wann die Regelungen verabschiedet werden, jedoch könnten die derzeitigen Vorschläge bezüglich einer finanzierten Einlagensicherung und der Geschäftsfortführung einen erheblichen Anstieg der Betriebs- und Finanzierungskosten der *BAGL-Group* zur Folge haben.

Die Gruppe ist der Ansicht, dass sie bei der Beseitigung von möglichen Hindernissen für die Abwicklung gute Fortschritte erzielt; sollten die zuständigen Behörden jedoch letztlich feststellen, dass die Gruppe oder eine wesentliche Tochtergesellschaft nicht in geordneten Bahnen abgewickelt werden kann, so können die Auswirkungen möglicher struktureller Änderungen, die erforderlich sind, um einer solche Feststellung Rechnung zu tragen (gleichgültig, ob im Zusammenhang mit Sanierungs- und Abwicklungsplänen oder sonstigen Initiativen zu Strukturreformen), die Kapital-, die Liquiditäts- und die Verschuldungsquoten sowie die Gesamttrentabilität der Gruppe beeinträchtigen, z. B. aufgrund einer Verdopplung der Infrastrukturkosten, entgangener Umsätze im Zusammenhang mit Wechselkursgeschäften (*lost cross-rate revenues*) und zusätzlicher Finanzierungskosten.

Aufsichtsverfahren im Falle eines Bankenausfalls

Die BRRD enthält auf europäischer Ebene Vorschriften, die vergleichbar sind mit denen des UK Banking Act von 2009 in aktueller Fassung (der "**Banking Act**"). Viele dieser Vorschriften erweitern und stärken die Befugnisse, über die nationale Aufsichtsbehörden im Falle eines Bankenausfalls verfügen müssen.

Banking Act enthält ein Regelwerk, nach dem es der BoE (oder unter bestimmten Umständen HM Treasury) möglich ist, zahlungsunfähige Banken im Vereinigten Königreich abzuwickeln. Nach dem Banking Act erhalten diese Behörden die Befugnisse, die Übertragung von Aktien, Geschäftsanteilen und Eigentum anzuordnen. Durch Änderungen, die mit dem Banking Reform Act eingeführt wurden, wurde die Bail-In Befugnis der BoE zum 1. Januar 2015 gesetzlich verankert. Diese Befugnis versetzt die BoE in die Lage, ein zahlungsunfähiges Institut zu rekapitalisieren, indem die Verluste auf die Anteilseignern und unbesicherten Gläubigern des Instituts verteilt werden. Sie ermöglicht der BoE ferner die Aufhebung von Verbindlichkeiten bzw. die Modifizierung von Vertragsbedingungen mit dem Ziel, die Verbindlichkeiten der in Abwicklung befindlichen Bank zu reduzieren oder aufzuschieben und verleiht ihr die Befugnis, Verbindlichkeiten umzuwandeln (z.B. in Eigenkapital). Neben der Bail-In Befugnis erhalten die maßgeblichen britischen Abwicklungsbehörden durch den Banking Act zusätzliche Befugnisse. Hierzu gehört auch die Befugnis, unter bestimmten Umständen den Verkauf oder die Übertragung eines relevanten Finanzinstituts oder seiner Geschäftsfelder einzeln oder insgesamt anzuweisen. Ferner können zeitgleiche Entwicklungen, wie die Umsetzung der Anforderungen des britischen Rates für Finanzstabilität (FSB) an die Gesamt-Verlustabsorptionskapazität (TLAC), für eine Bank das Risiko erhöhen, durch Aufsichtsbehörden die Einhaltung internationaler Standards in diesem Bereich beabsichtigen, den Anforderungen einer Abwicklungsbehörde zu unterfallen. Siehe "(3) *Finanzierungsrisiken - Unfähigkeit, geeignete aufsichtsrechtliche Quoten einzuhalten*".

Werden diese Befugnisse in Bezug auf die Gruppe oder ein Unternehmen innerhalb der Gruppe ausgeübt oder steigt das Risiko einer derartigen Ausübung, so kann dies nachteilige Folgen für die Rechte oder Interessen der Anteilseigner und Gläubiger – darunter auch die Inhaber von Schuldverschreibungen oder die Kreditgeber – haben und/oder sich erheblich nachteilig auf den Marktpreis der Aktien oder sonstigen von der Gruppe ausgegebenen Wertpapiere auswirken. Zu solchen Auswirkungen gehören der Verlust von Anteilen/verbundenen Rechten, darunter auch die Verwässerung der prozentualen Beteiligung am Grundkapital der Gruppe. Sie können dazu führen, dass Gläubiger, darunter auch Inhaber von Schuldverschreibungen oder Kreditgeber, ihre Anlage in die Wertpapiere der Gruppe vollständig oder teilweise verlieren. Siehe "2. *Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken*" für weitere Angaben zu den Risiken von Bankenabwicklungsmaßnahmen für Gläubiger im Falle eines Ausfalls der Emittentin.

(5) Verhaltensrisiko

Barclays hat sich zu gruppenweiten Änderungen der Geschäftspraktiken, der Unternehmenssteuerung, der Denkweise und des Verhaltens verpflichtet, sodass gute Ergebnisse für Kunden und der Schutz der Marktintegrität eine wichtige Rolle dabei spielen, wie Barclays tätig ist. Wenn die Gruppe ihre Reputation im Markt verbessert, zeigt sie Kunden damit, dass sie mit Barclays einen Partner haben, dem sie vertrauen können. Das Verhaltensrisiko ist das Risiko, dass den Kunden, Gegenparteien, Vertragspartnern oder der Gruppe selbst aufgrund unzutreffenden Beurteilungen im Rahmen der Ausführung der Geschäftsaktivitäten Schäden entstehen.

2015 wurden die Risiken, die mit unterschiedlichen entstehenden Risiken verbunden sind und sich möglicherweise auf Kunden und die Reputation auswirken können auf Gruppenebene gesteuert und der Führungsspitze zur Besprechung vorgelegt. Diese Risiken bestehen 2016 und darüber hinaus fort. Die bedeutendsten derartigen Risiken umfassen:

(a) Organisatorische Veränderungen

Es besteht für die das Risiko, dass sie die Erwartungen der Kunden und Aufsichtsbehörden nicht erfüllen kann, weil sie nicht in der Lage ist, die folgenden Bereiche in angemessener

Weise handzuhaben: i) Komplexität der Geschäftspraktiken, Prozesse und Systeme; ii) Herausforderungen im Rahmen der Überwachung der Eignung von Produkten; ihrer Automatisierung und des Risikos auf Portfolioebene iii) Widerstandsfähigkeit ihrer Technologie und iv) Ausführungsstrategie, einschließlich Nichterreichen des hohen Niveaus der erforderlichen operationellen Präzision im Rahmen der wirkungsvollen Ausführung, um Kunden positive Ergebnisse liefern zu können.

(b) Altlasten

Barclays trägt das Risiko aus möglichen Ergebnissen diverser Untersuchungen des Verhaltens in der Vergangenheit. Wenngleich die Übernahme kultureller Veränderungen und verbesserter Unternehmensleitungsgrundsätze weiter verfolgt wird, bleiben viele Anteilseigner skeptisch. Daher besteht für die Reputation von Barclays so lange ein Risiko, bis klare und nachhaltige Beweise für dauerhafte Änderungen in der Unternehmenskultur und dem Verhalten vorliegen. Barclays arbeitet fortgesetzt an der Wiedergewinnung des Kunden- und Marktvertrauens, das durch Altlasten beeinflusst worden ist.

(c) Marktintegrität

Aus Interessenkonflikten ergeben sich mögliche Risiken, darunter auch Risiken in Verbindung mit dem Benchmark-Einreichungsverfahren. Wenngleich diese möglichen Risiken in erster Linie für die Investmentbank relevant sind, können sie ebenso Auswirkungen für die Unternehmens- und Privatkundenbasis haben. Kann die Gruppe das Risiko, dass Einzelne unzutreffende Beurteilungen treffen, nicht durch verbesserte operative Modelle, wirksame Kontrollen bei der Identifizierung und Steuerung von Interessenkonflikten und Beaufsichtigung mindern, so kann sich dies negativ auf die Gruppe auswirken.

(d) Finanzkriminalität

Als globaler Finanzdienstleister trägt die Gruppe Risiken in Verbindung mit Geldwäsche, Terrorismus-Finanzierung, Bestechung, Korruption und Sanktionen. Daher können sich nachteilige Folgen für die Gruppe ergeben, falls sie nicht in der Lage ist, das Risiko, dass ihre Mitarbeiter oder Dritte Finanzkriminalität unterstützen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Unterstützung von Finanzkriminalität verwendet werden, wirksam zu begrenzen.

Die vorstehend genannten Risiken können einzeln oder zusammen erhebliche Auswirkungen auf den Ruf der Gruppe haben. Sie haben nicht nur das Potenzial, hohe Kosten im Zusammenhang mit der Behebung dieses Problems und der Erstattung der den Kunden entstandenen Verluste nach sich zu ziehen, sondern können auch aufsichtsrechtliche Sanktionen und Geldbußen begründen.

1.2.2 Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können

Strukturelle Reform (entstehendes Risiko)

Der britische *Financial Services (Banking Reform) Act* von 2013 (der "**UK Banking Reform Act**") und damit zusammenhängende Durchführungs- und Aufsichtsvorschriften schreiben die Abspaltung des Privatkunden- und Einlagegeschäfts mit kleinen und mittelständischen Unternehmen der Gruppe im Vereinigten Königreich und dem EWR in einer rechtlich, operativ und wirtschaftlich eigenständigen und unabhängigen Einheit vor und schränken die Geschäftsfelder ein, in denen eine solche Einheit tätig sein kann (so genanntes "**Ring-Fencing**").

Die britische Prudential Regulatory Authority ("**PRA**") hat im Mai 2015 eine Grundsatzerklärung (PS10/15) herausgegeben, die rechtliche Strukturen und staatliche

Anforderungen zusammenstellt, die von der britischen Aufsichtsbehörde als "nahezu final" angesehen werden. Im Oktober 2015 wurde ein PRA-Konsultationspapier herausgegeben, das unter anderem Aufsichtsanforderungen nach der Ergreifung von Maßnahmen zur rechtlichen Trennung von Kundengeldern und Eigenmitteln (*Post-Ring-Fencing*) und konzerninterne Vereinbarungen zum Inhalt hat. Die finalen PRA-Vorschriften werden für 2016 erwartet. Britische Ring-Fencing-Vorschriften werden ab Januar 2019 verbindlich gelten, und Barclays verfügt über ein internes Strukturreformprogramm, das der Umsetzung der durch diese neuen Vorschriften erforderlichen Änderungen (zusammen mit anderen Strukturvorgaben für die Gruppe, die sowohl im Vereinigten Königreich als auch in anderen Rechtsordnungen, in denen die Gruppe tätig ist, für die Gruppe Anwendung finden oder in der Entwicklung sind – wie die geplante Umstellung auf das im Rahmen der bevorzugten Abwicklungsstrategie der Bank of England verwendete Abwicklungsmodell einer Holding-Gesellschaft, die den einzigen Zugangspunkt bildet (*single point of entry Holding Company*) und die gemäß Section 165 des Dodd-Frank Act bestehende Anforderung der Schaffung einer US-Zwischen-Holdinggesellschaft (IHC), unter deren Dach die US-amerikanischen Banken- und Nichtbanken-Tochtergesellschaften der Gruppe zusammengefasst sind) ebenso dient wie der Bewertung der strategischen Optionen der Gruppe angesichts aller aktuellen und geplanten globalen Strukturreforminitiativen. Änderungen, die sich aus diesen Maßnahmen ergeben, werden erhebliche Auswirkungen darauf haben, wie die Gruppe künftig tätig ist. Grund hierfür sind die höheren Kosten und eine größere Komplexität in Verbindung mit Änderungen, die durch Ring-Fencing-Gesetze und -Verordnungen erforderlich werden. Insbesondere, um die Einhaltung des britischen Banking Reform Act und des Dodd-Franklin Act zu gewährleisten, ist geplant, dass:

- Barclays ein neues britisches Kreditinstitut gründet, das die Funktion einer *Ring-Fenced Bank* ("**RFB**") übernimmt. Hierdurch sollen Privatkunden, kleine gewerbliche Kunden sowie die Bereiche UK Wealth und Kreditkartenkunden bedient werden.
- Es wird erwartet, dass die Emittentin Unternehmenskunden, institutionelle Kunden und Investmentbanken ebenso bedient wie die Bereiche International Wealth und Kreditkartenkunden; ferner wird erwartet, dass dort sowohl Zahlungen im Firmenkundenbereich als auch das Merchant-Acquiring-Geschäft angesiedelt werden.
- Zahlreiche US-Aktivitäten der Gruppe (einschließlich Barclays Bank Delaware und Barclays Capital Inc., die US-Broker-Dealer-Tochtergesellschaft) werden unter dem Dach einer Zwischenholding (IHC) organisiert werden.
- Um die geänderte Struktur der operativ tätigen Einheiten zu unterstützen, wird die Gruppe eine Reihe von Service-Gesellschaften errichten.

Mit der Umsetzung dieser Änderungen sind diverse Risiken verbunden, die sowohl die geänderte Unternehmensstruktur der Gruppe betreffen als auch den Übergang hin zu dieser geänderten Gruppenstruktur. Zu diesen Risiken zählen:

- Im Rahmen der Errichtung und fortlaufenden Steuerung der Ring-Fenced Bank und der Bank als eigenständige Unternehmen muss die Gruppe ihre gruppeninternen und externen Kapital-, Finanzierungs- und Liquiditätsvereinbarungen bewerten und neu strukturieren, um sicherzustellen, dass diese weiterhin die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen und die betrieblichen Bedürfnisse erfüllen. Die durch das Ring-Fencing erforderlichen Änderungen werden sich vor allem auf die den unterschiedlichen Unternehmen zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen auswirken, und unter anderem den Zugang der Bank zu bestimmten Kategorien der Einlagenfinanzierung einschränken;
- Wenngleich die Gruppe bestrebt ist, die Änderungen des Geschäftsmodells und der Kapital-, Finanzierungs- und Liquiditätsressourcen so zu steuern, dass jedes operative

Schlüsselunternehmen solide Kreditratings aufweisen kann, ist durch das Ring-Fencing eine komplexe und noch nicht geprüfte Umstrukturierung erforderlich. Es besteht das Risiko, dass die Änderungen die durch Ratingagenturen, Gläubiger oder andere Beteiligte vorgenommenen Bewertungen der Bonität der unterschiedlichen Unternehmen auf Einzelinstitutsebene negativ beeinflussen können. Nachteilige Änderungen der Kreditbeurteilung, darunter auch die Möglichkeit von Rating-Herabstufungen, könnten wiederum für die Unternehmen der Gruppe bedeuten, dass bestimmte Finanzierungsquellen schwerer oder zu höheren Kosten zugänglich sind;

- Die *Financial Services and Markets Act 2000* (Banking Reform) (*Pensions*) Regulations von 2015 sehen vor, dass Ring-Fence-Banken nach dem 1. Januar 2026 nicht für Pensionspläne außerhalb des Ring-Fence haftbar sind oder gemacht werden können. Um die Vorschriften einhalten zu können, muss die Gruppe entscheiden, welche Gruppengesellschaften ab 2026 am UK-Pensionsfonds der Barclays Bank (*UK Retirement Fund* ("UKRF")) teilnehmen werden und mit dem UKRF-Treuhänder eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung im Hinblick auf Verpflichtungen aus vorherigen Diensten herbeiführen. Derzeit bespricht die Gruppe verschiedene Möglichkeiten mit dem UKRF-Treuhänder und führt Gespräche mit der Finanzaufsicht (PRA) und der zuständigen Regulierungsbehörde (*Pensions Regulator*).
- Mit der Übertragung einer erheblichen Zahl von Kundenkonten und -verträgen von einem Rechtsträger auf einen anderen sind Ausführungsrisiken verbunden. Hierzu zählt vor allem das Risiko einer rechtlichen Anfechtung des Übertragungsverfahrens, das im Rahmen der rechtlichen Trennung verwendet wird (*ring-fenced transfer scheme*), um bestimmte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von der Bank auf die Ring-Fenced Bank zu übertragen.
- Auswirkungen für Kunden, die aus operationellen Änderungen – beispielsweise im Rahmen der Reorganisation von Bankleitzahlen – resultieren. Zudem können unsichere und möglicherweise schwankende Kundenpräferenzen in Bezug darauf, dass sie vorzugsweise Leistungen von der Ring-Fenced Bank oder der Bank erhalten möchten, das mit dem Ring-Fencing verbundene Ausführungsrisiko erhöhen; Kunden sind möglicherweise auch davon betroffen, dass eine geringere Flexibilität hinsichtlich der Lieferung von Produkten durch ein einziges Unternehmen besteht; und
- Auf europäischer Ebene enthält der Entwurf der Bankenstrukturreform-Verordnung Befugnisse zur Beschränkung des Eigenhandels und bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen zur obligatorischen Abtrennung des zentralen Privatkundengeschäfts von bestimmten Handelstätigkeiten, falls nicht für eine Bank bereits nationale Rechtsvorschriften gelten, die die Abtrennung solcher Geschäfte in einer Art und Weise vorsehen, die mit der Verordnung im Einklang steht. Die Verordnung liegt derzeit als Entwurf vor, und bisher haben sich der Ministerrat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament noch nicht auf eine einheitliche Fassung (einschließlich des Umfangs etwaiger nationaler Abweichungen) geeinigt. Das Umsetzungsdatum für diese Vorlagen hängt vom Tag ab, an dem die endgültigen Rechtsvorschriften vereinbart werden. Demzufolge bleiben die möglichen Folgen für die Gruppe ungewiss.

Diese und weitere aufsichtsrechtliche Änderungen und die daraus resultierenden Maßnahmen können sich nachteilig auf die Rentabilität, die betriebliche Flexibilität, die Flexibilität des Einsatzes von Kapital und Finanzierungen, die Eigenkapitalrendite, die Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden, die Kredit-Bewertungen und/oder die Finanzlage der Gruppe auswirken.

Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage

Der Erfolg der Gruppe kann in Bezug auf mehr als ein Hauptrisiko durch eine schwache oder rückläufige globale Konjunktur oder politische Instabilität nachteilig beeinflusst werden. Diese Faktoren können zudem in einem oder mehreren der wichtigsten Länder, in denen die Gruppe tätig ist, auftreten.

Die Gruppe bietet Privatkunden, institutionellen Kunden und staatliche Kunden ein großes Leistungsspektrum in zahlreichen Ländern. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Gruppe tätig ist, oder in anderen aus systemischer Sicht wichtigen Volkswirtschaften nachteilige Folgen für den Erfolg der Gruppe haben kann.

Es ist mit moderatem globalem Wachstum zu rechnen, wobei fortgeschrittene Volkswirtschaften ein Wachstum im niedrigen einstelligen Bereich verzeichnen dürften, während in den Schwellenmärkten mit einer Verlangsamung des Wachstums gerechnet wird. Die moderate Wirtschaftsentwicklung, niedrigere Rohstoffpreise und zunehmende geopolitische Spannungen haben zur Folge, dass für die Verteilung der Risiken im Rahmen der globalen Konjunkturentwicklung weiterhin ein Abwärtsrisiko besteht.

Im Zuge der restriktiveren geldpolitischen Maßnahmen, die die US Federal Reserve einleitet, besteht das Risiko, dass die stärkere Unterschiedlichkeit der Maßnahmen in den bedeutenden fortgeschrittenen Volkswirtschaften weitere Volatilität in den Finanzmärkten nach sich zieht. Dies spiegelt die deutliche Wertänderung des US-Dollar im Jahr 2015 wider. Sie war eine starke Antriebskraft der Preisvolatilität bei Vermögenswerten und der im Rahmen von Anpassungen der Märkte vorgenommenen Kapitalallokationen. Veränderte Zinserwartungen bergen das Risiko, dass sie die Volatilität weiter verstärken und den US-Dollar weiter aufwerten. Dies gilt vor allem, wenn die US Federal Reserve die Zinsen schneller anhebt, als es die Märkte gegenwärtig erwarten.

In den Schwellenmärkten ist bereits nach zunehmenden Kapitalabflüssen eine Verlangsamung des Wachstums zu beobachten, wobei sich das Wachstum noch stärker abschwächen dürfte, wenn eine restriktivere US-Zinspolitik zu einer weiteren Neuallokation von Kapital führt. Darüber hinaus hängt die Stimmung gegenüber Schwellenmärkten insgesamt größtenteils von den Entwicklungen in China ab. Dort bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit der Behörden, den Wachstumskurs auf den Dienstleistungssektor auszudehnen. Dies könnte eine stärker als erwartete Abschwächung zur Folge haben, falls die Behörden nicht in der Lage sind, das Ende des kreditfinanzierten Investmentbooms in angemessener Weise zu steuern, wobei sich die Folgen einer stärkeren Abschwächung über Finanz- und Handelskanäle auf andere Volkswirtschaften übertragen und auch die Rohstoffmärkte beeinträchtigen könnten.

Rohstoffpreise, vor allem Ölpreise, sind bereits deutlich gesunken. Weitere Rückgänge sind jedoch möglich, wenn die Nachfrage schwach bleibt oder die Anpassungen auf der Angebotsseite länger als erwartet dauern. Gleichzeitig spüren Länder mit einer starken Abhängigkeit von Erträgen aus Rohstoffprodukten bereits eine Verschlechterung der Finanzlage. Eine andauernde Niedrigpreisphase wird weitere finanzielle Schwierigkeiten, Ausfälle und Spannungen auslösen.

In vielen Ländern haben die Umkehrung von Kapitalzuflüssen und fiskalische Sparmaßnahmen bereits zu einer Verschlechterung der politischen Stabilität geführt. Dies könnte durch eine erneute Zunahme der Preisvolatilität von Vermögenswerten oder nachhaltigem Druck auf die Staatsfinanzen noch verschärft werden. Desgleichen sind die geopolitischen Spannungen in einigen Regionen der Welt, darunter auch der Nahe Osten und Osteuropa, bereits spürbar und es droht eine weitere Verschärfung.

Wengleich in Europa die Risiken einer Stagnation, einer festgefahrenen Deflation und der Auflösung des Euroraums abgenommen haben, sind sie immer noch präsent.

Im Vereinigten Königreich geht das Referendum zur EU-Mitgliedschaft mit einer gewissen politischen Unsicherheit einher. Es besteht die Möglichkeit eines Austritts aus der EU, der mit Störungen und Unsicherheiten verbunden ist und Folgen für Investments und das Vertrauen hat. Sollte bei dem Referendum im Juni 2016 für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt werden, dürfte im Anschluss daran eine Verhandlungsphase beginnen, die den allgemeinen Erwartungen zufolge zwei Jahre dauern und unvorhersehbare Auswirkungen auf das Marktumfeld haben wird.

Ein Rückgang des Geschäfts- oder Verbrauchervertrauens in Verbindung mit den vorstehend genannten Risiken kann sich erheblich auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in einem oder mehreren Märkten – und damit auf die Entwicklung der Gruppe – auswirken. Gleichzeitig wäre es ebenfalls wahrscheinlich, dass die Wirtschaftsleistung – selbst wenn die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften Zuwächse verzeichnen – langsamer wächst als in der Zeit vor der Krise. Das Wachstumspotenzial könnte weiter untergraben werden durch das niedrige Niveau von Investitionen in Sachanlagen und Produktivitätszuwächsen.

Eine Verschlechterung der Bedingungen in ihren Schlüsselmärkten könnte die Entwicklung der Gruppe in vielerlei Hinsicht beeinträchtigen, so zum Beispiel durch: (i) abnehmendes Geschäfts-, Verbraucher- oder Anlegervertrauen, was zu einer Abschwächung der Kundenaktivitäten führen könnte; (ii) höhere Ausfallraten und Wertberichtigungen; und (iii) Verluste aus der Bewertung von Handelsportfolios zu Marktpreisen (*mark to market*), die durch Veränderungen bei Kreditratings, Aktienpreisen und der Zahlungsfähigkeit der Gegenparteien entstehen.

Änderung/Ausführung des Geschäfts (entstehendes Risiko)

Im Zuge der Umwandlung hin zu einem Abwicklungsmodell mit einheitlichem Zugangspunkt (Holding-Gesellschaft) und der Durchführung des Strukturreformprogramms werden die erwarteten strukturellen und strategischen Änderungen, die mittelfristig umzusetzen sind, zu Störungen führen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Finanzierungsrisiken und operationellen Risiken der Gruppe erhöhen und die Ertrags- und Geschäftslage beeinflussen. Zu diesen Veränderungen gehören: Die Einrichtung und der Abbau von Nicht-Kernbereichen, die Umsetzung eines umfassenden Programms, das operationelle und technologische Kontrollen und Verbesserungen der Infrastruktur umfasst, sowie geplante Kostensenkungen. Die Ausführung kann negativ beeinflusst werden durch externe Faktoren (wie eine beträchtliche Abschwächung der Weltwirtschaft oder weitere erhebliche und unerwartete Veränderungen im Aufsichtsumfeld der Länder, in denen die Gruppe tätig ist) und/oder interne Faktoren (wie die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Mitarbeiter oder der Abbau von Altlasten). Desgleichen dürften Fortschritte in Verbindung mit den strategischen Plänen von Barclays höchstwahrscheinlich nicht gleichmäßig oder linear verlaufen und bestimmte Ziele werden möglicherweise langsamer erreicht als andere.

Treten die oben beschriebenen Risiken einzeln oder zusammen ein, könnte dies eine erheblich nachteilige Auswirkung auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Gruppe haben.

1.3 Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auf die Emittentin aus

Risiken, die die Gruppe betreffen, wirken sich auch auf die Emittentin aus, da zwischen den Geschäftsaktivitäten der Emittentin und deren Tochtergesellschaften erhebliche Überschneidungen bestehen. Darüber hinaus können sich Risiken und sonstige Ereignisse, die ihre Tochtergesellschaften betreffen auch dann negativ auf die Emittentin auswirken, wenn die Emittentin gar nicht direkt betroffen ist. Beispielsweise würde die Reputation der Emittentin im Falle eines Reputationsschadens für eine ihrer Tochtergesellschaft wahrscheinlich ebenfalls beschädigt, was sich negativ auf die Emittentin auswirken könnte.

2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe (wie beispielsweise der Emittentin) können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

Die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (*Bank Recovery and Resolution Directive* – die "**BRRD**") stellt EU-weite Rahmenbedingungen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, deren Tochtergesellschaften und bestimmte Holdinggesellschaften auf. Die BRRD (einschließlich des Bail-In Instruments) wurde im Vereinigten Königreich zusammen mit der Mehrheit der damit zusammenhängenden Vorschriften der FCA bzw. der PRA im Januar 2015 umgesetzt. Die endgültigen PRA-Vorschriften zur vertraglichen Anerkennung der Umwandlung von Verbindlichkeiten (bail-in) traten am 1. Januar 2016 in Kraft. Die Mehrzahl der Anforderungen der BRRD (darunter auch das Bail-In Instrument) wurde durch Änderungen des Bankengesetzes umgesetzt. Weitere Informationen zum Bail-In Instrument enthalten die nachstehenden Kapitel 2.3 "*Die relevante britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust auf ihre Anlage erleiden*" und 2.5 "*Nach den Bedingungen der Schweizerischen Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde unterworfen*".

2.1 Das Bankengesetz verleiht einer Reihe von britischen Behörden weitreichende Befugnisse, um diese in die Lage zu versetzen, verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf die britischen Banken oder Wertpapierfirmen und bestimmte ihrer verbundenen Unternehmen zu ergreifen, wenn von einer Bank oder Wertpapierfirma derselben Gruppe zu erwarten ist, dass diese in eine Krise gerät oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird. Die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Emittentin kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf die Wertpapiere haben

Nach dem Bankengesetz werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (*Her Majesty's Treasury* ("**HM Treasury**"))) als Teil eines Speziellen Abwicklungsmechanismus (*Special Resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der *Prudential Regulation Authority* ("**PRA**"), der *Financial Conduct Authority* ("**FCA**") oder der *HM Treasury* soweit angemessen übertragen. Diese Befugnisse versetzen die relevanten britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf eine Bank des Vereinigten Königreichs (wie etwa die Emittentin) oder einer Wertpapierfirma und bestimmter mit dieser Bank verbundener Unternehmen, die unter die Definition einer "Bank-Konzerngesellschaft" (*banking group company*) fallen (die derzeit auch die Emittentin einschließt) (jeweils ein relevantes Unternehmen (*relevant entity*)), in Fällen zu ergreifen, in denen die relevante britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass eine britische Bank oder Wertpapierfirma die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß dem *Financial Services and Markets Act 2000* ("**FSMA**"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Section 55B FSMA) gelten, nicht oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhält oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine Drittlands-Wertpapierfirma handelt – dass der maßgeblichen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der besondere Abwicklungsrahmen (SRR) enthält fünf Stabilisierungsoptionen:

- (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf von Aktien oder eines Teils oder des gesamten Geschäfts der betroffenen Unternehmenseinheit;
- (b) Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts der betroffenen

Unternehmenseinheit auf ein durch die Bank of England errichtetes "Brückeninstitut";

- (c) Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die vollständig oder teilweise HM Treasury oder der Bank of England gehört;
- (d) Nutzung des Bail-In Instrument (wie nachstehend beschrieben); und
- (e) Vorübergehendes Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung)

Das Bankengesetz regelt darüber hinaus zwei neue Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für relevante Unternehmen. Zu den weiteren Befugnissen, die darin geregelt sind, gehört die Befugnis, vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (wie beispielsweise eine Veränderung der Wertpapierbedingungen), Rechte im Hinblick auf die Durchsetzung oder Beendigung auszusetzen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der relevanten britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Wertpapierinhaber sollten davon ausgehen, dass einem relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die maßgeblichen britischen Abwicklungsbehörden die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet haben.

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert der Wertpapiere haben und kann dazu führen, dass Anleger ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Der Spezielle Abwicklungsmechanismus (*Special Resolution Regime* ("SRR")) ist für eine Anwendung im Vorfeld einer Insolvenz der Emittentin gedacht und Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (darunter auch die Bail-In- Befugnis im Vereinigten Königreich) der relevanten britischen Abwicklungsbehörde vorherzusehen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem Insolvenzverfahren im Hinblick auf die betroffene Unternehmenseinheit eingeleitet werden können. Der Verwendungszweck der Stabilisierungsmaßnahmen liegt in einer Situation, in welcher das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts einer betroffenen Unternehmenseinheit in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, oder wahrscheinlich geraten werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wengleich im Bankengesetz bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der EBA den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die relevante britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde. Die relevante britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung, eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte zur Anfechtung einer Ausübung der Abwicklungsbefugnisse durch die relevante britische Abwicklungsbehörde.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der jeweiligen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.3 Die relevante britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust auf ihre Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die relevante britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber ausübt. Wird das Bail-In Instrument in Verbindung mit der Emittentin und den Wertpapieren ausgeübt, so kann dies jeweils (insgesamt oder teilweise) zum Ausfall des Kapitalbetrages der Wertpapiere, zur Streichung der Zinsen auf die Wertpapiere oder anderer im Hinblick auf die Wertpapiere zu zahlender Beträge und/oder zu einer Umwandlung der Wertpapiere in Anteile oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder zu anderen Modifizierungen oder Änderungen der Wertpapierbedingungen führen.

Das Bankengesetz regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Hierarchie der Kapitalinstrumente nach CRD IV widerspiegelt reflektiert und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Ferner enthält das Bail-In Instrument einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern – "*no creditor worse off*"), der zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren des relevanten Unternehmens.

Die Ausübung des Bail-In Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere, oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber von Wertpapieren den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren. Darüber hinaus ist es selbst in Fällen, in denen ein Entschädigungsanspruch im Rahmen der Wahrung des Grundsatzes "keine Schlechterstellung von Gläubigern" entsprechend einer nach Ergreifung der Abwicklungsmaßnahme durchgeführten Bewertung entsteht, unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten entsprechen würde, die den Inhabern der Wertpapiere bei der Abwicklung entstanden sind, und es kann nicht zugesichert werden, dass diese Entschädigung umgehend an die betreffenden Inhaber von Wertpapieren geleistet wird.

2.4 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom bail-in erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des britischen Insolvency Act 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen *Financial Services Compensation Scheme* gesichert sind (gesicherte Einlagen), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang

als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen und Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden (sonstige bevorrechtigte Einlagen), so dass diese als lediglich ‚sekundäre‘ bevorrechtigte Einlagen gegenüber den ‚ordentlichen‘ bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wird im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, die bis Juli 2015 in nationales Recht umzusetzen ist, die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Emittentin, einschließlich der Inhaber der Wertpapiere, vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung der Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom bail-in erfasst werden als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

2.5 Nach den Bedingungen der Schweizerischen Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde unterworfen

Mit dem Erwerb der Schweizerischen Wertpapiere erkennen Anleger an, erklären sich einverstanden und stimmen einer rechtlichen Bindung ihrerseits dahingehend zu, dass diese britische Bail-In Befugnis, die durch die relevante britische Abwicklungsbehörde ausgeübt wird, zur Kündigung des gesamten oder eines Teils des Kapitalbetrages der Schweizerischen Wertpapiere, der Zinsen auf die Schweizerischen Wertpapiere und/oder zu einer Umwandlung des ganzen oder eines Teils des Kapitalbetrages der Schweizerischen Wertpapiere in Anteile oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person führen kann; dies umfasst die Änderung der Laufzeit der Schweizerischen Wertpapiere und geschieht jeweils mit dem Ziel, der Ausübung der Befugnis der relevanten britischen Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen. Des Weiteren erkennen die Anleger an und erklären sich damit einverstanden, dass diese Befugnis auf ihre Rechte anwendbar ist und diese durch ihre Ausübung geändert werden können, soweit dies nötig ist, um der Ausübung einer britischen Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen. Dies bedeutet, dass eine britische Bail-In Befugnis auf eine Weise ausgeübt werden kann, die zur Folge hat, dass Anleger und andere Wertpapierinhaber den Wert ihrer Anlage in die Schweizerischen Wertpapiere zum Teil oder in voller Höhe verlieren können, oder von den Schweizerischen Wertpapieren verschiedene Wertpapiere erhalten, die möglicherweise von bedeutend geringerem Wert als die Schweizerischen Wertpapiere sind, und die möglicherweise über weit weniger Sicherungsinstrumente verfügen, als dies für Schuldtitel normalerweise der Fall ist. Überdies kann die relevante britische Abwicklungsbehörde die britische Bail-In Befugnis ohne jede Vorankündigung sowie ohne die Notwendigkeit einer Zustimmung der Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere ausüben. Des Weiteren stellt die Ausübung der britischen Bail-In Befugnis durch die relevante britische Abwicklungsbehörde im Hinblick auf die Schweizerischen Wertpapiere nach den Bedingungen der Schweizerischen Wertpapiere keinen Kündigungsgrund dar. Weitere Informationen sind im Schweizerischen Anhang zu den Bedingungen enthalten."

11. In den Basisprospekten Basisprospekt Prosper A, RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B und RSSP Basisprospekt D wird in dem Abschnitt "**Risikofaktoren**" der Unterabschnitt "3. *Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen*" neu eingefügt und die Nummerierung der nachfolgenden Absätze entsprechend angepasst:

"3. Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen.

Ein der Emittentin erteiltes Kredit-Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach dem Urteil der jeweiligen Ratingagentur Umstände in Bezug auf die Grundlage des Kredit-Ratings dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Kredit-Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung, die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität, Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin, der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt, und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden ändern. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Kredit-Rating auswirken, können sie die einem Emittenten erteilten Kredit-Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen.

So haben 2015 insbesondere Moody's, Standard & Poor's und Fitch jeweils angepasste Ratingmethoden in Bezug auf Bank-Ratings veröffentlicht, die auch die Emittentin und Barclays PLC betreffen und die zu Ratingmaßnahmen in Bezug auf die Ratings der Emittentin und die Ratings der Barclays PLC geführt haben. Es ist möglich, dass in der Zukunft weitere Überprüfungen der Ratingmethoden und Ratingmaßnahmen in Bezug auf die Ratings der Emittentin und die Ratings der Barclays PLC durch die Ratingagenturen erfolgen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Kredit-Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Kredit-Ratings der Emittentin zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Kredit-Ratings der Emittentin in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf "**Credit Watch**" setzt), sei es aufgrund oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken."

12. In den Basisprospekten RSSP Basisprospekt F und RSSP Basisprospekt H wird jeweils in dem Abschnitt "**Risikofaktoren**" der Unterabschnitt "3. Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen" neu eingefügt und die Nummerierung der nachfolgenden Absätze entsprechend angepasst:

"3. Eine Herabstufung des von einer Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben. Änderungen der Erwartungen der Kredit-Ratingagenturen hinsichtlich des Umfangs der implizierten staatlichen Unterstützung für europäische Banken und ihre Gruppen führen wahrscheinlich zu Kredit-Rating-Herabstufungen.

Die Wertpapiere erhalten voraussichtlich ein Kredit-Rating von Ratingagenturen und zukünftig möglicherweise weitere Kredit-Ratings von weiteren Ratingagenturen, wengleich die Emittentin nicht verpflichtet ist, die Erteilung eines Ratings für die Wertpapiere durch Ratingagenturen zu gewährleisten. Kredit-Ratings spiegeln möglicherweise nicht die potenziellen Auswirkungen aller Risiken in Verbindung mit Strukturen, Märkten und zusätzlichen Faktoren, die in diesem Abschnitt über Risikofaktoren beschrieben werden, oder sonstigen Faktoren, die sich möglicherweise auf die Liquidität und den Marktwert der Wertpapiere auswirken, wider. Ein Kredit-Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren und kann von der Ratingagentur jederzeit geändert, ausgesetzt oder zurückgenommen werden.

Ein der Emittentin und/oder den Wertpapieren erteiltes Kredit-Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach dem Urteil der jeweiligen Ratingagentur Umstände in Bezug auf die Grundlage des Kredit-Ratings dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Kredit-Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung, die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität, Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin, der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt, und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden ändern. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Kredit-Rating auswirken, können sie die einem Emittenten und/oder seinen Wertpapieren erteilten Kredit-Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen.

So haben 2015 insbesondere Moody's, Standard & Poor's und Fitch jeweils angepasste Ratingmethoden in Bezug auf Bank-Ratings veröffentlicht, die auch die Emittentin und Barclays PLC betreffen und die zu Ratingmaßnahmen in Bezug auf die Ratings der Emittentin und die Ratings der Barclays PLC geführt haben. Es ist möglich, dass in der Zukunft weitere Überprüfungen der Ratingmethoden und Ratingmaßnahmen in Bezug auf die Ratings der

Emittentin und die Ratings der Barclays PLC durch die Ratingagenturen erfolgen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Kredit-Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Kredit-Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Kredit-Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf "**Credit Watch**" setzt), sei es aufgrund oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken."

13. In allen Basisprospekten wird der Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**" wie folgt aktualisiert:

i) Hinzufügen der folgenden Dokumente zur Liste der per Verweis einbezogenen Dokumente:

"

- der gemeinsame Geschäftsbericht (*Joint Annual Report*) der Barclays PLC und der Emittentin, wie am 1. März 2016 bei der *US Securities and Exchange Commission* (die "SEC") mittels *Form 20-F* für die am 31. Dezember 2014 und am 31. Dezember 2015 endenden Geschäftsjahre eingereicht (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht 2015**"); hiervon ausgenommen sind diejenigen per Verweis in den Gemeinsamen Geschäftsbericht einbezogenen Dokumente, auf die im Anlagenindex (*Exhibit Index*) des Gemeinsamen Geschäftsberichts 2015 Bezug genommen wird: Sie gelten nicht als in diesen Basisprospekt einbezogen;
- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Bank für die am 31. Dezember 2014 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2014**") bzw. 31. Dezember 2015 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2015**") endenden Geschäftsjahre;
- die gemeinsame Ankündigung von Barclays PLC und der Emittentin in Verbindung mit der Aktualisierung der Gruppenstrategie, die mittels *Form 6-K* am 1. März 2016 bei der SEC eingereicht wurde (die "**Aktualisierung der Gruppenstrategie März 2016**"),

"

ii) Hinzufügen der folgenden Seitenverweise in Verbindung mit dem Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2015, der Aktualisierung der Gruppenstrategie März 2016 in die Liste mit Querverweisen in Absatz 2 (Per Verweis einbezogene Dokumente):

"

Der nachfolgenden Tabelle sind jeweils die Seitenzahlen für die im Gemeinsamen Geschäftsbericht enthaltenen Dokumente zu entnehmen:

Unternehmenssteuerung (Governance)	
Lagebericht (<i>Directors' Report</i>)	2
Mitarbeiter (<i>People</i>)	46
Vergütungsbericht (<i>Remuneration Report</i>)	50
Risikoteil (Risk Review)	
Wesentliche bestehende und entstehende Risiken (<i>Material existing and emerging risks</i>)	86
Risikomanagement (<i>Risk management</i>)	94
Risikoentwicklung (<i>Risk performance</i>)	110
Bestandsaufnahme (Financial Review)	184
Jahresabschluss (Financial Statements)	
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays PLC (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC</i>)	210
Konsolidierter Jahresabschluss (<i>Consolidated Financial Statements</i>) der Barclays PLC	211
Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluss der Barclays PLC (<i>Notes to the Consolidated Financial Statements of Barclays PLC</i>)	218
Weitere Informationen (Additional Information)	

Weitere Informationen für Anteilinhaber (<i>Additional Shareholder Information</i>)	307
Weitere Informationen (<i>Additional Information</i>)	321
Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Barclays Bank PLC (<i>Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC</i>)	433
Daten zu Barclays Bank PLC (<i>Barclays Bank PLC Data</i>)	434

"

- iii) Der letzte Absatz in dem Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**" wird wie folgt ersetzt:

"Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der *International Financial Reporting Standards* (IFRS), wie vom *International Accounting Standards Board* veröffentlicht und von der Europäischen Union (EU) übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze der Emittentin ist im Gemeinsamen Geschäftsbericht, im Geschäftsbericht der Emittentin 2014 und im Geschäftsbericht der Emittentin 2015 abgedruckt."

14. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**", die Unterabschnitte "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" (jeweils vollständig) wie folgt ersetzt:

"Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche negative Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Gruppe seit dem 31. Dezember 2015.

Keine wesentliche nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin seit dem 31. Dezember 2015.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank und die Gruppe - Rechtsstreitigkeiten**" (außer unter der Überschrift "**Allgemeines**") und der unter Ziffer 27 (Bestimmungen (*Provisions*)) und Ziffer 29 (Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren (*Legal, competition and regulatory matters*)) auf den Seiten 259 bis 260 bzw. auf den Seiten 261 bis 271 des Gemeinsamen Geschäftsberichts 2015 (*Joint Annual Report*) angegebenen Verfahren, gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) an denen ein Mitglied der Gruppe beteiligt ist oder war, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der Gruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben."

15. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der Unterabschnitt "**Die Bank und die Gruppe**" wie folgt angepasst:

(i.) Streichung des gesamten zweiten Absatzes und Ersetzung durch das Folgende:

"Bei der Gruppe handelt es sich um eine transatlantische Verbraucher-, Firmenkunden- und Investmentbank, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Privatkunden, Unternehmenskunden und Investment Banking, Kreditkarten und Vermögensverwaltung anbietet mit einer starken Präsenz in den zwei Heimatmärkten Großbritannien und USA. Nach erfolgreicher Aktualisierung der Gruppenstrategie März 2016 (wie vorstehend definiert), konzentriert sich die Gruppe auf zwei Kern-Geschäftsbereiche: Barclays UK und Barclays Corporate & International. In Barclays UK werden das britische Privatkundengeschäft, das britische Verbraucherkreditkartengeschäft, das britische Vermögensverwaltungsgeschäft und das Firmenkundengeschäft für kleinere Unternehmen zusammengefasst. In Barclays Corporate & International wird das Firmenkundengeschäft, die Investment Bank, das US- und internationale Kartengeschäft und das internationale Vermögensverwaltungsgeschäft angesiedelt. Vermögenswerte, die nicht zu den strategischen Zielen der Gruppe passen, werden weiterhin von Barclays Non-Core verwaltet und sind über kurz oder lang zum Ausstieg oder Abbau bestimmt."

(ii.) Streichung des gesamten vierten Absatzes bis zur Überschrift "**Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen**" und Ersetzung durch das Folgende:

"

	Zum 31.12.2015 GBP Mio.	Zum 31.12.2014 GBP Mio.
Gesamte Aktiva:	1.120.727	1.358.693
Nettogesamtbetrag der Forderungen ¹¹	441.046	470.424
Gesamtbetrag der Einlagen ¹²	465.387	486.258
Gesamtes Eigenkapital	66.019	66.045
Minderheitsbeteiligungen	1.914	2.251
	Zum 31.12.2015 endendes Jahr	Zum 31.12.2014 endendes Jahr
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.841	2.309
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(2.114)	(2.168)

¹¹ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden geprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die im Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht wurden.

¹² Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden geprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die im Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht wurden.

Nach den geprüften Finanzinformationen der Bankengruppe für das zum 31. Dezember 2015 endende Jahr betragen die gesamten Aktiva der Bankengruppe GBP 1.120.727 Mio. (2014: GBP 1.358.693 Mio.); der Nettogesamtbetrag der Forderungen¹³ GBP 441.046 Mio. (2014: GBP 470.424 Mio.), der Gesamtbetrag der Einlagen¹⁴ GBP 465.387 Mio. (2014: GBP 486.258 Mio.) und das gesamte Eigenkapital GBP 66.019 Mio. (2014: GBP 66.045 Mio.) (darunter Minderheitsbeteiligungen von GBP 1.914 Mio. (2014: GBP 2.251 Mio.)). Der Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen der Bankengruppe für das am 31. Dezember 2015 endende Jahr betrug GBP 2.841 Mio. (2014: GBP 2.309 Mio.) nach einem Wertminderungsaufwand und anderen Rückstellungen von GBP 2.114 Mio. (2014: GBP 2.168 Mio.). Die Finanzinformationen in diesem Abschnitt wurden dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Bank für das am 31. Dezember 2015 endende Jahr entnommen."

(iii.) Streichung des gesamten fünften Absatzes und Ersetzung durch das Folgende:

"Übernahmen, Veräußerungen und aktuelle Entwicklungen

Am 1. März 2016 kündigten Barclays PLC und die Bank eine Aktualisierung der Gruppenstrategie einschließlich der folgenden Initiativen an.

- Verkleinerung der Gruppe mit dem Schwerpunkt auf den zwei Kerngeschäftsbereiche – Barclays UK und Barclays Corporate & International;
- über den kommenden Zwei- bis Dreijahreszeitraum geplanter Abbau der Beteiligung der Gruppe an Barclays Africa Group Limited auf ein Niveau, auf dem die bilanzielle und aufsichtsrechtliche Entkonsolidierung erfolgen kann;
- einmalige Vergrößerung von Barclays Non-Core durch die Übertragung von rund GBP 8 Mrd. risikogewichtete Aktiva;
- aktualisierte Leitlinien für Dividenden; und
- neue finanzielle Ziele der Gruppe mit Fokus auf die Rendite auf das Sachanlagevermögen, die Kernkapitalquote und das Kosten-Ertrags-Verhältnis.

Für weitere Informationen siehe die Aktualisierung der Gruppenstrategie März 2016, die per Verweis einbezogen wird."

(iv.) Streichung der Informationen im Basisprospekt Prosper A und RSSP Basisprospekt H "**Gerichtsverfahren**" bis zur Überschrift "**Allgemeines**" insgesamt und Ersetzung durch das Folgende:

"Rechtsstreitigkeiten

Für eine Beschreibung der Verwaltungs-, Gerichts- oder Schiedsverfahren, an denen die Emittentin und die Gruppe beteiligt sind, siehe Ziffer 27 (*Provisions*) und Ziffer 29 (*Legal*,

¹³ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Nettogesamtbetrag der Forderungen wird aus der Summe der beiden geprüften Bilanzzahlen "Forderungen an Banken" und "Forderungen an Kunden" errechnet, die im Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht wurden.

¹⁴ Es handelt sich um ungeprüfte Kennzahlen: Der Gesamtbetrag der Einlagen wird aus der Summe der beiden geprüften Bilanzzahlen "Einlagen von Banken" und "Kundenforderungen" errechnet, die im Gemeinsamen Geschäftsbericht 2015 veröffentlicht wurden.

competition and regulatory matters) auf den Seiten 259 bis 260 und den Seiten 261 bis 271 des Gemeinsamen Geschäftsberichts 2015, der per Verweis mit einbezogen ist."

- (v.) Streichung der Informationen im Basisprospekt RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B, RSSP Basisprospekt D und RSSP Basisprospekt F "**Rechtsstreitigkeiten**" bis zur Überschrift "**Allgemeines**" insgesamt und Ersetzung durch das Folgende:

"Rechtsstreitigkeiten

Für eine Beschreibung der Verwaltungs-, Gerichts- oder Schiedsverfahren, an denen die Emittentin und die Gruppe beteiligt sind, siehe Ziffer 27 (*Provisions*) und Ziffer 29 (*Legal, competition and regulatory matters*) auf den Seiten 259 bis 260 und den Seiten 261 bis 271 des Gemeinsamen Geschäftsberichts 2015, der per Verweis mit einbezogen ist."

- (vi.) Streichung des ersten und zweiten Absatzes unter "**Allgemeines**" und Ersetzung durch das Folgende:

"Die Gruppe ist an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich und einigen ausländischen Rechtsordnungen geführten Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Sie ist Gegenstand von durch die Gruppe oder gegen die Gruppe eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben (u. a. beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenschutz-, Geldwäsche-, Finanzkriminalität-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Fragen des *Statute Law* oder des *Common Law*).

In Bezug auf die Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuchen, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen die Gruppe nachgeht oder nachgegangen ist. Die Gruppe informiert alle maßgeblichen Behörden laufend in Verbindung mit diesen Fragen und anderen in dieser Ziffer beschriebenen Angelegenheiten soweit dies angemessen ist."

- (vii.) Streichung der Liste der *Directors* unter der Überschrift "**Directors**" und Ersetzung durch das Folgende: "

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
John McFarlane ¹⁵	<i>Chairman</i>	<i>Chairman</i> der Barclays PLC;

¹⁵ John McFarlane hat Sir David Walker als *Chairman* der Emittentin und der Barclays PLC mit Wirkung des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung der Barclays PLC vom 23. April 2015 abgelöst. Am 8. Juli 2015 haben Barclays PLC und die Emittentin das vollständige Ausscheiden von Antony Jenkins als *Chief Executive Officer* und, vorbehaltlich der aufsichtsrechtlichen Genehmigung, die Berufung von John McFarlane als *Executive Chairman* bis zur ausstehenden Berufung eines neuen *Chief Executive Officer* bekanntgegeben. Am 28. Oktober 2015 haben Barclays PLC und die Emittentin die Berufung von James E. Staley als *Chief Executive Officer* der Barclays PLC und der Emittentin bekanntgegeben. Herr Staley hat die Berufung angenommen und ist den *Boards* der Barclays PLC und der

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
		<i>Director</i> der Westfield Corporation; <i>Director</i> der Old Oak Holdings Limited; <i>Chairman</i> der The CityUK
James Staley ¹⁶	<i>Chief Executive Officer</i>	<i>Group Chief Executive Officer</i> , Barclays PLC
Tushar Morzaria	<i>Group Finance Director</i>	<i>Finance Director</i> , Barclays PLC
Mike Ashley	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; Mitglied des <i>HM Treasury Audit Committee</i> ; Mitglied des <i>Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee</i> ; Vice-Chairman der <i>European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group</i> ; Chairman der <i>Government Internal Audit Agency</i> ; Mitglied des <i>Board of The Charity Commission</i>
Tim Breedon CBE	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Advisor</i> , Blackstone Group L.P.; <i>Chairman</i> Apex Global Alpha
Crawford Gillies	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Non-Executive Director</i> der Standard Life plc; <i>Chairman</i> der Control Risks Group Limited; <i>Senior Independent</i>

Emittentin mit Wirkung zum 1. Dezember 2015 als *Director* beigetreten. Am 30. November 2015 nahm Herr McFarlane wieder die Position des *Chairman* ein.

¹⁶ John McFarlane hat Sir David Walker als *Chairman* der Emittentin und der Barclays PLC mit Wirkung des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung der Barclays PLC vom 23. April 2015 abgelöst. Am 8. Juli 2015 haben Barclays PLC und die Emittentin das vollständige Ausscheiden von Antony Jenkins als *Chief Executive Officer* und, vorbehaltlich der aufsichtsrechtlichen Genehmigung, die Berufung von John McFarlane als *Executive Chairman* bis zur ausstehenden Berufung eines neuen *Chief Executive Officer* bekanntgegeben. Am 28. Oktober 2015 haben Barclays PLC und die Emittentin die Berufung von James E. Staley als *Chief Executive Officer* der Barclays PLC und der Emittentin bekanntgegeben. Herr Staley hat die Berufung angenommen und ist den *Boards* der Barclays PLC und der Emittentin mit Wirkung zum 1. Dezember 2015 als *Director* beigetreten. Am 30. November 2015 nahm Herr McFarlane wieder die Position des *Chairman* ein.

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
		<i>Director</i> der SSE plc
Sir Gerry Grimstone	<i>Deputy Chairman und Senior Independent Director</i>	<i>Deputy Chairman and Senior Independent Director</i> der Barclays PLC; <i>Chairman</i> der Standard Life plc; Deloitte LLP; <i>Lead non-executive</i> beim <i>Ministry of Defence</i> ; Financial Services Trade and Investment Board; The Shareholder Executive
Reuben Jeffery III	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Chief Executive Officer, President und Director</i> , Rockefeller & Co., Inc. und Rockefeller Financial Services Inc.; Mitglied im <i>International Advisory Council</i> der <i>China Securities Regulatory Commission</i> ; Mitglied im <i>Advisory Board</i> der Towerbrook Capital Partners LP; <i>Director</i> des Financial Services Volunteer Corps; International Advisory Committee, J. Rothschild Capital Management
Dambisa Moyo	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>Non-Executive Director</i> der SABMiller PLC; <i>Non-Executive Director</i> der Barrick Gold Corporation; <i>Non-Executive Director</i> der Seagate Technology
Diane de Saint Victor	<i>Non-Executive Director</i>	<i>Non-Executive Director</i> der Barclays PLC; <i>General Counsel, Company Secretary und Executive Director</i> der ABB Limited; Mitglied im <i>Advisory Board</i> des <i>World Economic Forum's Davos Open Forum</i>

Name	Funktion(en) innerhalb der Gruppe	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Gruppe
Diane Schueneman	<i>Non-Executive Director</i>	Non-Executive Director der Barclays PLC
Frits van Paasschen	<i>Non-Executive Director</i>	Non-Executive Director der Barclays PLC
Stephen Thieke	<i>Non-Executive Director</i>	Non-Executive Director der Barclays PLC

UNTERSCHRIFTENSEITE

London, 20. April 2016

Barclays Bank PLC, London

Durch:

Katharina Pakendorf

Zeichnungsberechtigte

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 20 April 2016 to the Prosper Base Prospectus A dated 28 October 2015, RSSP Base Prospectus A dated 15 June 2015, RSSP Base Prospectus B dated 10 July 2015, RSSP Base Prospectus D dated 10 July 2015, RSSP Base Prospectus H dated 28 August 2015 and RSSP Base Prospectus F dated 6 October 2015 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutsch-sprachigen Inhalts des Nachtrags vom 20. April 2016 zum Prosper Basisprospekt A vom 28. Oktober 2015, RSSP Basisprospekt A vom 15. Juni 2015, RSSP Basisprospekt B vom 10. Juli 2015, RSSP Basisprospekt D vom 10. Juli 2015, RSSP Basisprospekt H vom 28. August 2015 und RSSP Basisprospekt F vom 6. Oktober 2015 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.



20 April 2016

BARCLAYS BANK PLC
(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WpPG**")

TO THE FOLLOWING **BASE PROSPECTUSES**

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

**BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 28 OCTOBER 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 12 NOVEMBER 2015**

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES (THE "PROSPER A SECURITIES**")**

(**SECOND SUPPLEMENT**)

**RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 15 JUNE 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 23 JULY 2015, 18 AUGUST 2015, 5 OCTOBER 2015 AND 12 NOVEMBER
2015**

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "RSSP A SECURITIES**")**

(**FIFTH SUPPLEMENT**)

RSSP BASE PROSPECTUS B DATED 10 JULY 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 23 JULY 2015, 18 AUGUST 2015, 5 OCTOBER 2015 AND 12 NOVEMBER
2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO

EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

(FIFTH SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS D DATED 10 JULY 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 23 JULY 2015, 18 AUGUST 2015, 5 OCTOBER 2015 AND 12 NOVEMBER
2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS D**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP D SECURITIES**")

(FIFTH SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS F DATED 6 OCTOBER 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 12 NOVEMBER 2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS F**")

RELATING TO

FIXED RATE INTEREST, FLOATING RATE INTEREST, INFLATION LINKED INTEREST AND ZERO
COUPON SECURITIES (THE "**RSSP F SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS H DATED 28 AUGUST 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 5 OCTOBER 2015 AND 12 NOVEMBER 2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS H**")

RELATING TO

SHARE, INDEX AND COMMODITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP H SECURITIES**")

(THIRD SUPPLEMENT)

(THE PROSPER A SECURITIES, THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES, THE RSSP D SECURITIES, THE RSSP F SECURITIES AND THE RSSP H SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

Table of contents

<u>Base Prospectus</u>	<u>Section of the Base Prospectus</u>	<u>Items of the Supplement</u>	<u>Page</u>
Base Prospectus Prosper A	Risk Factors	1. and 3.	6 ff. and 39 ff.
	Information Incorporated by Reference	5.	41 f.
	General Information	6.	43
	Information Relating to the Issuer	7.	44 ff.
RSSP Base Prospectus A, RSSP Base Prospectus B and RSSP Base Prospectus D	Risk Factors	2. and 3.	22 ff. and 39 ff.
	Information Incorporated by Reference	5.	41
	General Information	6.	43
	Information Relating to the Issuer	7.	44 ff.
RSSP Base Prospectus F and RSSP Base Prospectus H	Risk Factors	2. and 4.	22 ff. and 40 ff.
	Information Incorporated by Reference	5.	41
	General Information	6.	43
	Information Relating to the Issuer	7.	44 ff.

This supplement updates the Base Prospectuses in respect to the 2015 Joint Annual Report, the 2015 Issuer Annual Report and the 2016 Group Strategy Update (each as defined under number 5 below), filed with the US Securities and Exchange Commission with Form. 20-F on 1 March 2016. The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

1. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A in the section "**Risk Factors**", from subsection "*1.3 Principal Risks relating to the Issuer*" to subsection "*2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities*" (both including) shall be deleted in its entirety and replaced with the following:

"1.3 Principal Risks relating to the Issuer

Material risks and their impact are described below in two sections: i) risks which senior management believes are likely to impact a "principal risk" (within the meaning of the Issuer's Enterprise Risk Management Framework, each a "Principal Risk"); and ii) risks which senior management believes are likely to affect more than one Principal Risk. Certain risks below have been classified as an "emerging risk", which is a risk that has the potential to have a significant detrimental effect on the Group's performance, but currently the outcome and the time horizon for the crystallisation of its possible impact is more uncertain and more difficult to predict than for other risk factors that are not identified as emerging risks. The five Principal Risks are currently categorised as: (1) *Credit Risk*; (2) *Market Risk*; (3) *Funding Risk*; (4) *Operational Risk*; and (5) *Conduct Risk*.

1.3.1 Material existing and emerging risks by Principal Risk

(1) Credit risk

The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group.

The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. The Group may also suffer loss when the value of its investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, and loans held at fair value.

Deterioration in political and economic environment

The Group's performance is at risk from deterioration in the economic and political environment which may result from a number of uncertainties, including the following:

(a) Specific regions

Political instability, economic uncertainty or deflation in regions in which the Group operates could weaken growth prospects and have an adverse impact on customers' ability to service debt and so result in higher impairment charges for the Group. These include:

China (emerging risk)

Economic uncertainty in China continues to affect a number of emerging economies, particularly those with high fiscal deficits and those reliant on short-term external financing and/or material reliance on commodity exports. Their vulnerability has been further impacted by the fall, and sustained volatility in oil prices, the strong US dollar and the winding down of quantitative easing policies by some central banks. The impact on the Group may vary depending on the vulnerabilities present in each country, but the impact may result in increased impairment charges through sovereign defaults, or the inability or unwillingness of clients and counterparties in that country to meet their debt obligations.

South Africa

The negative economic outlook in South Africa continues, with a challenging domestic and external environment. Recent political events including changes to leaders in the Finance Ministry have added

to the domestic challenges. Real GDP growth remains low as a result of declining global demand, in particular China, and prices for key mineral exports, a downturn in tourism, persistent power shortages and slowing house price growth. In the retail sector, concerns remain over the level of consumer indebtedness and affordability, as the slow-down in China impacts the mining sector with job losses increasing. Emerging market turmoil has added further pressure on the Rand, which has continued to depreciate against major currencies. The decline in the economic outlook may impact a range of industry sectors in the corporate portfolio, with clients with higher leverage being impacted most.

(b) Interest rate rises, including as a result of slowing of monetary stimulus, could impact consumer debt affordability and corporate profitability

To the extent that central banks increase interest rates in certain developed markets, particularly in the Group's main markets, the UK and the US, they are expected to be small and gradual in scale during 2016, albeit following differing timetables. The first of these occurred in the US with a quarter point rise in December 2015. While an increase may support Group income, any sharper than expected changes could cause stress in loan portfolio and underwriting activity of the Group, particularly in relation to non-investment grade lending, leading to the possibility of the Group incurring higher impairment. Higher credit losses and a requirement to increase the Group's level of impairment allowance would most notably occur in the Group's retail unsecured and secured portfolios as a result of a reduction in recoverability and value of the Group's assets, coupled with a decline in collateral values.

Interest rate increases in developed markets may also negatively impact emerging economies, as capital flows to mature markets to take advantage of the higher returns and strengthening economic fundamentals.

Specific sectors

The Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rate of loans and advances due from borrowers and counterparties in a specific portfolio. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector. The following provides examples of areas of uncertainties to the Group's portfolio which could have a material impact on performance.

(a) UK property

With UK property representing the most significant portion of the overall PCB credit exposure, the Group is at risk from a fall in property prices in both the residential and commercial sectors in the UK. Strong house price growth in London and the South East of the UK, fuelled by foreign investment, strong buy-to-let ("BTL") demand and subdued housing supply, has resulted in affordability levels reaching record levels; average house prices as at the end of 2015 were more than seven times average earnings. A fall in house prices, particularly in London and the South East of the UK, would lead to higher impairment and negative capital impact as loss given default ("LGD") rates increase. Potential losses would likely be most pronounced in the higher LTV segments.

The proposal on BTL properties announced by the UK Chancellor of the Exchequer in 2015, changing both the level of tax relief on rental income and increasing levels of stamp duty from April 2016 may cause some dislocation in the BTL market. Possible impacts include a reduced appetite in the BTL market and an influx of properties for sale causing downward pricing pressure, as well as reduced affordability as increased tax liabilities reduce net retail yields. As a consequence this may lead to an increase in BTL defaults at a time when market values may be suppressed, with the potential that, while the Group carefully manages such exposures, it may experience increased credit losses and impairment from loans with high loan to value ratios.

(b) Natural Resources (emerging risk)

The risk of losses and increased impairment is more pronounced where leverage is higher, or in sectors currently subject to strain, notably oil and gas, mining and metals and commodities. Sustained oil price depression continues and is driven by ongoing global excess supply. While the positioning of these portfolios is relatively defensive and focuses on investment grade customers or collateralised positions, very severe stress in this market does have the potential to significantly increase credit losses and

impairment.

(c) Large single name losses

The Group has large individual exposures to single name counterparties. The default of such counterparties could have a significant impact on the carrying value of these assets. In addition, where such counterparty risk has been mitigated by taking collateral, credit risk may remain high if the collateral held cannot be realised, or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure. Any such defaults could have a material adverse effect on the Group's results due to, for example, increased credit losses and higher impairment charges.

(d) Leverage Finance Underwriting

The Group takes on significant sub-investment grade underwriting exposure, including single name risk, particularly focused in the US and Europe and to a lesser extent in South Africa and other regions. The Group is exposed to credit events and market volatility during the underwriting period. Any adverse events during this period may potentially result in loss for the Group or an increased capital requirement should there be a need to hold the exposure for an extended period.

(2) Market risk

The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices leading to lower revenues, or reduced capital:

Concerns of major unexpected changes in monetary policy and quantitative easing programmes, foreign exchange movements or slowdown in emerging market economies spilling over to global markets (emerging risk)

The trading business model is focused on client facilitation in wholesale markets, involving market making activities, risk management solutions and execution.

The Group's trading business is exposed to a rapid unwinding of quantitative easing programmes and deterioration in the macro environment driven by concerns in global growth. An extremely high level of volatility in asset prices could affect market liquidity and cause excess market volatility, impacting the Group's ability to execute client trades and may also result in lower income or portfolio losses.

A sudden and adverse volatility in interest or foreign currency exchange rates also has the potential to detrimentally impact the Group's income from non-trading activity.

This is because the Group has exposure to non-traded interest rate risk, arising from the provision of retail and wholesale non-traded banking products and services, including, products which do not have a defined maturity date and have an interest rate that does not change in line with base rate movements, e.g. current accounts. The level and volatility of interest rates can impact the Group's net interest margin, which is the interest rate spread earned between lending and borrowing costs. The potential for future volatility and margin changes remains in key areas such as in the UK benchmark interest rate to the extent such volatility and margin changes are not fully addressed by hedging programmes.

The Group is also at risk from movements in foreign currency exchange rates as these impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated assets in the banking book, exposing it to currency translation risk.

Adverse movements in the pension fund

Adverse movements between pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes could contribute to a pension deficit. The liabilities discount rate is a key driver and, in accordance with International Financial Reporting Standards (IAS 19), is derived from the yields of high quality corporate bonds (deemed to be those with AA ratings) and consequently includes exposure to both risk-free yields and credit spreads. Therefore, the Group's defined benefits scheme valuation would be adversely affected by a prolonged fall in the discount rate or a persistent low rate and/or credit spread environment. Inflation is another significant risk driver to the pension fund, as the liabilities are adversely impacted by an increase in long-term inflation expectation. However in the long term, inflation and rates risk tend to be negatively correlated and therefore partially offset each other.

(3) Funding risk

The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital (including leverage), liquidity and other regulatory requirements.

The Group may not be able to achieve its business plans due to: i) being unable to maintain appropriate capital ratios; ii) being unable to meet its obligations as they fall due; iii) rating agency methodology changes resulting in ratings downgrades; and iv) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios.

Inability to maintain appropriate prudential ratios

Should the Group be unable to maintain or achieve appropriate capital ratios this could lead to: an inability to support business activity; a failure to meet regulatory capital requirements including the requirements of regulator set stress tests; increased cost of funding due to deterioration in credit ratings; restrictions on distributions including the ability to meet dividend targets; and/or the need to take additional measures to strengthen the Group's capital or leverage position. While the requirements in CRD IV are now in force in the UK, further changes to capital requirements could occur, whether as a result of (i) further changes to EU legislation by EU legislators (for example, implementation of Bank of International Settlements ("**BIS**") regulatory update recommendations), (ii) relevant binding regulatory technical standards updates by the European Banking Authority ("**EBA**"), (iii) changes to UK legislation by the UK government, (iv) changes to PRA rules by the PRA, or (v) additional capital requirements through Financial Policy Committee ("**FPC**") recommendations. Such changes, either individually and/or in aggregate, may lead to further unexpected additional requirements in relation to the Group's regulatory capital.

Additional prudential requirements may also arise from other regulatory reforms, including UK, EU and the US proposals on bank structural reform and current proposals for Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities ("**MREL**") under the EU Bank Recovery and Resolution Directive ("**BRRD**"). Included within these reforms are the Bank of England proposals on MREL requirements for UK banks which were published in December 2015. The Bank of England stated its intentions to communicate MREL requirements to UK Banks during 2016. Many of the proposals are still subject to finalisation and implementation and may have a different impact when in final form. The impact of these proposals is still being assessed. Overall, it is likely that these changes in law and regulation will have an impact on the Group as they are likely, when implemented, to require changes to the legal entity structure of the Group and how businesses are capitalised and funded. Any such increased prudential requirements may also constrain the Group's planned activities, lead to forced asset sales and balance sheet reductions and could increase the Group's costs, impact on the Group's earnings and restrict the Group's ability to pay dividends. Moreover, during periods of market dislocation, as currently seen, or when there is significant competition for the type of funding that the Group needs, increasing the Group's capital resources in order to meet targets may prove more difficult and/or costly.

Inability to manage liquidity and funding risk effectively

Failure to manage its liquidity and funding risk effectively may result in the Group either not having sufficient financial resources to meet its payment obligations as they fall due or, although solvent, only being able to meet these obligations at excessive cost. This could cause the Group to fail to meet regulatory liquidity standards, be unable to support day-to-day banking activities, or no longer be a going concern.

Credit rating changes and the impact on funding costs

A credit rating assesses the creditworthiness of the Group, its subsidiaries and branches and is based on reviews of a broad range of business and financial attributes including risk management processes and procedures, capital strength, earnings, funding, liquidity, accounting and governance. Any adverse event to one or more of these attributes may lead to a downgrade, which in turn could result in contractual outflows to meet contractual requirements on existing contracts. Furthermore, outflows related to a multiple-notch credit rating downgrade are included in the LRA stress scenarios and a portion of the liquidity pool held against this risk. There is a risk that any potential downgrades could impact the Group's performance should borrowing cost and liquidity change significantly versus expectations.

Please see "3. *A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades*" below for further information.

Adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios

The Group has capital resources and risk weighted assets denominated in foreign currencies. Therefore changes in foreign currency exchange rates may adversely impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated capital resources and risk weighted assets. As a result, the Group's regulatory capital ratios are sensitive to foreign currency movements, and a failure to appropriately manage the Group's balance sheet to take account of foreign currency movements could result in an adverse impact on regulatory capital ratios. The impact is difficult to predict with any accuracy, but it may have a material adverse effect on the Group if capital and leverage ratios fall below required levels.

(4) Operational risk

The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, or external events.

The Group is exposed to many types of operational risk. This includes: fraudulent and other internal and external criminal activities; breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business); systems failures or an attempt, by an external party, to make a service or supporting infrastructure unavailable to its intended users, and the risk of geopolitical cyber threat activity which destabilises or destroys the Group's information technology, or critical infrastructure the Group depends upon but does not control. The Group is also subject to the risk of business disruption arising from events wholly or partially beyond its control, for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures, which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks to avoid the risk of loss.

Cyber-attacks (emerging risk)

The risk posed by cyber-attacks continues to grow. The proliferation of online marketplaces trading criminal services and stolen data has reduced barriers of entry for criminals to perpetrate cyber-attacks, while at the same time increasing motivation.

Attacker capabilities continue to evolve as demonstrated by a marked increase in denial of service attacks, and increased sophistication of targeted fraud attacks by organised criminal networks. The Group faces a growing threat to its information (whether it is held by itself or in its supply chain), to the integrity of its financial transactions, and to the availability of its services. All of these necessitate a broad intelligence and response capability.

Given the level of increasing global sophistication and scope of potential cyber-attacks, future attacks may lead to significant breaches of security which jeopardise the sensitive information and financial transactions of the Group, its clients, counterparties, or customers, or cause disruption to systems performing critical functions. Failure to adequately manage cyber threats and to continually review and update processes in response to new threats could result in increased fraud losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, regulatory censure and penalty, legal liability and reputational damage.

Infrastructure and technology resilience

As the dependency on digital channels and other technologies grows, the impact of technology issues can become more material and immediate. This is also the case in many other industries and organisations but particularly impactful in the banking sector.

The Group's technology, real-estate and supplier infrastructure is critical to the operation of its businesses and to the delivery of products and services to customers and clients and to meet the Group's market integrity obligations. Sustained disruption to services provided by Barclays, either directly or through third parties, could have a significant impact to customers and to the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to rectify the issue and reimburse losses incurred by customers, as well as possible regulatory censure and penalties.

Ability to hire and retain appropriately qualified employees

The Group requires a diverse mix of highly skilled and qualified colleagues to deliver its strategy and so is dependent on attracting and retaining appropriately qualified individuals. Barclays ability to attract and retain such talent is impacted by a range of external and internal factors.

External regulatory changes such as the introduction of the Individual Accountability Regime and the required deferral and claw back provisions of the Group's compensation arrangements may make Barclays a less attractive proposition relative to both its international competitors and other industries. Similarly, meeting the requirements of structural reform may increase the competitiveness in the market for talent. Internally, restructuring of its businesses and functions, and an increased focus on costs may all have an impact on employee engagement and retention.

Failure to attract or prevent the departure of appropriately qualified employees who are dedicated to overseeing and managing current and future regulatory standards and expectations, or who have the necessary skills required to deliver the Group strategy, could negatively impact its financial performance, control environment and level of employee engagement.

Losses due to additional tax charges

The Group is subject to the tax laws in all countries in which it operates, including tax laws adopted at the EU level, and is impacted by a number of double taxation agreements between countries. There is risk that the Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage due to a range of possible factors. This includes a failure to comply with, or correctly assess the application of, relevant tax law, a failure to deal with tax authorities in a timely and effective manner or an incorrect calculation of tax estimates for reported and forecast tax numbers. Such charges, or the conduct of any dispute with a relevant tax authority, could lead to adverse publicity, reputational damage and potentially to costs materially exceeding current provisions, which could have an adverse effect on the Group's operations, financial conditions and prospects.

Critical accounting estimates and judgements

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements include provisions for conduct and legal, competition and regulatory matters, fair value of financial instruments, credit impairment charges for amortised cost assets, impairment and valuation of available for sale investments, calculation of current and deferred tax and accounting for pensions and post-retirements benefits. There is a risk that if the judgement exercised, or the estimates or assumptions used, subsequently turn out to be incorrect, this could result in significant loss to the Group, beyond what was anticipated or provided for.

As part of the assets in the Non-core business, the Group holds a UK portfolio of generally longer-term loans to counterparties in Education, Social Housing and Local Authorities ("ESHLA") sectors, which are measured on a fair value basis. The valuation of this portfolio is subject to substantial uncertainty due to the long-dated nature of the portfolios, the lack of a secondary market in the relevant loans and unobservable loan spreads. As a result of these factors, the Group may be required to revise the fair values of these portfolios to reflect, among other things, changes in valuation methodologies due to changes in industry valuation practices and as further market evidence is obtained in connection with the Non-Core asset rundown and exit process. For further information refer to Note 18 (Fair value of assets and liabilities) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report.

The further development of standards and interpretations under IFRS could also significantly impact

the financial results, condition and prospects of the Group. The introduction of the impairment requirements of IFRS 9 Financial Instruments will result in impairment being recognised earlier than is the case under IAS 39 because it requires expected losses to be recognised before the loss event arises. Measurement will involve increased complexity and judgement including estimation of probabilities of defaults, losses given default, a range of unbiased future economic scenarios, estimation of expected lives, estimation of exposures at default and assessing increases in credit risk. It is expected to have a material financial impact, but it will not be practical to disclose reliable financial impact estimates until the implementation programme is further advanced.

For more information, please refer to Note 1 (Significant accounting policies) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report.

Legal, competition and regulatory matters

Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

The Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and is therefore exposed to the risk of fines and other sanctions relating to the conduct of its business. In recent years authorities have increasingly investigated past practices, vigorously pursued alleged breaches and imposed heavy penalties on financial services firms. This trend is expected to continue. In relation to financial crime, a breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure and other sanctions in the jurisdictions in which it operates, particularly in the UK and the US. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Group's conduct this may also give rise to legal proceedings, including class actions. Other legal disputes may also arise between the Group and third parties relating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Group being liable to third parties seeking damages, or may result in the Group's rights not being enforced as intended.

Details of material legal, competition and regulatory matters to which the Group is currently exposed are set out in more detail in Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report. In addition to those material ongoing matters, the Group is engaged in various other legal proceedings in the UK and a number of overseas jurisdictions which arise in the ordinary course of business. The Group is also subject to requests for information, investigations and other reviews by regulators, governmental and other public bodies in connection with business activities in which the Group is or has been engaged. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the period.

The outcome of material, legal, competition and regulatory matters, both those to which the Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. However, it is likely that in connection with any such matters the Group will incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and any such matters could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution in certain circumstances; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Group's business operations including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Group's reputation; loss of investor confidence and/or dismissal or resignation of key individuals.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters in which the Group is involved may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. An adverse decision in any one matter, either against the Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Group.

Risks arising from regulation of the financial services industry

The financial services industry continues to be the focus of significant regulatory change and scrutiny

which may adversely affect the Group's business, financial performance, capital and risk management strategies. For further information on regulations affecting the Group, including significant regulatory developments, please refer to the section on Supervision and Regulation contained in the 2015 Joint Annual Report.

(a) Regulatory change

The Group, in common with much of the financial services industry, remains subject to significant levels of regulatory change and increasing scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). This has led to a more intensive approach to supervision and oversight, increased expectations and enhanced requirements. As a result, regulatory risk will remain a focus for senior management and consume significant levels of business resources. Furthermore, this more intensive approach and the enhanced requirements, uncertainty and extent of international regulatory coordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Group deciding to modify its legal entity structure, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.

(b) Changes in prudential requirements, including changes to CRD IV

The Group's results and ability to conduct its business may be negatively affected by changes to, or additional supervisory expectations.

In July 2015, the Financial Policy Committee of the Bank of England published a policy statement directing the PRA to require all major UK banks and building societies to hold enough Tier 1 capital to satisfy a minimum leverage ratio of 3% and a countercyclical leverage ratio buffer of 35% of the institution-specific countercyclical capital buffer rate. The FPC also directed that UK G-SIBs and domestically systemically important banks should meet a supplementary leverage buffer ratio of 35% of corresponding risk-weighted capital buffer rates. The PRA published a policy statement, finalised rules and a supervisory statement implementing the FPC's directions in December 2015 and the new leverage ratio framework came into force on 1 January 2016.

In January 2016, the BCBS endorsed a new market risk framework, including rules made as a result of its fundamental review of the trading book, which will take effect in 2019. Barclays continues to monitor the potential effects on its capital position arising from these rules and from (i) revisions to the BCBS's standardised rules for credit risk, counterparty credit risk, CVA volatility risk and operational risk; and (ii) the BCBS considering the position regarding the limitation of the use of internal models in certain areas (for example, removing the Advanced Measurement Approach for operational risk) and applying RWA floors based on the standardised approaches.

Changes to, or additional supervisory expectations, in relation to capital and/or leverage ratio requirements either individually or in aggregate, may lead to unexpected enhanced requirements in relation to the Group's capital, leverage, liquidity and funding ratios or alter the way such ratios are calculated. This may result in a need for further management actions to meet the changed requirements, such as: increasing capital or liquidity resources, reducing leverage and risk weighted assets; modifying legal entity structure (including with regard to issuance and deployment of capital and funding for the Group); changing the Group's business mix or exiting other businesses; and/or undertaking other actions to strengthen the Group's position.

(c) Market infrastructure reforms

The derivatives markets are subject to extensive and increasing regulation in many of the Group's markets, including in particular Europe pursuant to the European Market Infrastructure Regulation ("EMIR") and in the US under the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act of 2010 ("DFA"). Certain of these increased regulatory requirements have already come into force, with further provisions expected to become effective in stages, including through a new recast version of the Markets in Financial Instruments Directive and a new regulation (the Markets in Financial Instruments Regulation) in Europe.

It is possible that additional regulations, and the related expenses and requirements, will increase the

cost of and restrict participation in the derivatives markets, thereby increasing the costs of engaging in hedging or other transactions and reducing liquidity and the use of the derivatives markets.

Changes in regulation of the derivatives markets could adversely affect the business of the Group and its affiliates in these markets and could make it more difficult and expensive to conduct hedging and trading activities, which could in turn reduce the demand for swap dealer and similar services of the Group and its subsidiaries. In addition, as a result of these increased costs, the new regulation of the derivatives markets may also result in the Group deciding to reduce its activity in these markets.

(d) Recovery and resolution planning

There continues to be a strong regulatory focus on "resolvability" from regulators, particularly in the UK, the US and South Africa. The Group made its first formal Recovery and Resolution Plan ("**RRP**") submissions to the UK and US regulators in mid-2012 and made its first Recovery Plan submission to the South African regulators in 2013. Barclays continues to work with the relevant authorities to identify and address potential impediments to the Group's "resolvability".

In the UK, RRP work is considered part of continuing supervision. Removal of potential impediments to an orderly resolution of the Group or one or more of its subsidiaries is considered as part of the Bank of England's and PRA's supervisory strategy for each firm, and the PRA can require firms to make significant changes in order to enhance resolvability. Barclays provides the PRA with a Recovery Plan annually and with a Resolution Pack every other year.

In the US, Barclays is one of several systemically important banks required to file resolution plans with the Board of Governors of the Federal Reserve System ("**Federal Reserve**") and the Federal Deposit Insurance Corporation ("**FDIC**") (collectively, the "Agencies") under provisions of the DFA of 2010. Pursuant to the resolution plan regulation in the US, a joint determination by the Agencies that a resolution plan is not credible or would not facilitate an orderly resolution under the US Bankruptcy Code may result in a bank being made subject to more stringent capital, leverage, or liquidity requirements, or restrictions on growth, activities or operations in the US.

Additionally, there are further resolution-related proposals in the US, such as the Federal Reserve's proposed regulation requiring internal total loss absorbing capital ("**TLAC**") for Barclays' US Intermediate Holding Company ("**IHC**") that will be established during 2016, and increased record-keeping and reporting requirements for obligations under qualified financial contracts ("**QFC proposal**") that may, depending on final rules, materially increase the operational and financing costs of Barclays' US operations.

In South Africa, the South African Treasury and the South Africa Reserve Bank are considering material new legislation and regulation to adopt a resolution and depositor guarantee scheme in alignment with FSB principles. Barclays Africa Group Limited ("**BAGL**") and its primary subsidiary Absa Bank Limited, will be subject to these schemes when they are adopted. It is not clear what shape these schemes will take or when the schemes will be adopted, but current proposals for a funded deposit insurance scheme and for operational continuity may result in material increases in operational and financing costs for the BAGL group.

While the Group believes that it is making good progress in reducing potential impediments to resolution, should the relevant authorities ultimately determine that the Group or any significant subsidiary could not be resolved in an orderly manner, the impact of potential structural changes that may be required to address such a determination (whether in connection with RRP or other structural reform initiatives) may impact capital, liquidity and leverage ratios, as well as the overall profitability of the Group, for example, due to duplicated infrastructure costs, lost cross-rate revenues and/or additional funding costs.

Regulatory action in the event of a bank failure

The BRRD contains provisions similar to the UK Banking Act 2009, as amended (the "**Banking Act**") on a European level, many of which augment and increase the powers which national regulators are required to have in the event of a bank failure.

Banking Act provides for a regime to allow the BoE (or, in certain circumstances, HM Treasury) to

resolve failing banks in the UK. Under the Banking Act, these authorities are given powers to make share transfer orders and property transfer orders. Amendments introduced by the Banking Reform Act gave the BoE statutory bail-in power from 1 January 2015. This power enables the BoE to recapitalise a failed institution by allocating losses to its shareholders and unsecured creditors. It also allows the BoE to cancel liabilities or modify the terms of contracts for the purposes of reducing or deferring the liabilities of the bank under resolution, and gives it the power to convert liabilities into another form (e.g. equity). In addition to the bail-in power, relevant UK resolution authorities are granted additional powers under the Banking Act including powers to direct the sale or transfer of a relevant financial institution or all or part of its business in certain circumstances. Further, parallel developments such as the implementation in the UK of the FSB's TLAC requirements may result in increased risks that a bank would become subject to resolution authority requirements by regulators seeking to comply with international standards in this area. For more information, see "(3) Funding risk - inability to maintain appropriate prudential ratios".

If any of these powers were to be exercised, or there is an increased risk of exercise, in respect of the Group or any entity within the Group, this might result in a material adverse effect on the rights or interests of shareholders and creditors including holders of debt securities and/or could have a material adverse effect on the market price of shares and other securities issued by the Group. Such effects could include losses of shareholdings/associated rights including, the dilution of percentage ownership of the Group's share capital, and may result in creditors, including debt holders, losing all or a part of their investment in the Group's securities.

Please see "2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities" below for further detail of the risks to Holders of bank resolution actions in the event of the Issuer's failure.

(5) Conduct risk

Barclays is committed to Group-wide changes to business practices, governance and mindset and behaviours so that good customer outcomes and protecting market integrity are integral to the way Barclays operates. Improving its reputation in market will demonstrate to customers that in Barclays they have a partner they can trust. Conduct risk is the risk that detriment is caused to the Group's customers, clients, counterparties or the Group itself because of inappropriate judgement in the execution of its business activities.

During 2015 potential customer impact and reputation risk inherent in varied emerging risks has been managed across the Group and escalated to senior management for discussion. These risks will remain prevalent in 2016 and beyond and the most significant of these include:

(a) Organisational Change

The Group is at risk of not being able to meet customer and regulatory expectations due to a failure to appropriately manage the: i) complexity in business practice, processes and systems; ii) challenges faced in product suitability, automation and portfolio-level risk monitoring; iii) resilience of its technology; and , iv) execution strategy, including the failure to fulfil the high level of operational precision required for effective execution in order to deliver positive customer outcomes.

(b) Legacy Issues

Barclays remains at risk from the potential outcomes of a number of investigations relating to its past conduct. While the Group is continuing to embed cultural change and improved governance, many stakeholders will remain sceptical and so until there is clear and sustained evidence of consistent cultural and behavioural change, the risk to Barclays' reputation will remain. Barclays continues to work to rebuild customer trust and market confidence impacted by legacy issues. For further information in respect of such investigations and related litigation and discussion of the associated uncertainties, please see Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report.

(c) Market Integrity

There are potential risks arising from conflicts of interest, including those related to the benchmark

submission process. While primarily relevant to the Investment Bank, these potential risks may also impact the corporate and retail customer base. The Group may be adversely affected if it fails to mitigate the risk of individuals making such inappropriate judgement by the enhancing of operating models and effective identification and management of conflicts of interest controls and supervisory oversight.

(d) Financial Crime

The Group, as a global financial services firm, is exposed to the risks associated with money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions. As a result, the Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that its employees or third-parties facilitate, or that its products and services are used to facilitate financial crime

Any one, or combination, of the above risks could have significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify this issue and reimburse losses incurred by customers and regulatory censure and penalties.

1.3.2 Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk

Structural Reform (emerging risk)

The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (the "**UK Banking Reform Act**") and associated secondary legislation and regulatory rules, require the separation of the Group's UK and EEA retail and SME deposit-taking activities into a legally, operationally and economically separate and independent entity and restrict the types of activity such an entity may conduct (so-called "**ring fencing**").

The UK Prudential Regulatory Authority (PRA) issued a Policy statement (PS10/15) in May 2015 setting up legal structures and governance requirements that the UK regulator considers as "near-final". A PRA Consultation was issued in October 2015 relating to post-ring-fencing prudential requirements and intra-group arrangements among other matters. PRA final rules are expected in 2016. UK ring-fencing rules will become binding from January 2019 and Barclays has an internal structural reform programme to implement the changes required by these new regulations (alongside other group structural requirements applicable to or in the course of development for the Group both in the UK and other jurisdictions in which the Group has operations – such as the proposed move towards a single point of entry Holding Company resolution model under the Bank of England's preferred resolution strategy and the requirement under section 165 of the DFA to create a US intermediate holding company (IHC) to hold the Group's US banking and non-banking subsidiaries) and to evaluate the Group's strategic options in light of all current and proposed global structural reform initiatives. Changes resulting from this work will have a material impact in the way the Group operates in the future through increased cost and complexity associated with changes required by ring-fencing laws and regulations. Specifically, in order to comply with the UK Banking Reform Act and the DFA, it is proposed that:

- Barclays will create a new UK banking entity which will serve as the ring-fenced bank ("**RFB**"). It is expected to serve retail and small business customers as well as UK Wealth and credit card customers.
- The Issuer is expected to serve corporate, institutional and investment banking clients and will also serve international Wealth and credit card customers; it is also expected to house both the Corporate Banking payments and Barclaycard merchant acquiring businesses.
- Many of the Group's US businesses (including Barclays Bank Delaware and Barclays Capital Inc., the Group's US broker-dealer subsidiary) will be organised under an IHC.
- The Group will establish a number of service companies in order to support its revised operating entity structure.

Implementation of these changes involves a number of risks related to both the revised Group entity structure and also the process of transition to that revised Group structure. Those risks include the following:

- The establishment and on-going management of the RFB and the Bank as separate entities will require the Group to evaluate and restructure its intra-group and external capital, funding and liquidity arrangements to ensure they continue to meet regulatory requirements and support business needs. The changes required by ring-fencing will in particular impact the sources of funding available to the different entities, including restricting the Bank's access to certain categories of deposit funding;
- While the Group will seek to manage the changes to business mix and capital, funding and liquidity resources so as to maintain robust credit ratings for each of its key operating entities, the restructuring required by ring-fencing is complex and untested, and there is a risk that the changes may negatively impact the assessment made by credit rating agencies, creditors and other stakeholders of the credit strength of the different entities on a standalone basis. Adverse changes to the credit assessment, including the potential for ratings downgrades, could in turn make it more difficult and costly for the Group's entities to obtain certain sources of funding;
- The Financial Services and Markets Act 2000 (Banking Reform) (Pensions) Regulations 2015 provide that, after 1 January 2026, ring-fence banks cannot be or become liable for pension schemes outside of the ring-fence. To comply with the regulations, the Group will need to decide which Group entities will participate in the Barclays Bank UK Retirement Fund ("UKRF") from 2026, and reach a mutually satisfactory position with the UKRF Trustee regarding past service liabilities. The Group is currently discussing a variety of options with the UKRF Trustee, and engaging with the PRA and the UK Pensions Regulator.
- Execution risk associated with moving a material number of customer accounts and contracts from one legal entity to another and in particular the risk of legal challenge to the ring-fenced transfer scheme that will be used in order to transfer certain assets and liabilities from the Bank to the RFB;
- Customer impacts derived from operational changes related to, for example, the re-organisation of sort codes. In addition, uncertain and potentially varying customer preference in terms of being served by the RFB or the Bank may increase the execution risk associated with ring-fencing; Customers may also be impacted by reduced flexibility to provide products through a single entity interface; and
- At the European level, the draft Bank Structural Reform Regulation contains powers restricting proprietary trading and, if certain conditions are met, for the mandated separation of core retail banking activity from certain trading activities save where a bank is already subject to a national regime which provides for the separation of such activities in a manner compatible with the Regulation. The Regulation is currently in draft form and no single version (including the scope of any national derogation) has yet been agreed by the Council of Ministers, the European Commission and the European Parliament. The implementation date for these proposals will depend on the date on which any final legislation is agreed. Accordingly, the potential impact on the Group remains unclear.

These, and other regulatory changes and the resulting actions taken to address such regulatory changes, may have an adverse impact on the Group's profitability, operating flexibility, flexibility of deployment of capital and funding, return on equity, ability to pay dividends, credit ratings, and/or financial condition.

Business conditions, general economy and geopolitical issues

The Group's performance could be adversely affected in relation to more than one Principal Risk by a weak or deteriorating global economy or political instability. These factors may also occur in one or more of the Group's main countries of operation.

The Group offers a broad range of services to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where it is active, or any other systemically important economy, could adversely affect the Group's performance.

Global growth is expected to remain modest, with low single digit growth in advanced economies

alongside a slowdown in emerging markets. This moderate economic performance, lower commodity prices and increased geopolitical tensions mean that the distribution of risks to global economic activity continues to be biased to the downside.

As the US Federal Reserve embarks on monetary policy tightening, the increasing divergence of policies between major advanced economies risks triggering further financial market volatility. The sharp change in the value of the US dollar during 2015 reflected this and, has played a major role in driving asset price volatility and capital reallocation as markets adjusted. Changes to interest rate expectations risk igniting further volatility and US dollar appreciation, particularly if the US Federal Reserve were to increase rates faster than markets currently expect.

Emerging markets have already seen growth slow following increased capital outflows, but a deeper slowdown in growth could emerge if tighter US interest rate policy drives further reallocation of capital. Moreover, sentiment towards emerging markets as a whole continues to be driven in large part by developments in China, where there is significant concern around the ability of authorities to manage the growth transition towards services. A stronger than expected slowdown could result if authorities fail to appropriately manage the end of the investment and credit-led boom, while the consequences from a faster slow down would flow through both financial and trade channels into other economies, and affect commodity markets.

Commodity prices, particularly oil prices, have already fallen significantly, but could fall further if demand growth remains weak or supply takes longer than expected to adjust. At the same time, countries with high reliance on commodity-related earnings have already experienced a tightening of financial conditions. A sustained period of low prices risks triggering further financial distress, default and contagion.

In several countries, reversals of capital inflows, as well as fiscal austerity, have already caused deterioration in political stability. This could be exacerbated by a renewed rise in asset price volatility or sustained pressure on government finances. In addition, geopolitical tensions in some areas of the world, including the Middle East and Eastern Europe are already acute, and are at risk of further deterioration.

While in Europe, risks of stagnation, entrenched deflation and a Eurozone break-up have diminished, they remain a risk.

In the UK, the referendum on EU membership gives rise to some political uncertainty and raises the possibility of a disruptive and uncertain exit from the EU, with attendant consequences for investment and confidence. Following the referendum in June 2016, in the event that there is a vote in favour of leaving the European Union, a period of negotiation is likely, widely anticipated to be around two years, with unpredictable implications on market conditions.

A drop in business or consumer confidence related to the aforementioned risks may have a material impact on GDP growth in one or more significant markets and therefore Group performance. At the same time, even if output in most advanced economies does grow, it would also be likely to advance at a slower pace than seen in the pre-crisis period. Growth potential could be further eroded by the low levels of fixed asset investment and productivity growth.

For the Group, a deterioration of conditions in its key markets could affect performance in a number of ways including, for example: (i) deteriorating business, consumer or investor confidence leading to reduced levels of client activity; (ii) higher levels of default rates and impairment; and (iii) mark to market losses in trading portfolios resulting from changes in credit ratings, share prices and solvency of counterparties.

Business Change/Execution (emerging risk)

As Barclays moves towards a single point of entry (Holding Company) resolution model and implementation of the Structural Reform Programme Execution, the expected level of structural and strategic change to be implemented over the medium term will be disruptive and is likely to increase funding and operational risks for the Group and could impact its revenues and businesses. These changes will include: the creation and run-down of Non-Core; the delivery against an extensive agenda of operational and technology control and infrastructure improvements; and, planned cost reductions.

Execution may be adversely impacted by external factors (such as a significant global macroeconomic downturn or further significant and unexpected regulatory change in countries in which the Group operates) and/or internal factors (such as availability of appropriately skilled resources or resolution of legacy issues). Moreover progress in regard to Barclays' strategic plans is unlikely to be uniform or linear and progress on certain targets may be achieved more slowly than others.

If any of the risks outlined above were to occur, singly or in the aggregate, they could have a material adverse effect on the Group's business, results of operations and financial condition.

1.4 The Issuer is affected by risks affecting the Group

The Issuer is also affected by risks affecting the Group as there is substantial overlap in the businesses of the Issuer and its subsidiaries. Further, the Issuer can be negatively affected by risks and other events affecting its subsidiaries even where the Issuer is not directly affected. For example, where reputation of one of its subsidiaries is damaged, the Issuer's reputation would likely also be damaged which could negatively affect the Issuer.

2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

The BRRD provides an EU-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms, their subsidiaries and certain holding companies. The BRRD (including the bail-in tool), together with the majority of associated FCA and PRA rules, was implemented in the UK in January 2015. The final PRA rules on contractual recognition of bail-in for liabilities came into force on 1 January 2016. The majority of the requirements of the BRRD (including the bail-in tool) were implemented by way of amendments to the Banking Act. For more information on the bail-in tool, see 2.3 *"The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment"* below.

2.1 The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the PRA, the FCA and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "SRR"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement resolution measures with respect to a UK bank (such as the Issuer) or investment firm and certain of its affiliates that meet the definition of a "banking group company" (currently including the Issuer) (each a relevant entity) in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or are likely to fail to satisfy the FSMA (as defined below) threshold conditions for authorization to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options:

- (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity,
- (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge bank" established by the Bank of England,
- (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the Bank of England,
- (d) the bail-in tool (as described below) and
- (e) temporary public ownership (nationalization).

The Banking Act also provides for two new insolvency and administration procedures for relevant entities. Certain ancillary powers include the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool.

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of the Securities and could lead to holders of Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 The SRR is designed to be triggered prior to insolvency of the Issuer and holders of the Securities may not be able to anticipate the exercise of any resolution power (including the UK bail-in power) by the relevant UK resolution authority.

The stabilisation options are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the stabilisation options is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the EBA guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Issuer and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power. The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Issuer, the Group and the Securities.

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge the exercise of any resolution powers by the relevant UK resolution authority

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.3 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders. Any such exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other securities or other obligations of the Issuer or any other modification or variation of the terms of the Securities. If such liabilities are under-collateralised, the unsecured portion of such liability may be subject to bail-in, i.e. in relation to the unsecured part.

The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. In addition, the bail-in tool contains an express safeguard (known as "no creditor worse off") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings of the relevant entity.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value

of their investment in the Securities and/or the ability of the Issuer to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities. In addition, even in circumstances where a claim for compensation is established under the "no creditor worse off" safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of Securities would recover such compensation promptly.

2.4 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Issuer, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the Financial Services Compensation Scheme (insured deposits) to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank (other preferred deposits), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the EU Deposit Guarantee Scheme Directive, which is to be implemented into national law by July 2015, will increase the nature and quantum of insured deposits to include a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Issuer, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the UK bail-in power were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in (in either case, to the extent the Securities fall within the scope of the bail-in tool) than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer such as other preferred deposits."

2. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A, the RSSP Base Prospectus B, the RSSP Base Prospectus D, RSSP Base Prospectus F and Base Prospectus H in the section "**Risk Factors**", the subsection "*1.2 Principal Risks relating to the Issuer*" to subsection "*2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities*" (both including) shall be deleted in its entirety and replaced with the following:

"1.2 Principal Risks relating to the Issuer

Material risks and their impact are described below in two sections: i) risks which senior management believes are likely to impact a "principal risk" (within the meaning of the Issuer's Enterprise Risk Management Framework, each a "Principal Risk"); and ii) risks which senior management believes are likely to affect more than one Principal Risk. Certain risks below have been classified as an "emerging risk", which is a risk that has the potential to have a significant detrimental effect on the Group's performance, but currently the outcome and the time horizon for the crystallisation of its possible impact is more uncertain and more difficult to predict than for other risk factors that are not identified as emerging risks. The five Principal Risks are currently categorised as: (1) Credit Risk; (2) Market Risk; (3) Funding Risk; (4) Operational Risk; and (5) Conduct Risk.

1.2.1 Material existing and emerging risks by Principal Risk

(1) Credit risk

The financial condition of the Group's customers, clients and counterparties, including governments and other financial institutions, could adversely affect the Group.

The Group may suffer financial loss if any of its customers, clients or market counterparties fails to fulfil their contractual obligations to the Group. The Group may also suffer loss when the value of its investment in the financial instruments of an entity falls as a result of that entity's credit rating being downgraded. In addition, the Group may incur significant unrealised gains or losses due to changes in the Group's credit spreads or those of third parties, as these changes affect the fair value of the Group's derivative instruments, debt securities that the Group holds or issues, and loans held at fair value.

Deterioration in political and economic environment

The Group's performance is at risk from deterioration in the economic and political environment which may result from a number of uncertainties, including the following:

(a) Specific regions

Political instability, economic uncertainty or deflation in regions in which the Group operates could weaken growth prospects and have an adverse impact on customers' ability to service debt and so result in higher impairment charges for the Group. These include:

China (emerging risk)

Economic uncertainty in China continues to affect a number of emerging economies, particularly those with high fiscal deficits and those reliant on short-term external financing and/or material reliance on commodity exports. Their vulnerability has been further impacted by the fall, and sustained volatility in oil prices, the strong US dollar and the winding down of quantitative easing policies by some central banks. The impact on the Group may vary depending on the vulnerabilities present in each country, but the impact may result in increased impairment charges through sovereign defaults, or the inability or unwillingness of clients and counterparties in that country to meet their debt obligations.

South Africa

The negative economic outlook in South Africa continues, with a challenging domestic and external environment. Recent political events including changes to leaders in the Finance Ministry have added to the domestic challenges. Real GDP growth remains low as a result of declining global demand, in particular China, and prices for key mineral exports, a downturn in tourism, persistent power shortages and slowing house price growth. In the retail sector, concerns remain over the level of consumer indebtedness and affordability, as the slow-down in China impacts the mining sector with job losses

increasing. Emerging market turmoil has added further pressure on the Rand, which has continued to depreciate against major currencies. The decline in the economic outlook may impact a range of industry sectors in the corporate portfolio, with clients with higher leverage being impacted most.

(b) Interest rate rises, including as a result of slowing of monetary stimulus, could impact consumer debt affordability and corporate profitability

To the extent that central banks increase interest rates in certain developed markets, particularly in the Group's main markets, the UK and the US, they are expected to be small and gradual in scale during 2016, albeit following differing timetables. The first of these occurred in the US with a quarter point rise in December 2015. While an increase may support Group income, any sharper than expected changes could cause stress in loan portfolio and underwriting activity of the Group, particularly in relation to non-investment grade lending, leading to the possibility of the Group incurring higher impairment. Higher credit losses and a requirement to increase the Group's level of impairment allowance would most notably occur in the Group's retail unsecured and secured portfolios as a result of a reduction in recoverability and value of the Group's assets, coupled with a decline in collateral values.

Interest rate increases in developed markets may also negatively impact emerging economies, as capital flows to mature markets to take advantage of the higher returns and strengthening economic fundamentals.

Specific sectors

The Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rate of loans and advances due from borrowers and counterparties in a specific portfolio. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector. The following provides examples of areas of uncertainties to the Group's portfolio which could have a material impact on performance.

(a) UK property

With UK property representing the most significant portion of the overall PCB credit exposure, the Group is at risk from a fall in property prices in both the residential and commercial sectors in the UK. Strong house price growth in London and the South East of the UK, fuelled by foreign investment, strong buy-to-let ("BTL") demand and subdued housing supply, has resulted in affordability levels reaching record levels; average house prices as at the end of 2015 were more than seven times average earnings. A fall in house prices, particularly in London and the South East of the UK, would lead to higher impairment and negative capital impact as loss given default ("LGD") rates increase. Potential losses would likely be most pronounced in the higher LTV segments.

The proposal on BTL properties announced by the UK Chancellor of the Exchequer in 2015, changing both the level of tax relief on rental income and increasing levels of stamp duty from April 2016 may cause some dislocation in the BTL market. Possible impacts include a reduced appetite in the BTL market and an influx of properties for sale causing downward pricing pressure, as well as reduced affordability as increased tax liabilities reduce net retail yields. As a consequence this may lead to an increase in BTL defaults at a time when market values may be suppressed, with the potential that, while the Group carefully manages such exposures, it may experience increased credit losses and impairment from loans with high loan to value ratios.

(b) Natural Resources (emerging risk)

The risk of losses and increased impairment is more pronounced where leverage is higher, or in sectors currently subject to strain, notably oil and gas, mining and metals and commodities. Sustained oil price depression continues and is driven by ongoing global excess supply. While the positioning of these portfolios is relatively defensive and focuses on investment grade customers or collateralised positions, very severe stress in this market does have the potential to significantly increase credit losses and impairment.

(c) Large single name losses

The Group has large individual exposures to single name counterparties. The default of such counterparties could have a significant impact on the carrying value of these assets. In addition, where such counterparty risk has been mitigated by taking collateral, credit risk may remain high if the collateral held cannot be realised, or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure. Any such defaults could have a material adverse effect on the Group's results due to, for example, increased credit losses and higher impairment charges.

(d) Leverage Finance Underwriting

The Group takes on significant sub-investment grade underwriting exposure, including single name risk, particularly focused in the US and Europe and to a lesser extent in South Africa and other regions. The Group is exposed to credit events and market volatility during the underwriting period. Any adverse events during this period may potentially result in loss for the Group or an increased capital requirement should there be a need to hold the exposure for an extended period.

(2) Market risk

The Group's financial position may be adversely affected by changes in both the level and volatility of prices leading to lower revenues, or reduced capital:

Concerns of major unexpected changes in monetary policy and quantitative easing programmes, foreign exchange movements or slowdown in emerging market economies spilling over to global markets (emerging risk)

The trading business model is focused on client facilitation in wholesale markets, involving market making activities, risk management solutions and execution.

The Group's trading business is exposed to a rapid unwinding of quantitative easing programmes and deterioration in the macro environment driven by concerns in global growth. An extremely high level of volatility in asset prices could affect market liquidity and cause excess market volatility, impacting the Group's ability to execute client trades and may also result in lower income or portfolio losses.

A sudden and adverse volatility in interest or foreign currency exchange rates also has the potential to detrimentally impact the Group's income from non-trading activity.

This is because the Group has exposure to non-traded interest rate risk, arising from the provision of retail and wholesale non-traded banking products and services, including, products which do not have a defined maturity date and have an interest rate that does not change in line with base rate movements, e.g. current accounts. The level and volatility of interest rates can impact the Group's net interest margin, which is the interest rate spread earned between lending and borrowing costs. The potential for future volatility and margin changes remains in key areas such as in the UK benchmark interest rate to the extent such volatility and margin changes are not fully addressed by hedging programmes.

The Group is also at risk from movements in foreign currency exchange rates as these impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated assets in the banking book, exposing it to currency translation risk.

Adverse movements in the pension fund

Adverse movements between pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes could contribute to a pension deficit. The liabilities discount rate is a key driver and, in accordance with International Financial Reporting Standards (IAS 19), is derived from the yields of high quality corporate bonds (deemed to be those with AA ratings) and consequently includes exposure to both risk-free yields and credit spreads. Therefore, the Group's defined benefits scheme valuation would be adversely affected by a prolonged fall in the discount rate or a persistent low rate and/or credit spread environment. Inflation is another significant risk driver to the pension fund, as the liabilities are adversely impacted by an increase in long-term inflation expectation. However in the long term, inflation and rates risk tend to be negatively correlated and therefore partially offset each other.

(3) Funding risk

The ability of the Group to achieve its business plans may be adversely impacted if it does not effectively manage its capital (including leverage), liquidity and other regulatory requirements.

The Group may not be able to achieve its business plans due to: i) being unable to maintain appropriate capital ratios; ii) being unable to meet its obligations as they fall due; iii) rating agency methodology changes resulting in ratings downgrades; and iv) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios.

Inability to maintain appropriate prudential ratios

Should the Group be unable to maintain or achieve appropriate capital ratios this could lead to: an inability to support business activity; a failure to meet regulatory capital requirements including the requirements of regulator set stress tests; increased cost of funding due to deterioration in credit ratings; restrictions on distributions including the ability to meet dividend targets; and/or the need to take additional measures to strengthen the Group's capital or leverage position. While the requirements in CRD IV are now in force in the UK, further changes to capital requirements could occur, whether as a result of (i) further changes to EU legislation by EU legislators (for example, implementation of Bank of International Settlements ("BIS") regulatory update recommendations), (ii) relevant binding regulatory technical standards updates by the European Banking Authority ("EBA"), (iii) changes to UK legislation by the UK government, (iv) changes to PRA rules by the PRA, or (v) additional capital requirements through Financial Policy Committee ("FPC") recommendations. Such changes, either individually and/or in aggregate, may lead to further unexpected additional requirements in relation to the Group's regulatory capital.

Additional prudential requirements may also arise from other regulatory reforms, including UK, EU and the US proposals on bank structural reform and current proposals for Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities ("MREL") under the EU Bank Recovery and Resolution Directive ("BRRD"). Included within these reforms are the Bank of England proposals on MREL requirements for UK banks which were published in December 2015. The Bank of England stated its intentions to communicate MREL requirements to UK Banks during 2016. Many of the proposals are still subject to finalisation and implementation and may have a different impact when in final form. The impact of these proposals is still being assessed. Overall, it is likely that these changes in law and regulation will have an impact on the Group as they are likely, when implemented, to require changes to the legal entity structure of the Group and how businesses are capitalised and funded. Any such increased prudential requirements may also constrain the Group's planned activities, lead to forced asset sales and balance sheet reductions and could increase the Group's costs, impact on the Group's earnings and restrict the Group's ability to pay dividends. Moreover, during periods of market dislocation, as currently seen, or when there is significant competition for the type of funding that the Group needs, increasing the Group's capital resources in order to meet targets may prove more difficult and/or costly.

Inability to manage liquidity and funding risk effectively

Failure to manage its liquidity and funding risk effectively may result in the Group either not having sufficient financial resources to meet its payment obligations as they fall due or, although solvent, only being able to meet these obligations at excessive cost. This could cause the Group to fail to meet regulatory liquidity standards, be unable to support day-to-day banking activities, or no longer be a going concern.

Credit rating changes and the impact on funding costs

A credit rating assesses the creditworthiness of the Group, its subsidiaries and branches and is based on reviews of a broad range of business and financial attributes including risk management processes and procedures, capital strength, earnings, funding, liquidity, accounting and governance. Any adverse event to one or more of these attributes may lead to a downgrade, which in turn could result in contractual outflows to meet contractual requirements on existing contracts. Furthermore, outflows related to a multiple-notch credit rating downgrade are included in the LRA stress scenarios and a portion of the liquidity pool held against this risk. There is a risk that any potential downgrades could impact the Group's performance should borrowing cost and liquidity change significantly versus expectations."

- i) For the Base Prospectuses RSSP Base Prospectus A, RSSP Base Prospectus B and RSSP Base Prospectus D the following reference shall be included and subsequently shall further be replaced as described above:

"Please see "3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades" below for further information."

- ii) For the Base Prospectuses RSSP Base Prospectus F and RSSP Base Prospectus H the following reference shall be included and subsequently shall further be replaced as described above:

Please see "3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer or the Securities could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades" below for further information."

"Adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios

The Group has capital resources and risk weighted assets denominated in foreign currencies. Therefore changes in foreign currency exchange rates may adversely impact the sterling equivalent value of foreign currency denominated capital resources and risk weighted assets. As a result, the Group's regulatory capital ratios are sensitive to foreign currency movements, and a failure to appropriately manage the Group's balance sheet to take account of foreign currency movements could result in an adverse impact on regulatory capital ratios. The impact is difficult to predict with any accuracy, but it may have a material adverse effect on the Group if capital and leverage ratios fall below required levels.

(4) Operational risk

The operational risk profile of the Group may change as a result of human factors, inadequate or failed internal processes and systems, or external events.

The Group is exposed to many types of operational risk. This includes: fraudulent and other internal and external criminal activities; breakdowns in processes, controls or procedures (or their inadequacy relative to the size and scope of the Group's business); systems failures or an attempt, by an external party, to make a service or supporting infrastructure unavailable to its intended users, and the risk of geopolitical cyber threat activity which destabilises or destroys the Group's information technology, or critical infrastructure the Group depends upon but does not control. The Group is also subject to the risk of business disruption arising from events wholly or partially beyond its control, for example natural disasters, acts of terrorism, epidemics and transport or utility failures, which may give rise to losses or reductions in service to customers and/or economic loss to the Group. All of these risks are also applicable where the Group relies on outside suppliers or vendors to provide services to it and its customers. The operational risks that the Group is exposed to could change rapidly and there is no guarantee that the Group's processes, controls, procedures and systems are sufficient to address, or could adapt promptly to, such changing risks to avoid the risk of loss.

Cyber-attacks (emerging risk)

The risk posed by cyber-attacks continues to grow. The proliferation of online marketplaces trading criminal services and stolen data has reduced barriers of entry for criminals to perpetrate cyber-attacks, while at the same time increasing motivation.

Attacker capabilities continue to evolve as demonstrated by a marked increase in denial of service attacks, and increased sophistication of targeted fraud attacks by organised criminal networks. The Group faces a growing threat to its information (whether it is held by itself or in its supply chain), to the integrity of the Group's financial transactions, and to the availability of the Group's services. All of these necessitate a broad intelligence and response capability.

Given the level of increasing global sophistication and scope of potential cyber-attacks, future attacks may lead to significant breaches of security which jeopardise the sensitive information and financial transactions of the Group, its clients, counterparties, or customers, or cause disruption to systems performing critical functions. Failure to adequately manage cyber threats and to continually review and update processes in response to new threats could result in increased fraud losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, regulatory censure and penalty, legal liability and reputational damage.

Infrastructure and technology resilience

As the dependency on digital channels and other technologies grows, the impact of technology issues can become more material and immediate. This is also the case in many other industries and organisations but particularly impactful in the banking sector.

The Group's technology, real-estate and supplier infrastructure is critical to the operation of its businesses and to the delivery of products and services to customers and clients and to meet its market integrity obligations. Sustained disruption to services provided by Barclays, either directly or through third parties, could have a significant impact to customers and to the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to rectify the issue and reimburse losses incurred by customers, as well as possible regulatory censure and penalties.

Ability to hire and retain appropriately qualified employees

The Group requires a diverse mix of highly skilled and qualified colleagues to deliver its strategy and so is dependent on attracting and retaining appropriately qualified individuals. Barclays ability to attract and retain such talent is impacted by a range of external and internal factors.

External regulatory changes such as the introduction of the Individual Accountability Regime and the required deferral and claw back provisions of its compensation arrangements may make Barclays a less attractive proposition relative to both its international competitors and other industries. Similarly, meeting the requirements of structural reform may increase the competitiveness in the market for talent. Internally, restructuring of its businesses and functions, and an increased focus on costs may all have an impact on employee engagement and retention.

Failure to attract or prevent the departure of appropriately qualified employees who are dedicated to overseeing and managing current and future regulatory standards and expectations, or who have the necessary skills required to deliver the Group strategy, could negatively impact its financial performance, control environment and level of employee engagement.

Losses due to additional tax charges

The Group is subject to the tax laws in all countries in which it operates, including tax laws adopted at the EU level, and is impacted by a number of double taxation agreements between countries. There is risk that the Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage due to a range of possible factors. This includes a failure to comply with, or correctly assess the application of, relevant tax law, a failure to deal with tax authorities in a timely and effective manner or an incorrect calculation of tax estimates for reported and forecast tax numbers. Such charges, or the conduct of any dispute with a relevant tax authority, could lead to adverse publicity, reputational damage and potentially to costs materially exceeding current provisions, which could have an adverse effect on the Group's operations, financial conditions and prospects.

Critical accounting estimates and judgements

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements include provisions for conduct and legal, competition and regulatory matters, fair value of financial instruments, credit impairment charges for amortised cost assets, impairment and valuation of available for sale investments, calculation of current and deferred tax and accounting for pensions and post-retirements benefits. There is a risk that if the judgement exercised, or the estimates or assumptions used, subsequently turn out to be incorrect, this

could result in significant loss to the Group, beyond what was anticipated or provided for.

As part of the assets in the Non-core business, the Group holds a UK portfolio of generally longer-term loans to counterparties in Education, Social Housing and Local Authorities ("ESHLA") sectors, which are measured on a fair value basis. The valuation of this portfolio is subject to substantial uncertainty due to the long-dated nature of the portfolios, the lack of a secondary market in the relevant loans and unobservable loan spreads. As a result of these factors, the Group may be required to revise the fair values of these portfolios to reflect, among other things, changes in valuation methodologies due to changes in industry valuation practices and as further market evidence is obtained in connection with the Non-Core asset rundown and exit process. For further information refer to Note 18 (Fair value of assets and liabilities) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report.

The further development of standards and interpretations under IFRS could also significantly impact the financial results, condition and prospects of the Group. The introduction of the impairment requirements of IFRS 9 Financial Instruments will result in impairment being recognised earlier than is the case under IAS 39 because it requires expected losses to be recognised before the loss event arises. Measurement will involve increased complexity and judgement including estimation of probabilities of defaults, losses given default, a range of unbiased future economic scenarios, estimation of expected lives, estimation of exposures at default and assessing increases in credit risk. It is expected to have a material financial impact, but it will not be practical to disclose reliable financial impact estimates until the implementation programme is further advanced.

For more information, please refer to Note 1 (Significant accounting policies) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report.

Legal, competition and regulatory matters

Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

The Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and is therefore exposed to the risk of fines and other sanctions relating to the conduct of its business. In recent years authorities have increasingly investigated past practices, vigorously pursued alleged breaches and imposed heavy penalties on financial services firms. This trend is expected to continue. In relation to financial crime, a breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure and other sanctions in the jurisdictions in which it operates, particularly in the UK and the US. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Group's conduct this may also give rise to legal proceedings, including class actions. Other legal disputes may also arise between the Group and third parties relating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Group being liable to third parties seeking damages, or may result in the Group's rights not being enforced as intended.

Details of material legal, competition and regulatory matters to which the Group is currently exposed are set out in more detail in Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report. In addition to those material ongoing matters, the Group is engaged in various other legal proceedings in the UK and a number of overseas jurisdictions which arise in the ordinary course of business. The Group is also subject to requests for information, investigations and other reviews by regulators, governmental and other public bodies in connection with business activities in which the Group is or has been engaged. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the period.

The outcome of material, legal, competition and regulatory matters, both those to which the Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. However, it is likely that in connection with any such matters the Group will incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and any such matters could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and

injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution in certain circumstances; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Group's business operations including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Group's reputation; loss of investor confidence and/or dismissal or resignation of key individuals.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters in which the Group is involved may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. An adverse decision in any one matter, either against the Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Group.

Risks arising from regulation of the financial services industry

The financial services industry continues to be the focus of significant regulatory change and scrutiny which may adversely affect the Group's business, financial performance, capital and risk management strategies. For further information on regulations affecting the Group, including significant regulatory developments, please refer to the section on Supervision and Regulation contained in the 2015 Joint Annual Report.

(a) Regulatory change

The Group, in common with much of the financial services industry, remains subject to significant levels of regulatory change and increasing scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). This has led to a more intensive approach to supervision and oversight, increased expectations and enhanced requirements. As a result, regulatory risk will remain a focus for senior management and consume significant levels of business resources. Furthermore, this more intensive approach and the enhanced requirements, uncertainty and extent of international regulatory coordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Group deciding to modify its legal entity structure, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.

(b) Changes in prudential requirements, including changes to CRD IV

The Group's results and ability to conduct its business may be negatively affected by changes to, or additional supervisory expectations.

In July 2015, the Financial Policy Committee of the Bank of England published a policy statement directing the PRA to require all major UK banks and building societies to hold enough Tier 1 capital to satisfy a minimum leverage ratio of 3% and a countercyclical leverage ratio buffer of 35% of the institution-specific countercyclical capital buffer rate. The FPC also directed that UK G-SIBs and domestically systemically important banks should meet a supplementary leverage buffer ratio of 35% of corresponding risk-weighted capital buffer rates. The PRA published a policy statement, finalised rules and a supervisory statement implementing the FPC's directions in December 2015 and the new leverage ratio framework came into force on 1 January 2016.

In January 2016, the BCBS endorsed a new market risk framework, including rules made as a result of its fundamental review of the trading book, which will take effect in 2019. Barclays continues to monitor the potential effects on its capital position arising from these rules and from (i) revisions to the BCBS's standardised rules for credit risk, counterparty credit risk, CVA volatility risk and operational risk; and (ii) the BCBS considering the position regarding the limitation of the use of internal models in certain areas (for example, removing the Advanced Measurement Approach for operational risk) and applying RWA floors based on the standardised approaches.

Changes to, or additional supervisory expectations, in relation to capital and/or leverage ratio requirements either individually or in aggregate, may lead to unexpected enhanced requirements in relation to the Group's capital, leverage, liquidity and funding ratios or alter the way such ratios are calculated. This may result in a need for further management actions to meet the changed requirements, such as: increasing capital or liquidity resources, reducing leverage and risk weighted assets; modifying legal entity structure (including with regard to issuance and deployment of capital and funding for the

Group); changing the Group's business mix or exiting other businesses; and/or undertaking other actions to strengthen the Group's position.

(c) Market infrastructure reforms

The derivatives markets are subject to extensive and increasing regulation in many of the Group's markets, including in particular Europe pursuant to the European Market Infrastructure Regulation ("**EMIR**") and in the US under the Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act of 2010 ("**DFA**"). Certain of these increased regulatory requirements have already come into force, with further provisions expected to become effective in stages, including through a new recast version of the Markets in Financial Instruments Directive and a new regulation (the Markets in Financial Instruments Regulation) in Europe.

It is possible that additional regulations, and the related expenses and requirements, will increase the cost of and restrict participation in the derivatives markets, thereby increasing the costs of engaging in hedging or other transactions and reducing liquidity and the use of the derivatives markets.

Changes in regulation of the derivatives markets could adversely affect the business of the Group and its affiliates in these markets and could make it more difficult and expensive to conduct hedging and trading activities, which could in turn reduce the demand for swap dealer and similar services of the Group and its subsidiaries. In addition, as a result of these increased costs, the new regulation of the derivatives markets may also result in the Group deciding to reduce its activity in these markets.

(d) Recovery and resolution planning

There continues to be a strong regulatory focus on "resolvability" from regulators, particularly in the UK, the US and South Africa. The Group made its first formal Recovery and Resolution Plan ("**RRP**") submissions to the UK and US regulators in mid-2012 and made its first Recovery Plan submission to the South African regulators in 2013. Barclays continues to work with the relevant authorities to identify and address potential impediments to the Group's "resolvability".

In the UK, RRP work is considered part of continuing supervision. Removal of potential impediments to an orderly resolution of the Group or one or more of its subsidiaries is considered as part of the Bank of England's and PRA's supervisory strategy for each firm, and the PRA can require firms to make significant changes in order to enhance resolvability. Barclays provides the PRA with a Recovery Plan annually and with a Resolution Pack every other year.

In the US, Barclays is one of several systemically important banks required to file resolution plans with the Board of Governors of the Federal Reserve System ("**Federal Reserve**") and the Federal Deposit Insurance Corporation ("**FDIC**") (collectively, the "Agencies") under provisions of the DFA of 2010. Pursuant to the resolution plan regulation in the US, a joint determination by the Agencies that a resolution plan is not credible or would not facilitate an orderly resolution under the US Bankruptcy Code may result in a bank being made subject to more stringent capital, leverage, or liquidity requirements, or restrictions on growth, activities or operations in the US.

Additionally, there are further resolution-related proposals in the US, such as the Federal Reserve's proposed regulation requiring internal total loss absorbing capital ("**TLAC**") for Barclays' US Intermediate Holding Company ("**IHC**") that will be established during 2016, and increased record-keeping and reporting requirements for obligations under qualified financial contracts ("**QFC proposal**") that may, depending on final rules, materially increase the operational and financing costs of Barclays' US operations.

In South Africa, the South African Treasury and the South Africa Reserve Bank are considering material new legislation and regulation to adopt a resolution and depositor guarantee scheme in alignment with FSB principles. Barclays Africa Group Limited ("**BAGL**") and its primary subsidiary Absa Bank Limited, will be subject to these schemes when they are adopted. It is not clear what shape these schemes will take or when the schemes will be adopted, but current proposals for a funded deposit insurance scheme and for operational continuity may result in material increases in operational and financing costs for the BAGL group.

While the Group believes that it is making good progress in reducing potential impediments to

resolution, should the relevant authorities ultimately determine that the Group or any significant subsidiary could not be resolved in an orderly manner, the impact of potential structural changes that may be required to address such a determination (whether in connection with RRP or other structural reform initiatives) may impact capital, liquidity and leverage ratios, as well as the overall profitability of the Group, for example, due to duplicated infrastructure costs, lost cross-rate revenues and/or additional funding costs.

Regulatory action in the event of a bank failure

The BRRD contains provisions similar to the UK Banking Act 2009, as amended (the "**Banking Act**") on a European level, many of which augment and increase the powers which national regulators are required to have in the event of a bank failure.

The Banking Act provides for a regime to allow the BoE (or, in certain circumstances, HM Treasury) to resolve failing banks in the UK. Under the Banking Act, these authorities are given powers to make share transfer orders and property transfer orders. Amendments introduced by the Banking Reform Act gave the BoE statutory bail-in power from 1 January 2015. This power enables the BoE to recapitalise a failed institution by allocating losses to its shareholders and unsecured creditors. It also allows the BoE to cancel liabilities or modify the terms of contracts for the purposes of reducing or deferring the liabilities of the bank under resolution, and gives it the power to convert liabilities into another form (e.g. equity). In addition to the bail-in power, relevant UK resolution authorities are granted additional powers under the Banking Act including powers to direct the sale or transfer of a relevant financial institution or all or part of its business in certain circumstances. Further, parallel developments such as the implementation in the UK of the FSB's TLAC requirements may result in increased risks that a bank would become subject to resolution authority requirements by regulators seeking to comply with international standards in this area. For more information, see "(3) Funding risk - inability to maintain appropriate prudential ratios".

If any of these powers were to be exercised, or there is an increased risk of exercise, in respect of the Group or any entity within the Group, this might result in a material adverse effect on the rights or interests of shareholders and creditors including holders of debt securities and/or could have a material adverse effect on the market price of shares and other securities issued by the Group. Such effects could include losses of shareholdings/associated rights including, the dilution of percentage ownership of the Group's share capital, and may result in creditors, including debt holders, losing all or a part of their investment in the Group's securities.

Please see "2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities" below for further detail of the risks to Holders of bank resolution actions in the event of the Issuer's failure.

(5) Conduct risk

Barclays is committed to Group-wide changes to business practices, governance and mindset and behaviours so that good customer outcomes and protecting market integrity are integral to the way Barclays operates. Improving its reputation in market will demonstrate to customers that in Barclays they have a partner they can trust. Conduct risk is the risk that detriment is caused to the Group's customers, clients, counterparties or the Group itself because of inappropriate judgement in the execution of its business activities.

During 2015 potential customer impact and reputation risk inherent in varied emerging risks has been managed across the Group and escalated to senior management for discussion. These risks will remain prevalent in 2016 and beyond and the most significant of these include:

(a) Organisational Change

The Group is at risk of not being able to meet customer and regulatory expectations due to a failure to appropriately manage the: i) complexity in business practice, processes and systems; ii) challenges faced in product suitability, automation and portfolio-level risk monitoring; iii) resilience of its technology; and , iv) execution strategy, including the failure to fulfil the high level of operational precision required for effective execution in order to deliver positive customer outcomes.

(b) Legacy Issues

Barclays remains at risk from the potential outcomes of a number of investigations relating to its past conduct. While the Group is continuing to embed cultural change and improved governance, many stakeholders will remain sceptical and so until there is clear and sustained evidence of consistent cultural and behavioural change, the risk to Barclays' reputation will remain. Barclays continues to work to rebuild customer trust and market confidence impacted by legacy issues. For further information in respect of such investigations and related litigation and discussion of the associated uncertainties, please see Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) to the Barclays PLC financial statements contained in the 2015 Joint Annual Report.

(c) Market Integrity

There are potential risks arising from conflicts of interest, including those related to the benchmark submission process. While primarily relevant to the Investment Bank, these potential risks may also impact the corporate and retail customer base. The Group may be adversely affected if it fails to mitigate the risk of individuals making such inappropriate judgement by the enhancing of operating models and effective identification and management of conflicts of interest controls and supervisory oversight.

(d) Financial Crime

The Group, as a global financial services firm, is exposed to the risks associated with money laundering, terrorist financing, bribery and corruption and sanctions. As a result, the Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that its employees or third-parties facilitate, or that its products and services are used to facilitate financial crime

Any one, or combination, of the above risks could have significant impact on the Group's reputation and may also lead to potentially large costs to both rectify this issue and reimburse losses incurred by customers and regulatory censure and penalties.

1.2.2 Material existing and emerging risks potentially impacting more than one Principal Risk

Structural Reform (emerging risk)

The UK Financial Services (Banking Reform) Act 2013 (the "**UK Banking Reform Act**") and associated secondary legislation and regulatory rules, require the separation of the Group's UK and EEA retail and SME deposit-taking activities into a legally, operationally and economically separate and independent entity and restrict the types of activity such an entity may conduct (so-called "**ring fencing**").

The UK Prudential Regulatory Authority (PRA) issued a Policy statement (PS10/15) in May 2015 setting up legal structures and governance requirements that the UK regulator considers as "near-final". A PRA Consultation was issued in October 2015 relating to post-ring-fencing prudential requirements and intra-group arrangements among other matters. PRA final rules are expected in 2016. UK ring-fencing rules will become binding from January 2019 and Barclays has an internal structural reform programme to implement the changes required by these new regulations (alongside other group structural requirements applicable to or in the course of development for the Group both in the UK and other jurisdictions in which the Group has operations – such as the proposed move towards a single point of entry Holding Company resolution model under the Bank of England's preferred resolution strategy and the requirement under section 165 of the DFA to create a US intermediate holding company (IHC) to hold the Group's US banking and non-banking subsidiaries) and to evaluate the Group's strategic options in light of all current and proposed global structural reform initiatives. Changes resulting from this work will have a material impact in the way the Group operates in the future through increased cost and complexity associated with changes required by ring-fencing laws and regulations. Specifically, in order to comply with the UK Banking Reform Act and the DFA, it is proposed that:

- Barclays will create a new UK banking entity which will serve as the ring-fenced bank ("**RFB**"). It is expected to serve retail and small business customers as well as UK Wealth and credit card customers.

- The Issuer is expected to serve corporate, institutional and investment banking clients and will also serve international Wealth and credit card customers; it is also expected to house both the Corporate Banking payments and Barclaycard merchant acquiring businesses.
- Many of the Group's US businesses (including Barclays Bank Delaware and Barclays Capital Inc., the Group's US broker-dealer subsidiary) will be organised under an IHC.
- The Group will establish a number of service companies in order to support its revised operating entity structure.

Implementation of these changes involves a number of risks related to both the revised Group entity structure and also the process of transition to that revised Group structure. Those risks include the following:

- The establishment and on-going management of the RFB and the Bank as separate entities will require the Group to evaluate and restructure its intra-group and external capital, funding and liquidity arrangements to ensure they continue to meet regulatory requirements and support business needs. The changes required by ring-fencing will in particular impact the sources of funding available to the different entities, including restricting the Bank's access to certain categories of deposit funding;
- While the Group will seek to manage the changes to business mix and capital, funding and liquidity resources so as to maintain robust credit ratings for each of its key operating entities, the restructuring required by ring-fencing is complex and untested, and there is a risk that the changes may negatively impact the assessment made by credit rating agencies, creditors and other stakeholders of the credit strength of the different entities on a standalone basis. Adverse changes to the credit assessment, including the potential for ratings downgrades, could in turn make it more difficult and costly for the Group's entities to obtain certain sources of funding;
- The Financial Services and Markets Act 2000 (Banking Reform) (Pensions) Regulations 2015 provide that, after 1 January 2026, ring-fence banks cannot be or become liable for pension schemes outside of the ring-fence. To comply with the regulations, the Group will need to decide which Group entities will participate in the Barclays Bank UK Retirement Fund ("UKRF") from 2026, and reach a mutually satisfactory position with the UKRF Trustee regarding past service liabilities. The Group is currently discussing a variety of options with the UKRF Trustee, and engaging with the PRA and the UK Pensions Regulator.
- Execution risk associated with moving a material number of customer accounts and contracts from one legal entity to another and in particular the risk of legal challenge to the ring-fenced transfer scheme that will be used in order to transfer certain assets and liabilities from the Bank to the RFB;
- Customer impacts derived from operational changes related to, for example, the re-organisation of sort codes. In addition, uncertain and potentially varying customer preference in terms of being served by the RFB or the Bank may increase the execution risk associated with ring-fencing; Customers may also be impacted by reduced flexibility to provide products through a single entity interface; and
- At the European level, the draft Bank Structural Reform Regulation contains powers restricting proprietary trading and, if certain conditions are met, for the mandated separation of core retail banking activity from certain trading activities save where a bank is already subject to a national regime which provides for the separation of such activities in a manner compatible with the Regulation. The Regulation is currently in draft form and no single version (including the scope of any national derogation) has yet been agreed by the Council of Ministers, the European Commission and the European Parliament. The implementation date for these proposals will depend on the date on which any final legislation is agreed. Accordingly, the potential impact on the Group remains unclear.

These, and other regulatory changes and the resulting actions taken to address such regulatory changes, may have an adverse impact on the Group's profitability, operating flexibility, flexibility of deployment

of capital and funding, return on equity, ability to pay dividends, credit ratings, and/or financial condition.

Business conditions, general economy and geopolitical issues

The Group's performance could be adversely affected in relation to more than one Principal Risk by a weak or deteriorating global economy or political instability. These factors may also occur in one or more of the Group's main countries of operation.

The Group offers a broad range of services to retail, institutional and government customers, in a large number of countries. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where it is active, or any other systemically important economy, could adversely affect the Group's performance.

Global growth is expected to remain modest, with low single digit growth in advanced economies alongside a slowdown in emerging markets. This moderate economic performance, lower commodity prices and increased geopolitical tensions mean that the distribution of risks to global economic activity continues to be biased to the downside.

As the US Federal Reserve embarks on monetary policy tightening, the increasing divergence of policies between major advanced economies risks triggering further financial market volatility. The sharp change in the value of the US dollar during 2015 reflected this and, has played a major role in driving asset price volatility and capital reallocation as markets adjusted. Changes to interest rate expectations risk igniting further volatility and US dollar appreciation, particularly if the US Federal Reserve were to increase rates faster than markets currently expect.

Emerging markets have already seen growth slow following increased capital outflows, but a deeper slowdown in growth could emerge if tighter US interest rate policy drives further reallocation of capital. Moreover, sentiment towards emerging markets as a whole continues to be driven in large part by developments in China, where there is significant concern around the ability of authorities to manage the growth transition towards services. A stronger than expected slowdown could result if authorities fail to appropriately manage the end of the investment and credit-led boom, while the consequences from a faster slow down would flow through both financial and trade channels into other economies, and affect commodity markets.

Commodity prices, particularly oil prices, have already fallen significantly, but could fall further if demand growth remains weak or supply takes longer than expected to adjust. At the same time, countries with high reliance on commodity-related earnings have already experienced a tightening of financial conditions. A sustained period of low prices risks triggering further financial distress, default and contagion.

In several countries, reversals of capital inflows, as well as fiscal austerity, have already caused deterioration in political stability. This could be exacerbated by a renewed rise in asset price volatility or sustained pressure on government finances. In addition, geopolitical tensions in some areas of the world, including the Middle East and Eastern Europe are already acute, and are at risk of further deterioration.

While in Europe, risks of stagnation, entrenched deflation and a Eurozone break-up have diminished, they remain a risk.

In the UK, the referendum on EU membership gives rise to some political uncertainty and raises the possibility of a disruptive and uncertain exit from the EU, with attendant consequences for investment and confidence. Following the referendum in June 2016, in the event that there is a vote in favour of leaving the European Union, a period of negotiation is likely, widely anticipated to be around two years, with unpredictable implications on market conditions.

A drop in business or consumer confidence related to the aforementioned risks may have a material impact on GDP growth in one or more significant markets and therefore Group performance. At the same time, even if output in most advanced economies does grow, it would also be likely to advance at a slower pace than seen in the pre-crisis period. Growth potential could be further eroded by the low levels of fixed asset investment and productivity growth.

For the Group, a deterioration of conditions in its key markets could affect performance in a number of ways including, for example: (i) deteriorating business, consumer or investor confidence leading to reduced levels of client activity; (ii) higher levels of default rates and impairment; and (iii) market losses in trading portfolios resulting from changes in credit ratings, share prices and solvency of counterparties.

Business Change/Execution (emerging risk)

As Barclays moves towards a single point of entry (Holding Company) resolution model and implementation of the Structural Reform Programme Execution, the expected level of structural and strategic change to be implemented over the medium term will be disruptive and is likely to increase funding and operational risks for the Group and could impact its revenues and businesses. These changes will include: the creation and run-down of Non-Core; the delivery against an extensive agenda of operational and technology control and infrastructure improvements; and, planned cost reductions. Execution may be adversely impacted by external factors (such as a significant global macroeconomic downturn or further significant and unexpected regulatory change in countries in which the Group operates) and/or internal factors (such as availability of appropriately skilled resources or resolution of legacy issues). Moreover progress in regard to Barclays' strategic plans is unlikely to be uniform or linear and progress on certain targets may be achieved more slowly than others.

If any of the risks outlined above were to occur, singly or in the aggregate, they could have a material adverse effect on the Group's business, results of operations and financial condition.

1.3 The Issuer is affected by risks affecting the Group

The Issuer is also affected by risks affecting the Group as there is substantial overlap in the businesses of the Issuer and its subsidiaries. Further, the Issuer can be negatively affected by risks and other events affecting its subsidiaries even where the Issuer is not directly affected. For example, where reputation of one of its subsidiaries is damaged, the Issuer's reputation would likely also be damaged which could negatively affect the Issuer.

2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

The BRRD provides an EU-wide framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms, their subsidiaries and certain holding companies. The BRRD (including the bail-in tool), together with the majority of associated FCA and PRA rules, was implemented in the UK in January 2015. The final PRA rules on contractual recognition of bail-in for liabilities came into force on 1 January 2016. The majority of the requirements of the BRRD (including the bail-in tool) were implemented by way of amendments to the Banking Act. For more information on the bail-in tool, see 2.3 *"The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment"* and 2.5 below.

2.1 The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Issuer could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the PRA, the FCA and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "SRR"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement resolution measures with respect to a UK bank (such as the Issuer) or investment firm and certain of its affiliates that meet the definition of a "banking group company" (currently including the Issuer) (each a relevant entity) in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or are likely to fail to satisfy the FSMA (as defined below) threshold conditions for authorization to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that

the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options:

- (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity,
- (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge bank" established by the Bank of England,
- (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the Bank of England,
- (d) the bail-in tool (as described below) and
- (e) temporary public ownership (nationalization).

The Banking Act also provides for two new insolvency and administration procedures for relevant entities. Certain ancillary powers include the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool.

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of the Securities and could lead to holders of Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 The SRR is designed to be triggered prior to insolvency of the Issuer and holders of the Securities may not be able to anticipate the exercise of any resolution power (including the UK bail-in power) by the relevant UK resolution authority.

The stabilisation options are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the stabilisation options is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the EBA guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Issuer and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power. The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Issuer, the Group and the Securities.

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge the exercise of any resolution powers by the relevant UK resolution authority

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.3 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders.

Any such exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other securities or other obligations of the Issuer or any other modification or variation of the terms of the Securities. In relation to secured notes, these notes are only subject to the application of the Bail-In Instrument insofar as they are not secured, i.e. if they are not sufficiently secured.

The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. In addition, the bail-in tool contains an express safeguard (known as "no creditor worse off") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings of the relevant entity.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and the Securities or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Issuer to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities. In addition, even in circumstances where a claim for compensation is established under the "no creditor worse off" safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of Securities would recover such compensation promptly.

2.4 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Issuer, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the Financial Services Compensation Scheme (insured deposits) to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank (other preferred deposits), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the EU Deposit Guarantee Scheme Directive, which is to be implemented into national law by July 2015, will increase the nature and quantum of insured deposits to include a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Issuer, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the UK bail-in power were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer such as other preferred deposits.

2.5 Under the terms of the Swiss Securities, investors have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-In Power by the relevant UK resolution authority.

By its acquisition of the Swiss Securities, each holder of the Securities acknowledges, agrees to be bound by, and consents to the exercise of, any UK Bail-In Power by the relevant UK resolution authority that may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities and/or the conversion of all or a portion of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities into shares or other securities or other obligations of the Issuer or another person, including by means of a variation to the terms of the Securities, in each case, to give effect to the exercise by the relevant UK resolution authority of such power. Each holder of the Swiss Securities further acknowledges and agrees that the rights of the holders of the Swiss Securities are subject to, and will be varied, if necessary, so as to give effect to, the exercise of any UK Bail-In Power by the relevant UK resolution authority. Accordingly, any UK power may be exercised in such a manner as to result in investors and other holders of the Swiss Securities losing all or a part of the value of their investment in the Swiss Securities or receiving a different security from the Swiss Securities, which may be worth significantly less than the Swiss Securities and which may have significantly fewer protections than

those typically afforded to debt securities. Moreover, the relevant UK resolution authority may exercise the UK Bail-In Power without providing any advance notice to, or requiring the consent of, the holders of the Swiss Securities. In addition, under the terms of the Swiss Securities, the exercise of the UK Bail-In Power by the relevant UK resolution authority with respect to the Swiss Securities is not an event of default. For more information see the Swiss Annex to the terms of the Securities.

3. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A, RSSP Base Prospectus A, the RSSP Base Prospectus B and the RSSP Base Prospectus D in the section "**Risk Factors**", the subsection "*3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades*" shall be newly added and the on-going numbering shall be amended accordingly:

"3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades

Any rating assigned to the Issuer may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the issuer's strategy and management's capability; the issuer's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the issuer's key markets; the level of political support for the industries in which the issuer operates; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to issuers within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities.

In particular, Moody's, Standard & Poor's and Fitch each published revised methodologies applicable to bank ratings (including the Issuer and Barclays PLC) during 2015 which resulted in credit rating actions being taken on the Issuer's ratings and the ratings of Barclays PLC. Further revisions to ratings methodologies and actions on the Issuer's ratings or the ratings of Barclays PLC by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Issuer determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Issuer, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Issuer on "credit watch" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities."

4. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper F and RSSP Base Prospectus H, in the section "**Risk Factors**", the subsection "3. *A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer or the Securities could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades*" shall be newly added and the on-going numbering shall be amended accordingly:

"3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer or the Securities could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit Ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies. Changes in credit rating agencies' views of the level of implicit sovereign support for European banks and their groups are likely to lead to ratings downgrades

It is expected that the Securities will be rated by credit rating agencies and may in the future be rated by additional credit rating agencies, although the Issuer is under no obligation to ensure that the Securities are rated by any credit rating agency. Credit ratings may not reflect the potential impact of all risks related to structure, market, additional factors discussed in these Risk Factors and other factors that may affect the liquidity or market value of the Securities. A credit rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be revised, suspended or withdrawn by the credit rating agency at any time.

Any rating assigned to the Issuer and/or the Securities may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the issuer's strategy and management's capability; the issuer's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the issuer's key markets; the level of political support for the industries in which the issuer operates; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to issuers within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. In particular, Moody's, Standard & Poor's and Fitch each published revised methodologies applicable to bank ratings (including the Issuer and Barclays PLC) during 2015 which resulted in credit rating actions being taken on the Issuer's ratings and the ratings of Barclays PLC. Further revisions to ratings methodologies and actions on the Issuer's ratings or the ratings of Barclays PLC by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Issuer determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Issuer or the Securities, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Issuer or the Securities on "credit watch" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities."

5. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" is updated by:

i) adding the following documents to the list of documents incorporated by reference:

"

- the joint Annual Report of Barclays PLC and the Issuer, as filed with the US Securities and Exchange Commission (the "**SEC**") on Form 20-F on 1 March 2016 in respect of the years ended 31 December 2014 and 31 December 2015 (the "**2015 Joint Annual Report**"); with the exception of the information incorporated by reference in the Joint Annual Report referred to in the Exhibit Index of the 2015 Joint Annual Report, which shall not be deemed to be incorporated in this Prospectus;
- the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2014 (the "**2014 Issuer Annual Report**") and 31 December 2015 (the "**2015 Issuer Annual Report**"), respectively; and
- the joint announcement of Barclays PLC and the Issuer relating to the Group Strategy Update, as filed with the SEC on Form 6-K on 1 March 2016 (the "**March 2016 Group Strategy Update**"),

"

ii) adding the following page references in respect of the 2015 Joint Annual Report, 2015 Issuer Annual Report and March 2016 Group Strategy Update to the cross-reference lists in paragraph 2 (*Information incorporated by reference*)

"

The table below sets out the relevant page references for the information contained within the Joint Annual Report:

Governance	
Directors' report	2
People	46
Remuneration Report	50
Risk review	
Material existing and emerging risks	86
Risk management	94
Risk performance	110
Financial review	184
Financial statements	
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays PLC	210
Consolidated financial statements of Barclays PLC	211
Notes to the consolidated financial statements of Barclays PLC	218
Additional information	
Additional Shareholder Information	307
Additional Information	321
Independent Registered Public Accounting Firm's report for Barclays Bank PLC	433
Barclays Bank PLC Data	434]

"

iii) The last paragraph in the section "**INFORMATION INCOPORATED BY REFERENCE**" shall be replaced as follows

"The Bank has applied International Financial Reporting Standards (IFRS) as issued by the

International Accounting Standards Board and as adopted by the European Union (EU) in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for of the Bank is included in each of the Joint Annual Report, the 2014 Bank Annual Report and the 2015 Bank Annual Report."

6. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the subsections "**Significant Change Statement**", "**Material Advers Change Statement**" and "**Legal Proceedings**" shall be replaced as follows:

"Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank Group since 31 December 2015.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2015.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "**The Bank and the Group — Legal Proceedings**" (other than under the heading "**General**") and except for Note 27 (Provisions) and Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) on pages 259 to 260 and pages 261 to 271, respectively, of the Joint Annual Report, there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Issuer is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Document, a significant effect on the financial position or profitability of the Issuer and/or the Bank Group."

7. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses, the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER" subsection "The Bank and the Group" is amended by:

i) deleting the second paragraph in its entirety until heading "Acquisitions, Disposals and Recent Developments" and replacing it with the following:

"The Group is a transatlantic consumer, corporate and investment bank offering products and services across personal, corporate and investment banking, credit cards and wealth management, with a strong presence in its two home markets of the UK and the US. Following the March 2016 Group Strategy Update (as defined above), the Group will be focused on two core divisions – Barclays UK and Barclays Corporate & International. Barclays UK comprises the UK retail banking operations, UK consumer credit card business, UK wealth management business and corporate banking for smaller businesses. Barclays Corporate & International comprises the corporate banking franchise, the Investment Bank, the US and international cards business and international wealth management. Assets which do not fit the Group's strategic objectives will continue to be managed in Barclays Non-Core and designated for exit or run-down over time."

ii) deleting the fourth paragraph in its entirety and replacing it with the following:

"

	As at 31.12.2015 £m	As at 31.12.2014 £m
Total Assets	1,120,727	1,358,693
Total net loans and advances ⁷	441,046	470,424
Total deposits ⁸	465,387	486,258
Total Shareholders' equity	66,019	66,045
Non-controlling interests	1,914	2,251
	Year ended 31.12.2015	Year ended 31.12.2014
Profit before tax from continuing operations	2,841	2,309
Credit impairment charges and other provisions	(2,114)	(2,168)

Based on the Bank Group's audited financial information for the year ended 31 December 2015, the Bank Group had total assets of £1,120,727m (2014: £1,358,693m), total net loans and advances⁹ of £441,046m (2014: £470,424m), total deposits¹⁰ of £465,387m (2014: £486,258m), and total shareholders' equity of £66,019m (2014: £66,045m) (including non-controlling interests of £1,914m

⁷ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following audited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2015 Joint Annual Report.

⁸ These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following audited balance sheet figures "deposits from banks" and "customer accounts", which are published in the 2015 Joint Annual Report.

⁹ These figures are unaudited: The total net loans and advances equal the sum of the following audited balance sheet figures "loans and advances to banks" and "loans and advances to customers", which are published in the 2015 Joint Annual Report.

¹⁰ These figures are unaudited: The total deposits equal the sum of the following audited balance sheet figures deposits from banks and customer accounts, which are published in the 2015 Joint Annual Report.

(2014: £2,251m)). The profit before tax from continuing operations of the Bank Group for the year ended 31 December 2014 was £2,841m (2014: £2,309m) after credit impairment charges and other provisions of £2,114m (2014: £2,168m). The financial information in this paragraph is extracted from the audited consolidated financial statements of the Bank for the year ended 31 December 2015."

iii) deleting the fifth paragraph in its entirety and replacing it with the following:

"Acquisitions, Disposals and Recent Developments

On 1 March 2016, Barclays PLC and the Bank announced an update to the Group's strategy including the following initiatives:

- simplification of the Group to focus on two core divisions – Barclays UK and Barclays Corporate & International;
- intention to sell down the Group's stake in Barclays Africa Group Limited to a level which permits accounting and regulatory deconsolidation over the subsequent two to three years;
- one-time enlargement of Barclays Non-Core, with transfer of approximately £8bn risk weighted assets;
- updated guidance on dividend; and
- new Group financial targets focused on Return on Tangible Equity, Common Equity Tier 1 ratio and Cost: Income ratio.

Please refer to the March 2016 Group Strategy Update incorporated by reference for further information."

iv) deleting the information in the base prospectuses Base Prospectus Prosper A and RSSP Base Prospectus H set out under "**Legal Proceedings**" to the section "**General**" (excluding) in its entirety and replacing it with the following:

"Legal Proceedings

For a description of the governmental, legal or arbitration proceedings that the Issuer and the Group face, see Note 27 (Provisions) and Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) on pages 259 to 260 and pages 261 to 271 of the 2015 Joint Annual Report."

v) deleting the information in the base prospectuses RSSP Base Prospectus A, RSSP Base Prospectus B, RSSP Base Prospectus D and RSSP Base Prospectus F set out under "**Legal Proceedings**" to the section "**General**" (excluding) in its entirety and replacing it with the following:

"Legal Proceedings

For a description of the governmental, legal or arbitration proceedings that the Issuer and the Group face, see Note 27 (Provisions) and Note 29 (Legal, competition and regulatory matters) on pages 259 to 260 and pages 261 to 271 of the 2015 Joint Annual Report."

vi) deleting the first and second paragraphs under "**General**" and replacing it with the following:

"The Group is engaged in various other legal, competition and regulatory matters both in the UK and a number of overseas jurisdictions. It is subject to legal proceedings by and against the Group which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data protection, money laundering, financial crime, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies

in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which the Group is or has been engaged. The Group is keeping all relevant agencies briefed as appropriate in relation to these matters and others described in this Note on an ongoing basis."

vii) deleting the list of directors under "**Directors**" and replacing it with the following:

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
John McFarlane ¹¹	Chairman	Chairman, Barclays PLC; Director, Westfield Corporation; Director, Old Oak Holdings Limited; Chairman, The City
James Staley ¹²	Chief Executive Officer	Group Chief Executive Officer, Barclays PLC
Tushar Morzaria	Group Finance Director	Finance Director, Barclays PLC
Mike Ashley	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Member, HM Treasury Audit Committee; Member, Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee; Vice-Chair, European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group; Chairman, Government Internal Audit Agency; Member, Board of The Charity Commission
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Adviser, Blackstone Group L.P; Chairman, Apax Global Alpha
Crawford Gillies	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Non-Executive Director Standard Life plc; Chairman, Control Risks Group Limited; Senior Independent Director of SSE plc

¹¹ John McFarlane succeeded Sir David Walker as Chairman of the Issuer and Barclays PLC with effect from the conclusion of the Barclays PLC AGM on 23 April 2015. On 8 July 2015, Barclays PLC and the Issuer announced the departure of Antony Jenkins as Chief Executive Officer and the appointment of John McFarlane as Executive Chairman pending the appointment of a new Chief Executive. On 28 October 2015, Barclays PLC and the Issuer announced the appointment of James E. Staley as Chief Executive Officer of Barclays PLC and the Issuer. Mr Staley took up his role, and joined the Boards of Barclays PLC and the Issuer as a Director, with effect from 1 December 2015. Mr McFarlane's function reverted to Chairman as at 30 November 2015.

¹² John McFarlane succeeded Sir David Walker as Chairman of the Issuer and Barclays PLC with effect from the conclusion of the Barclays PLC AGM on 23 April 2015. On 8 July 2015, Barclays PLC and the Issuer announced the departure of Antony Jenkins as Chief Executive Officer and the appointment of John McFarlane as Executive Chairman pending the appointment of a new Chief Executive. On 28 October 2015, Barclays PLC and the Issuer announced the appointment of James E. Staley as Chief Executive Officer of Barclays PLC and the Issuer. Mr Staley took up his role, and joined the Boards of Barclays PLC and the Issuer as a Director, with effect from 1 December 2015. Mr McFarlane's function reverted to Chairman as at 30 November 2015.

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Group</i>	<i>Principal outside activities</i>
Sir Gerry Grimstone	Deputy Chairman and Senior Independent Director	Deputy Chairman and Senior Independent Director, Barclays PLC; Chairman, Standard Life plc; Deloitte LLP; Lead non-executive, Ministry of Defence; Financial Services Trade and Investment Board; The Shareholder Executive
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Chief Executive Officer, President and Director, Rockefeller & Co., Inc. and Rockefeller Financial Services Inc.; Member International Advisory Council of the China Securities Regulatory Commission; Member, Advisory Board of Towerbrook Capital Partners LP; Director, Financial Services Volunteer Corps; International Advisory Committee, J. Rothschild Capital management
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Non-Executive Director, SABMiller PLC; Non-Executive Director, Barrick Gold Corporation; Non-Executive Director, Seagate Technology
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; General Counsel, Company Secretary and Executive Director of ABB Limited; Member, Advisory Board of the World Economic Forum's Davos Open Forum
Diane Schueneman	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC;
Frits van Paasschen	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC;
Stephen Thieke	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC;

11